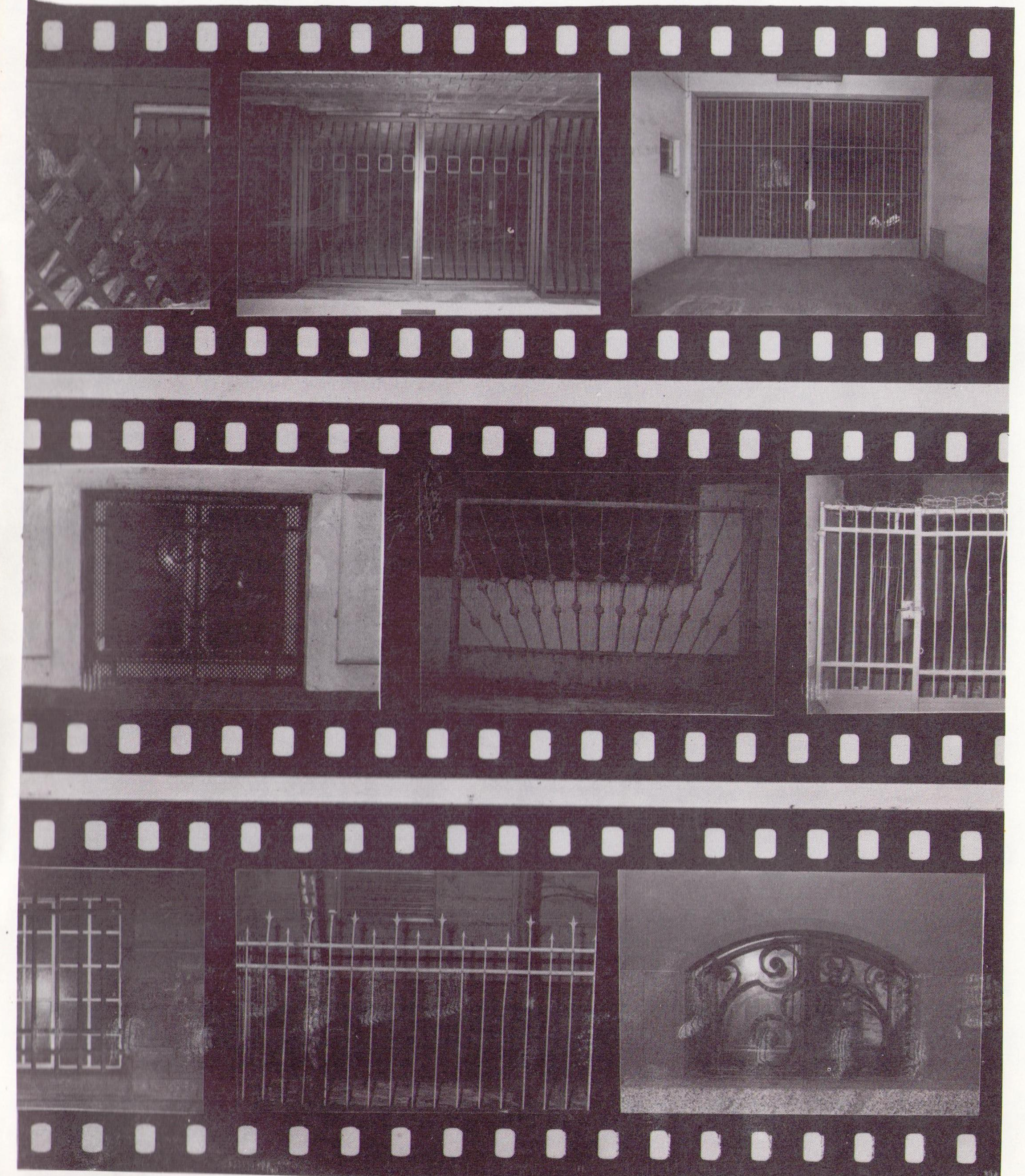
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 265 20. Januar 1979 1,50 DM incl. 6% Mwst.

D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt





BRUCHPFENNIGE WERDEN NICHT BERÜCKSICHTIGT

FRANKFURT
16.Januar

Für alle Projekte und Alternativbetriebe: Bei Monatslöhnen/-gehältern über 5176,99 Mark ist die Lohnsteuer aus der Jahreslohnsteuer-Tabelle wie folgt zu berechnen: Monatslohn X 12 = aufzusuchender Jahreslohn: 12 (abrunden auf volle 10 Pfennige nach unten) = Monatslohnsteuer, von dieser Monatslohnsteuer ist die Kirchensteuer unter Berücksichtigung der Kinderkürzungsbeträge zu berechnen.
Dabei werden Bruchpfennige nicht berücksichtigt. Bei Verheirateten gelten andere Sätze.

NEUES AUS DEM BILDERDIENST

FRANKFURT
Januar 79

Erstens: Eine Frau, die im Libanon in einem Palästinenser-Lager als Krankenschwester arbeitet, hat eine Menge Bilder da gelassen (Leben und Ausbildung in Palästinensischen Lagern).

Zweitens: Vom Stahlstreik, was so die Kollegen gemacht haben, von Gewerkschaftsbonzen etc.

Drittens: In Köln tagte das 3. Russell-Tribunal (zweite Sitzungsperiode); unsere fleißigen Beobachter vor Ort haben nicht nur kalte Füße, sondern auch eine Menge Bilder mitgebracht.

ID-Bilderdienst, Postfach 900343, 6 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352.

"LILA KLATSCHMOHN"

BERLIN
Januar 1979

Seit Dezember gibt es eine neue Schwulenzeitung in Westberlin. Der „lila Klatschmohn" soll Informations- und Diskussionsforum der Schwulen und anderer Interessierter in Berlin werden. In der Nr. 1 steht u.a. etwas über „Schwule gegen Faschismus", US-Stadtguerilla und selbige in der BRD, Schule, Lyrik.

Kontakt: RSF/AO, c/o Schwulenzentrum, Kulmer Straße 20a, 3. Hof, 4. Stock, 1000 Berlin 30. Die Zeitung kostet zwei Mark plus Porto.

Außerdem gibt es in Westberlin eine neue Schwulengruppe, die schreibt, daß sie sich als kämpfende Schwulengruppe im Antiimperialistischen Widerstand begreift. Kontaktadresse fehlt.

ARBEITSKREIS PÄDERASTIE

DUISBURG
Januar 79

In Duisburg existiert ein Arbeitskreis Päderastie. Der AKP hat im Januar einen Rundbrief herausgegeben. Kontaktadresse hierfür ist: **Reiner Rene Muschialik, Postfach 660229, 41 Duisburg-12, Tel. 0203/465 432.**

RADIO VERTE FESSENHEIM ERWEITERT DAS DEUTSCHSPRACHIGE PROGRAMM

FREIBURG
7. Januar 79

Radio Verte Fessenheim beginnt ab 12. Januar eine Viertelstunde früher mit dem Programm.
Zu dem seit altersher ausgestrahlten dreisprachigen Programm kommt jetzt jeden Freitag ab 19.30 Uhr eine regelmäßige deutschsprachige Sendung, die sich mit badischen Problemen beschäftigen soll.
Also: jeden Freitag ab 19.30 Uhr zwischen 100 und 104 Megahertz.

Kontakt in Deutschland: Radio Verte Fessenheim, D-78 Freiburg, Wilhelmstr. 15.

2. LANDESTREFFEN DER BAYRISCHEN JUGENDZENTREN

MÜNCHEN
16. Januar

Vom 2. bis 4. März treffen sich die bayrischen Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativen zum zweiten Mal auf Landesebene. Der Tagungsort ist noch offen, da er nach den Vorstellungen derer, die mit der Vorbereitung befaßt sind, in einem bestehenden Jugendzentrum in Selbstverwaltung sein sollte. Thematischer Schwerpunkt wird die zunehmende Repression gegen Zentren und Initiativen sein (und deren Auswirkungen). Jugendzentren oder deren Vertreter, die an einer Teilnahme interessiert sind oder Interesse haben, das Treffen bei sich durchzuführen — es werden ca. 30 — 50 Leute erwartet — melden sich bitte bei **Lothar Hildenbrand von der Arbeitsgemeinschaft der sozialpolitischen Arbeitskreise (AG SPAK) in 8000 München 80, Belfortstraße 8 (Tel. 089/ 448 2104).** Von hier erhalten sie weitere Informationen.

BEIM "HAMMER" FEHLT DIE KONTONR.

DÜSSELDORF
16. Januar

Im ID Nr. 264 stand auf der Seite 22 ein Erfahrungsbericht der Leute vom ehemaligen Projekt "Hammer" und den politischen Zukunftsplänen einer Gruppe undogmatischer Linker in Düsseldorf. Nachtrag: Das Projekt hat auch eine Kontonr. für Spenden:

"Kulturinitiative, Postscheckamt Essen, H. Robben, Nr. 234857-430, Kennwort: Neue Kneipe

BERICHTIGUNG EINES PROZESSTERMINS

SCHORNDORF
17. Januar 79

Der Prozeß gegen das 'Schorndorfer Blättle' wegen Nachdrucks des Buback-Nachrufs ist verschoben worden; neuer Termin ist der **13. Februar 79, 8.30 Uhr im Amtsgericht Waiblingen.**
Die Blättle-Leute müssen sich mit den Vorwürfen „Verunglimpfun[g] des Staates", „Billigung von Straftaten" und „Volksverhetzung" (siehe ID 263 v. 6. 1.79) rumschlagen.



BRECHT DAS RAUMVERBOT

München, 18. Januar 1979

A m 18. Januar trafen sich in der Münchner Uni - von der sonst selten etwas zu hören ist - rund 1.000 Leute, um gegen das „Raumverbot" zu protestieren. Nach dem bayerischen Hochschulgesetz dürfen die Räume der Uni nicht für „linke Veranstaltungen" vergeben werden. Das wird in Bayern so streng gehandhabt, daß nicht mal der Franz Xaver Kroetz seine Gedichte in der Uni lesen durfte.

Die Münchner können auf eine erkleckliche Anzahl von Gerichtsurteilen zurückblicken. „Hausfriedensbruch" an der Uni kostete bisher nur Geld, mittlerweile wurde aber Michael Held vom MSB zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten mit Bewährung verurteilt.

Bei der Veranstaltung, die sich durch eine bemerkenswert solidarische Diskussion zwischen organisierten und unorganisierten Linken auszeichnete (Zitat: „Die K-Gruppen wurden ihr Blabla nur los, wenn sie sachlich diskutierten."), wurde bschlossen, am 24. Januar in München gegen das Raumverbot gegen Linke zu demonstrieren (15 Uhr ab Geschwister-Scholl-Platz an der Uni).



Leserbrief

BESSERT EUCH!

BONN
4. Januar

Das ID-Kollektiv hatte Karten verschickt, um herauszufinden, warum Leser den ID mal abonniert hatten und dann aber nicht weiter bestellt haben. Wir ließen uns vom Computer die Liste der Ex-Abonnennten ausdrucken und fragten an, wies denn sei und was denn los sei. Ob ihnen der ID nicht mehr gefalle, ob sie ihn später noch mal wieder wollten. Darauf erhielten wir bisher schon etliche Antworten: Kein Geld mehr, keine Lust mehr, der ID ist zu voll mit Repression, der ID schert sich zu wenig um die Repression, der ID bringt zuviel Alternativ-Kram, der ID kümmert sich zu wenig um alternative Lebensformen. Einer der wenigen längeren Antwortbriefe ist dieser:

Liebe IDler,
auf die Frage Eurer Karte will ich Euch gleich zu Anfang antworten, daß ich den ID nicht mehr lesen will, und zwar weil er in den letzten Monaten meines Abos immer unsäglicher in seinen Aussagen geworden ist; was paralell läuft zu meinem Überdruß an dem, was Spontis so ablassen über die Welt.


Von der Verkündung einer „Politik in erster Person" ging der Fehler aus, den Kapitalismus nur noch als das zu begreifen (!), was einen selbst beschränkt; mit diesem Kriterium der Gegnerschaft war aber der Weg schon bereitet für das Sammelsurium beliebiger und unzusammenhängender Phänomene, das den Sponti heute bedrängt, während gleichzeitig totales Desinteresse an allem, was sich den Sinnen, Erfahrungen pp. nicht unmittelbar darbietet, um sich greift. Ich komme darauf noch zurück. Das notwendige Korrelat zu dieser Fixierung auf das Individuum war dessen Selbstfixierung: meine Bedürfnisse sind als meine Lebensäußerung schon politisch; hieraus folgte nach der Niederlage der aktivistisch-kämpferischen Spontipolitik in den FVV-Kämpfen (FVV = Frankfurter Verkehrsverbund, der seinerzeit die Fahrpreise erhöhte und dies immer wieder tut) und der sang- und klanglosen Hinnahme der letzten Häuserräumungen die Wendung des Hasses auf den Staat gegen das Individuum selbst.

Wenn ich schon den Staat nicht treffen kann, kann ich doch in mir den kapitalistisch bestimmten Adam zerstören. Die gegenseitige Selbstzerfleischung, die ich selbst mitzuerleiden das Vergnügen hatte, findet ihre würdige Vollendung in den unsäglichen metaphysischen Weisheiten eines Foucault und seinesgleichen. Wenn ich den Staat in mir habe, möglichst noch mikrostrukturell, dann ist nicht nur mit der Zerstörung meiner selbst ein Angriff auf den Staat geführt (Schmidt lacht sich tot!), sondern es ist wegen der Unlösbarkeit dieses konstruierten Widerspruchs zwischen mir als Mikrostaat und mir als diese Besessenheit Erkennendem der Staat selbst aus dem Schneider, da mit den genannten Theorien die Ablehnung jedes bestimmten Handelns gegen die bürgerliche Gesellschaft begründet wird.

Allerdings, und das führt en passant zum ID zurück, haben die ganzen Schwätzer aus Paris und Clermont-Ferrand mit ihrer Bestimmung des Menschen als Mikrostaat — also der Identifikation, die den Faschisten konstituiert — das Psychogramm so manchen Spontis nicht mal verkannt. Ich hab mir den ID 258 mit den Berichten von der Schahdemonstration gekauft, und was ich da zu lesen bekam, verschlug mir echt den Atem: „Das Fest begann", heißt es über der Prügelei, „wir waren fröhlich und ich fühlte mich geborgen. Die Phase hin zur Siesmayerstr. war unheimlich warm und schön" (S. 16) und so fort. Wenn das mal keine „Männerphantasien" sind, sich hier kein Fronterlebnis von allen Inhalten abstrahiert Bahn bricht! Dieser Autor bestätigt noch den Soziologen, der irgendwann die Erkenntnis im „Spiegel" veröffentlicht hat, die Linken hätten bei ihren Aktionen erotische Empfindungen.

Liebe Leut, wenn ich sowas lese, kriege ich das Kotzen. Da nimmt einer die Massenmördereien des Schah nicht etwa zum Anlaß, gegen den Schah eine Demo zu machen, sondern ihm fallen dazu seine Frusts als Frankfurter Sponti ein, und die tobt er aus. Ich will mal gar nicht von dem Zynismus gegenüber den Persern reden, die er am Anfang begrüßt und dann im Laufe der Demo nur seine Gleichgültigkeit gegen ihr Anliegen, den Schah vom Sockel zu stürzen, demonstriert. Lassen wir auch die Sauerei beiseite, die hintere Hälfte der Demo unvorbereitet und ortsunkundig durch die wildprügelnden Bullen Spießruten laufen zu lassen — sowas ist ja schon notorisch. Angesichts einer derartigen praktischen Menschenverachtung, hinter der sich kein Staat zu verstecken braucht, werden dann der Ideologie, di dieser selbe Staat sich zu seiner Brutalität leistet: den Menschenrechten, auf dem Russell(viel Lärm um nichts)-Tribunal eine, zwei, viele Krokodilstränen hinterhergeweint. Da fordert man also vom Staat eine Behandlung seiner werten Person, die deren realer Ungefährlichkeit Rechnung trägt. Ein erbärmliches Schauspiel allerdings, und das Problem, Euch etwa mit mehr Repression in die Terrorszene abzudrängen (vor welcher Gefahr er von Euch öfters mal wohlmeinend gewarnt wurde), hat der Staat nicht, dafür hat er eine Polizei, um dem vorzubeugen.

Ihr seid deswegen so trostlos, weil Ihr nur noch vor der Wahl steht, Euer Mißvergnügen an den bestehenden Verhältnissen gegen Euch selbst zu richten (exemplarisch hierfür die Knittel-Debatte) oder/und in die mieseste reformistische Staatsbürgerei zu verfallen (Ökozeug, die Alternativen überhaupt). Sowas — NEIN DANKE! Bessert Euch
Reinhard Lauterbach.



HIER BEGINNT

KNASTALLTAG
WASSERSUPPE UND SCHIMMLIGES BROT

HAMBURG
19. Dezember

Der Gefangene Günther Ries sitzt in der Justizvollzugsanstalt XII, Neuengammer Heerweg 75, 2050 Hamburg 80.

Er beschwerte sich dort über das Essen. Und das brachte ihm eine Hausstrafe, eine Anzeige und einen kurzen Aufenthalt in Isolationshaft ein. Die Hausstrafe soll aus drei Tagen Arrest und drei Monaten Urlaubssperre bestehen. Günther Ries beantragte eine gerichtliche Klärung, ob die Hausstrafe gegen ihn rechtmässig sei. Außerdem erstattete er Strafanzeige gegen den Anstaltsleiter wegen Verstoßes gegen die primitivsten Regeln der Hygiene.
Hier ein Auszug aus einem Brief, den Günther Ries an die Große Strafkammer 27 in Hamburg schickte:

„Zur Sache:

Seit längerer Zeit ist das Essen hiesiger Anstaltsküche in Quantität und Qualität äußerst mangelhaft, welches schon des öfteren zu Beschwerden führte. Dabei wurde uns Gefangenen oft vorgehalten, die Küche arbeite mit hohem Defizit! Hierbei stellte sich mir zwangsläufig die Frage: „Wie ist dies bei unserer Beköstigung möglich?"
Bezüglich meiner Verärgerung, welche sich in entsprechendem Zeitraum aufstaute, waren vier Punkte maßgebend:

1. Nahezu eine Woche ging ich nach dem Mittagsmahl wieder hungrig zur Arbeit, wo man aber körperliche Leistung von mir verlangt. Ich arbeite in der Tischlerei.

2. Montag, der 13.11.78 – An diesem Tag stand ein Eintopf auf dem Speiseplan für Gefangene. Ich ging mit der zweiten Essensschicht um 12.15 Uhr von der Tischlerei zur Kantine, wo ich um 12.20 Uhr eintraf. Die Zuteilung der Ration war äusserst knapp bemessen. Da entsprechendes Volumen des Essens offensichtlich nicht ausreichte, wurde es mit Beamtenessen vom Freitag, dem 10.11.78, und Wasser vermengt. Schon diese Begebenheit führte zu großer Erregung.

   Beweis: Zeugnisvernehmung der Gefangenen: Ingo Zander, Günter Löser, Heinrich Brumund.

3. Am Mittwoch, dem 15.11.78, wurden zur Mittagskost u.a. Frikadellen gereicht. Hierzu nutzte man zur Zubereitung u.a. schimmeliges Brot.

   Beweis: Zeugnisvernehmung des in der Küche arbeitenden Insassen Claus Dieter Hinz.

   Dieser Tatbestand wurde mir am Morgen des 16.11.78 berichtet.

4. Am Donnerstag, dem 16.11.78, kam ich wieder pünktlich um 12.20 Uhr zum Essen. Trotz Bemühungen erhielten Gefangene, zu denen auch ich mich zählte, nur die Hälfte bis ein Drittel der uns zustehenden Ration. In Anbetracht dessen, daß die in den Punkten 1+2+3 genannten Sachverhältnisse noch in bester Erinnerung waren, bewog ich mich, mich beim Küchenbeamten zu beschweren. Dieser ward aber plötzlich nicht mehr zu sehen. Allerdings gelang es einem anderen Insassen kurz darauf, sich zu beschweren. Als ich schon im Begriff wa

DIE GESCHLOSSENE ABTEILUNG

wieder zur Arbeit zu gehen, da die Mittagspause ihrem Ende zuging, „bot" der Küchenbeamte Herr Obereit an, uns in wenigen Minuten mit Essensresten der Beamtenküche abzuspeisen.

Beweis: Zeugnisvernehmung der Insassen: Harry Ehmke, Ingo Zander, Günther Löser, Heinrich Brumund, Jochen Kummerloew."

ALTES BROT UND WASSERSOSSE

DIEZ
16. Januar 79

Lutz Hertrich sitzt in der JVA Diez und muß essen, was dort auf den Tisch kommt. Er schrieb eine Beschwerde an das Justizministerium:

„... So gab es doch sage und schreibe — man glaube es kaum — in den letzten vierzehn Tagen nur einmal zum Mittagstisch warmes Gemüse. An den übrigen Tagen mußten wir uns mit Salaten zufrieden geben (welche sich im gleichmäßigen Rhythmus wiederholten). Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Außentemperaturen zeitweise zwischen minus 10 bis minus 20 Grad schwankten.

Bei der sogenannten Soße kann oft nur von einer „Wasserbrühe" gesprochen werden. Selbst ein Bediensteter, welchem ich diese zeigte, schüttelte nur den Kopf und sprach von einer ungenießbaren Soße.

Zum Frühstück — wie auch um Abendessen — wird uns Brot gereicht, welches Wochen alt sein muß — es ist BRÜCHIG. Der Kaffee ist sehr minderwertig und niemals richtig warm.

Wir bitten nicht, sondern verlangen eine „nahr- und schmackhafte Mahlzeit".

Unproblematisch sind die Gewichtsmengen der einzelnen Zutaten zum Essen, nur ergeben gemischte Zutaten noch lange keine schmackhafte Mahlzeit.

Ich bitte das Ministerium, hier genauestens zu recherchieren. Die Kontrolle muß besser werden. Auch wir haben das Recht auf ein einigermaßen „g u t e s" ESSEN..."

Ein weiterer Beschwerdepunkt ist die Tatsache, daß die Flure im Knast trotz Maurerarbeiten höchstens zweimal pro Woche geputzt werden. Außerdem erfolgen Mülltransport aus den Zellen und Ausgabe des Frühstücks zur gleichen Zeit.

Hertrich wird schikaniert, bekommt keinen Urlaub und darf zur Zeit nicht arbeiten.

LIBANESE WURDE IM KNAST VERPRÜGELT

KÖLN
16. Januar 79

Der Peter Matthias Mayer sitzt in der Justizvollzugsanstalt Köln. Er läßt uns einen Blick hinter die Gitter tun und schreibt, was sich da so tut:

„Als ein im Haus 11 einsitzender Libanese kürzlich Licht drückte und den Wunsch nach warmem Wasser äußerte (Tauchsieder sind hier verboten), wurde er von zwei Beamten mit Schlüsseln zusammengeschlagen...

Der Hausarbeiter Eddy, der das alles beobachten konnte, erstattete Anzeige und verlor daraufhin, nachdem man ihn „bat" diese zurückzuziehen, seinen Posten...

Außerdem bekommt der Peter den ID nicht. Sein Anwalt hat Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt. Er denkt auch an eine Verfassungsbeschwerde, nur fehlt ihm das Geld dazu.

Kontakt: Rechtsanwalt Böhne, Quantiusstr. 1, 5300 Bonn.

ÜBER WEIHNACHTEN EINGESCHLOSSEN

BREMEN

Aus der Haftanstalt Oslebshausen in Bremen schreibt uns ein Gefangener zur ärztlichen Versorgung in diesem Knast:

" ... Ich will Euch kurz ein Beispiel schreiben, was mir über Weihnachten hier passiert ist, und Euch darum bitten, daß dies hier veröffentlicht wird. Ich stehe zu meinem Brief und hoffe, daß dies der Anstaltsleiter, Herr Hoffmann, liest.

Ich meldete mich zum Anstaltsarzt Dr.Hillmann wegen eines Magengeschwürs an diesem Freitag, 22.12.. Ich spreche mit dem Arzt und bekomme auf mein Magengeschwür eine sehr schlechte Antwort. Ich bekomme 3 X „Bettruhe"-Einschluß verordnet und außerdem Tee mit Zwieback.

Nun muß ich sagen, daß von Freitag, den 22.12. bis Dienstag, 26.12. alle Zellen offen sind. Ich wurde quasi dafür bestraft, daß ich zum Anstaltsarzt gegangen bin. Als ich von der Prognose des Arztes erfuhr, setzte ich alle Hebel in Bewegung, um den Einschluß zu verhindern.

Die Beamten hier in der JVA stellten sich quer. Ich ging also zu Dr.Hillmann und wollte ihn sprechen.









Er lehnte ein Gespräch ab und meinte im Vorbeigehen zu mir, er habe jetzt mit der Sache nichts mehr zu tun und er müsse nach Hause. Was mit mir über Weihnachten passiert und daß ich deshalb eingeschlossen bin, das interessiert ihn nicht. Dieser Arzt hat sich um 16 Uhr noch bei den Beamten beschwert, daß ich ihn belästigt habe.

Dies ist nur ein Fall von vielen und ich möchte, daß der Mitgefangene von vor vier Monaten *(Michael Breuer berichtet am Anfang seines Briefes, den wir leicht gekürzt haben, daß ein Mitgefangener an Leukämie starb, die Red.)* nicht umsonst gestorben ist."

Michael Breuer, JVA Oslebshausen, Sonnemannstraße 2 2800 B r e m e n 21

HANNE KRABBE NICHT MEHR IM HUNGERSTREIK

KÖLN
8. Januar 79

Der Anwalt von Hanne Krabbe, die wegen des Attentats auf die Stockholmer Botschaft verurteilt ist, Rechtsanwalt Roland Schmale aus Köln, teilte am 18. Dezember 78 mit, daß seine Mandantin am vierzigsten Tag, nach sechzehn Tagen Zwangsernährung, den Hungerstreik abgebrochen hat. Über den Hungerstreik und die Haftbedingungen gibt es einen ausführlichen Bericht im ID 260.

Hanne Krabbe hat einige Haftverbesserungen zugesagt bekommen (Aufhebung der Kontrollen durch den Türspion, Teilnahme am Hofgang, Duschen, an zwei Tagen Aufschluß, einmal monatlich Kino, Sport, Zellendurchsuchung nur (!) noch viermal in der Woche, davon einmal mit Möbeltausch, ausziehen und neu einkleiden auch nur noch viermal pro Woche, dreimal pro Monat Einkauf).

Nicht erfüllt wurden die Forderung nach Arbeit, Fortbildung und Aufnahme in den Regelvollzug mit Langzeithäftlingen. Rechtsanwalt Schmale schreibt außerdem:

„Meine Mandantin hat unmißverständlich erklärt, daß sie sofort wieder in den Streik treten wird, wenn eine der zugesagten Verbesserungen nicht eingehalten wird oder sonst eine Haftverschärfung eintritt.
Die von mir beantragte Verlegung in eine andere Anstalt, in der eine noch weitgehendere Integration in den Normalvollzug möglich ist, wie z.B. in Frankfurt-Preungesheim, oder in der eine Gruppe von politischen Gefangenen zusammenkommen kann wie in Berlin und voraussichtlich Hamburg, scheint nicht möglich zu sein, da kein anderes Bundesland Hanne Krabbe übernehmen will.

Dem Vernehmen nach ist jedoch auch hier in Köln-Ossendorf der Bau eines besonderen Sicherheitstraktes für politische Häftlinge geplant."

Kontakt: Rechtsanwälte Schmale, Lütkes, Hartmann, Hauffstr.1, 5000 Köln 30, Tel.: 0221 / 55 81 93.

GÜNTER SONNENBERG VERZICHTET AUF DEN AUGENARZT

STUTTGART
Januar 79

Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, der im Mai 77 durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt wurde, braucht dringend die Untersuchung eines Augenarztes. Seine Sehschwäche ist die Folge der Verletzung. Rechtsanwalt Heinisch beantragte die vom Oberlandesgericht Stuttgart angeordnete Untersuchung durch den Facharzt Dr. Schrader bei der Strafanstalt Stuttgart-Stammheim, in der Sonnenberg inhaftiert ist. Die Anstalt reagierte, wie Günter Sonnenberg in einem Brief nach draußen mitteilt, wie folgt:

„1. Dem Strafgefangenen Günter Sonnenberg wird gestattet, durch Herrn Prof.med. Schrader, Chefarzt der Augenklinik im Katharinen-Hospital Stuttgart, augenärztlich untersuchen zu lassen.
2. Die Behandlung muß in den Behandlungsräumen der Vollzugsanstalt Stuttgart stattfinden.
3. Sie muß im Beisein des für die Anstalt ständig tätigen Arztes geschehen.
4. Die Kosten der Behandlung hat der Gefangene selbst zu tragen.
5. Der Gefangene hat sich zuvor bereit zu erklären, daß der für die Anstalt ständig tätige Arzt ergänzende Mituntersuchungen, die er für erforderlich hält, selbst vornehmen darf.
6. Der Gefangene hat ferner vor seiner Behandlung durch Prof.med. Schrader diesen gegenüber dem ständig für die Anstalt tätigen Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden.
7. Der zugezogene Arzt, Prof.med. Schrader, mußte sich vor der Behandlung zur Mitteilung seines Untersuchungsergebnisses an den ständig für die Anstalt tätigen Arzt bereiterklären."

Bei der Untersuchung sollten außerdem die Gehirnströme von Günter Sonnenberg gemessen werden (EEG), um festzustellen, ob er das Psychopharmaka „Rivodril" noch weiter nehmen muß. Günter Sonnenberg hat erklärt, daß er unter diesen Umständen auf eine Untersuchung verzichtet.

Kontakt: Birgit Hogfeld, Adlerstr. 32, 6200 Wiesbaden.

DROGEN IM KNAST

HAMBURG
8. Januar

Von einem Vertreter der Insassenvertretung des Hamburger Knastes Fuhlsbüttel zitieren wir einige Aussagen zum Thema Drogen im Knast:

„Nach Erhebungen in der JVA II, Hamburg-Fuhlsbüttel — dem Zentrum des „Humanen" Strafvollzuges — nehmen bei ca. 600 Insassen über

50% gelegentlich Drogen
20% regelmäßig Drogen (das sind 120 Insassen ca.)und
ca. 30 - 40 Insassen sind absolut abhängig.

Die Anstaltsleitung mußte bestätigen, daß mehrere Insassen während ihrer Haftzeit drogenabhängig geworden sind. Zu den Ursachen des Drogenproblems zählen die sich ständig verschlechternden Haftbedingungen; das Fehlen echter zwischenmenschlicher Beziehungen und die zunehmende Kontaktarmut zu der Außenwelt; ungenügende Möglichkeiten für die Gestaltung der Freizeit; die heuchlerische Propagierung eines humanen Strafvollzuges in der Öffentlichkeit, während tatsächlich die „Behandlung" der gefangenen Menschen als unpersönliche Sache erfolgt und die immensen Willkürmaßnahmen der Abteilungsleiter und der Anstaltsleitung, die zwar nicht rechtmäßig bezeichnet werden durch die Gerichte — aber vollzogene Disziplinarmaßnahmen (die Bestrafung erfolgt sofort — Berichtigung später durch das Gericht) lassen sich nicht rückgängig machen.

In diesem Klima entsteht in dem einzelnen Gefangenen oft eine pessimistische Grundstimmung. Geht der Gefangene zum Neurologen, so verordnet dieser im Psychopharmaka oder Mogadan (in Anstalt II werden pro Monat 6 l (LITER) ausgeschenkt statt durch Genehmigung einer offenen Zellentür dem Gefangenen einen natürlichen Weg zu weisen.

Das ist der erste Schritt, einen Gefangenen abhängig zu machen. Mit Medikamenten werden lediglich Symptome gedämpft, statt die Ursachen der Konflikte festzustellen und diese Ursachen zu beseitigen.

Es nimmt nicht wunder, wenn der Gefangene anschließend zu den auf dem Schwarzmarkt erhältlichen lockenden Pillen greift. Einige wenige Großdealer, denen Beamte und Werkbetriebe als Zulieferer dienen, werden von der Anstaltsleitung in ihrem schmutzigen Geschäft geduldet, weil sie durch Denunziation der Anstaltsleitung ein Bild geben „was im Hause los ist". Eine Behandlung drogenabhängiger Insassen besteht darin, daß die Anstaltsleitung abwechselnd Isolation auf Dora I verordnet..."

ZUR VERHAFTUNG VON BIRGID RAUTH

BERLIN
15. Januar 79

Am Mittwoch, dem 10.1.79 wurde Birgid Rauth am Grenzübergang Helmstedt beim Versuch der Einreise nach West-Berlin verhaftet.

Nach wochenlanger Observation wurde gegen sie, sowie gegen Dorit Brücher und Doris Braune im Mai 78 von der Bundesanwaltschaft Haftbefehl wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" erlassen, womit konkret sogenannte „Kurierdienste" bzw. Mitarbeit im Büro von Rechtsanwalt Croissant bis zu dessen Schließung gemeint sind. Dorit und Doris wurden unmittelbar danach in Stuttgart verhaftet und warten bis zum heutigen Tag auf ihren Prozeß.

Birgid sitzt zur Zeit in der JVA Hannover. Briefe, Zeitschriftenabonnements oder anderes sollten an ihren **Rechtsanwalt Dietrich Langhoft, Elisenstr. 18a, Hannover** geschickt werden.

WERNER HOPPE MUSS FREIGELASSEN WERDEN!

HAMBURG
8. Januar 79

Werner Hoppe, der seit 1971 wegen Mitgliedschaft in der RAF im Knast sitzt, und dem die Haftbedingungen erhebliche gesundheitliche Schäden zugefügt haben, muß Haftverschonung erhalten. Das geht aus einem Gutachten von Prof. Dr. Meyer hervor, den wir hier zitieren:

„ (...)

Damit befindet sich Herr Hoppe in einem ernsten, wenn auch nicht akut lebensbedrohlichen Zustand von Unterernährung. Zum einen können bei einer über Monate oder gar Jahre anhaltenden Unterernährung dieses Ausmaßes schließlich organische Schäden (Dystrophie) entstehen.

(...)

Aus diesen Gründen scheint mir jetzt, daß nur unter den Bedingungen einer Haftaussetzung eine medizinische Behandlung mit einiger Aussicht auf Erfolg durchführbar ist. Diese Behandlung wird anfänglich noch stationär durchgeführt werden müssen und erst danach ambulant.

(...)

Aus medizinischer Sicht ist deswegen eine Haftaussetzung zur Bewährung wünschenswert... Im übrigen kann man davon ausgehen, daß die bei Hoppe bereits eingetretenen seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen nicht mehr durch eine Veränderung seiner Haftbedingungen redressiert werden können."

Kontakt: Rechtsanwalt Uwe Maeffert, Bahrenfelderstr. 93, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/391 615.

EINREISEVERBOT FÜR THORWALD PROLL

HAMBURG
11. Januar 79

Von Thorwald Proll, dem Bruder von Astrid Proll, kommt folgender Bericht:

Am Abend des 8.1.79 wurde mir die Einreise nach England in Harwich von der Einwanderungsbehörde durch Chefinspektor Lloyd verweigert. Ich wurde über meine eigenen politischen Aktivitäten, über die man gut unterrichtet war, befragt. Kein Wunder, vor meinem ersten Besuch im Oktober war ich ausgecheckt worden. Dann hieß es, ich müßte in der Polizeistation des Ortes untergebracht werden, da es Sonntag sei und keine Auskünfte aus London mehr zu erhalten seien.

Da ich nicht sofort wieder aufgeben und mit dem nächsten Schiff abreisen wollte, willigte ich ein. Auf der Polizeistation begann die Freiheitsberaubung. Statt mich unbehelligt übernachten zu lassen, wurden mir alle meine Sachen abgenommen, wie bei einer Verhaftung. Auch meine Brille, da ich die Gläser zerbrechen könnte, um mich zu verletzen. Ich wurde in die Arrestzelle verfrachtet. Das Licht brannte die ganze Nacht. Es stank nach Kotze. Da ich auch die Schuhe ausziehen mußte, hockte ich auf dem Bett, konnte nicht richtig sehen, fror, hatte nicht zu rauchen – wie ein Tier im Loch.

Alle Stunde wurde von dem Polizisten nach mir gesehen, durch eine Klappe in der Tür, die die ganze Zeit über aufstand. Mittags konnte ich auf mein Verlangen mit Lloyd telefonieren, nachdem es erst geheißen hatte, er würde zu mir kommen. Er sagte, er hätte keine Nachricht aus London. Ich bemerkte nochmal, daß ich im Oktober bereits überprüft worden sei. Diese Tatsache sei unerheblich, sagte der Inspektor, es müßte immer wieder neu geschehen. Mir war daraufhin klar, daß es eine Machtentscheidung seinerseits war, und ich sagte, ich wollte abreisen und sofort aus der Zelle raus. Daraufhin sagte er, das nächste Schiff ginge erst abends um 22 Uhr und er könnte mich nicht vor 20 Uhr entlassen. Er habe aber eine Nachricht über meinen Verbleib im Büro Larry Grands (Rechtsanwalt von A. Proll) hinterlassen: „We have done this for you". Am Abend vorher hatte er mir ein entsprechendes Telefonat verweigert.

Das Ende war, daß bis zu diesem Zeitpunkt, 20 Uhr, eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte, so oder so, und ich würde entweder einreisen oder abreisen. Ich erhielt dann die Erlaubnis von ihm, mit der deutschen Botschaft zu telefonieren.

Ich schilderte dem dort anwesenden Bürokraten meine Situation und er willigte ein, Lloyd anzurufen, um mich später auf der Polizeistation zu unterrichten. (Das geschah ziemlich bald, und er bestätigte mir, was Lloyd auch gesagt hatte. Die Entscheidung müßte aus London kommen und sie müßte bis zum Abend gefallen sein.)

Nach diesen beiden Telefonaten bekam ich meine Brille vom Inspektor zurück, ebenso eines meiner Bücher („Die Wahrheit" von L. Trepper), um das ich ihn gebeten hatte. Die Polizisten hörten meine Gespräche und waren jetzt etwas umgänglicher.

Alle drei Stunden konnte ich auf einen kleinen Innenhof mit einem Gitter zum Himmel hin versehen, eine Zigarette rauchen. Sie brachten mir auch dreimal was zu essen, von dem was sie aßen und zu den Zeiten, wann sie aßen.

Um 20 Uhr erschien ein Beamter der Einwanderungsbehörde und erklärte mir, daß noch keine Entscheidung da sei und ob ich nun zurückfahren wolle. Ich bestätigte das und unterschrieb ein entsprechendes Revers. Dazu schrieb ich auf Englisch die folgenden Sätze: Dies ist ein Akt der Diskriminierung. Ich protestiere dagegen. Aber ich habe Ihre Folterinstrumente gesehen.

Der Beamte händigte mir ein Schreiben aus mit folgendem Wortlaut:

'You have sought leave to enter the United Kingdom as a visitor for seven days. However, in 1970 you were convicted of arson and criminal dammage, then you were sentenced to three years

imprisonment. This offence is an explodition crime and I do not consider your admission to be justified for any strong compassionate reason."
(Zu deutsch: Sie haben eine Einreiseerlaubnis als Besucher für sieben Tage beantragt. Jedoch im Jahre 1970 waren Sie wegen Sachbeschädigung und Brandstiftung verurteilt worden. Dieser Tatbestand ist ein auslieferungswürdiges Verbrechen und ich erachte ihre Einreise wegen Gründen emotionaler Betroffenheit als nicht gerechtfertigt.)

Und fügte hinzu, ich könnte telefonieren mit wem ich wolle. Ich rief zwei Nummern vom Komitee an (Friends of Astrid Proll), aber es war niemand zu erreichen.
Im Polizeiwagen wurde ich nach Aushändigung meiner Sachen zurückgebracht. Von der Einwanderungsbehörde aus telefonierte ich mit Karin Monte, die dort vorher angerufen hatte, und erzählte ihr was vorgefallen war.
Die Polizisten eskortierten mich aufs Schiff und mein Paß wurde hinterlegt und mir erst am anderen Morgen von der holländischen Polizei nach abermaligem Eskortieren wieder ausgehändigt.

Thorwald



EIN WINTERREISE–NACHSPIEL

FRANKFURT
18.Januar

Viele werden sich noch dunkel an jene Winterreise im Herbst 74 erinnern, den Anti-Sympathisantenrundschlag des Bundeskriminalamtes, der bald in „Aktion Wasserschlag" umgetauft wurde – treffend, oder vorschneller Jubel? Staatsschutz und Staatsanwaltschaft jedenfalls haben sich ins Zeug gelegt und einiges zusammenfabriziert, um jetzt in einer Reihe von Prozessen einigen Leuten doch noch einen Denkzettel zu verpassen.

Zur Zeit – seit kurz vor Weihnachten – läuft so ein Prozeß gegen Dieter Wedekin und Michael Berg vor dem Landgericht Frankfurt. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Wer sich gern so eine Nachbereitung „Winterreise auf deutsch" angucken will, ist herzlich eingeladen! Rahmenhandlung ist – laut Staatsanwaltschaft – die große Verschwörung der Roten Hilfe gegen diesen unsern Staat, wobei jeder, der bei der Winterreise mal namentlich erfasst wurde, im nachhinein noch mit aktiver Roten-Hilfe-Mitgliedschaft geehrt wird. Dazu kommt die fast schon obligatorische kriminelle Vereinigung und, damit's nicht so neblig bleibt, angebliche Waffendeals, Betrug, Urkundenfälschung, Strafvereitelung. Wie schon öfter, hängt sich das Ganze an 2 ‚Kronzeugen' auf: M.Schallenberg und dem, einigen hinreichend bekannten Berufszeugen, Dieter Hartmann. Die haben 'ne Menge Geschichten erzählt oder zumindest unterschrieben. Interessant ist die Sache auch deshalb, weil der eine keine Lust mehr hat, sich funktionalisieren zu lassen und der andere zu Hauptverhandlungen nicht gerne erscheint, sondern lieber in Form von Schriftstücken am Prozeß teilnimmt.

Bleibt abzuwarten, was das hohe Gericht mit den früheren Aussagen der etwas unkooperativen Zeugen anfängt.
Die nächsten Verhandlungstermine sind am:
Dienstagen, den 23.1.; 3o.1.; 6.2.; 13.2. - jeweils um 14 Uhr im Gerichtsgebäude A, Saal 146 in Frankfurt.

EINE TRÜBE BILANZ

DARMSTADT
13. Dezember

Eine traurige Zwischenbilanz zieht der Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug (AKS):

Liebe Pressemenschen,
zu unserem Erstaunen werden in letzter Zeit immer häufiger Adressen von Knastgruppen veröffentlicht: nach den BGS-Listen nun in Büchern und Zeitschriften. Wir können das (abgesehen von unseren Leserbriefen, etwa an bürgerliche Zeitungen) nicht kontrollieren, bemerken nur manchmal zufällig: Da stehen wir ja auch drauf! Bei den Büchern registrieren wir das eher emotionslos, aber bei den Zeitschriften interessiert uns das schon eher, denn das hat Barometerfunktion. So bemerken wir traurig, daß wir uns mittlerweile vom ID emanzipiert und zur konkret gemausert haben: letztere druckt unsere Anschrift, ersterer nicht mehr. Hiermit erklären wir (dem Verfassungsschutz und dem, den's sonst noch interessiert): Diese Etablierung entspricht weder unserem Willen, noch den Tatsachen; wir fühlen uns nach wie vor „der Basis nahe" (Interpretation dem Leser überlassen).

PS: Das obige ist reine Selbstbeweihräucherung und bestenfalls für Staatsorgane interessant. Denn während früher (so vor vier, fünf Jahren) eine Veröffentlichung unserer Adresse noch manchen Brief, manchen verzweifelten Hilferuf eines Gefangenen bescherte, bleiben derartige Re-Aktionen heute (längst) aus. Da das sicher nicht bedeutet, daß sich das Elend in den Knästen verringert hat (Gegeninformationen liegen vor), heißt das nur: der normale („nicht politische" – ohne Binde-Strich) Gefangene erwartet heute von ner Knastgruppe nix mehr. Ausgenommen sind vielleicht die Gefangenenselbstinitiativen, von denen in letzter Zeit immer häufiger zu hören ist – wenigstens ein Lichtblick!

In Klammern: Anders herum dürfen speziell wir darüber nicht traurig sein – da unsere personellen Möglichkeiten (schon seit langem) auf fast null zusammengeschrumpft sind und auch nirgendwo ne neue Tendenz aufkeimt... Neue Aufgaben könnten uns also leicht überfordern. Der deutsche Herbst währt schon einige Jahre, der Winter scheint noch immer nicht angebrochen – und der nächste Frühling steht noch nicht mal in den Sternen. Zumindest erscheint es aus Darmstädter Perspektive so."

Kontakt: Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug, Nieder-Ramstädter Straße 30, 6100 Darmstadt.

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG FÜR ASTRID PROLL

FRANKFURT
11.Januar

Astrid Proll, ehemaliges Mitglied der Roten Armee Fraktion und nach einer Haftverschonung nach Großbritannien emigriert, soll an die Bundesregierung ausgeliefert werden. Hier ein Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung:

„Eine Solidaritätsveranstaltung für Astrid Proll und gegen ihre Auslieferung an die BRD ist am Mittwoch, 24.Januar, um 19.30 Uhr im Bürgerhaus der Nordweststadt in Frankfurt (U-Bahn U 1). Nachdem sich die Bundesregierung in der vorigen Woche nicht entblödet hat, in der Auslieferungsverhandlung vor dem Richter des Londoner Lambetz Security Court, die seit der Sindlinger Verhandlung von 1974 höchst fadenscheinigen Aussagen der Verfassungschützer Simon und Grünhage (Mordversuch) sowie des „Kronzeugen" Ruhland (Banküberfall) vorlesen zu lassen, ist eines ganz klar: Die Auslieferung Astrids wird mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln betrieben.

Zweck der Veranstaltung ist also, einen möglichst breiten Protest gegen die Auslieferung zu erreichen. Es wird ein Film von englichen Genossinnen und Genossen über Astrids Wirkungskreis in London gezeigt. Ihr früherer Verteidiger Ulrich Preuß, der den Prozeß in London verfolgt hat, ist gebeten worden, einen Beitrag zu halten. Das Programm ist noch nicht fertig; auf jeden Fall gibt es aktuelle Informationen über die Aktivitäten von Astrids englischen Genossinnen und Genossen, darüber, wie das Verfahren juristisch weitergeht und natürlich vor allem darüber, was jetzt und hier sofort gegen die Auslieferung getan werden kann. Der Tote Trakt in Ossendorf, in dem Astrid eingesperrt war, ist längst noch nicht verschwunden — im Gegenteil.

Der Leiter der Anti-Terror-Squad, die Astrid am 15. September 78 festnahm, bestätigte am vorigen Mittwoch vor dem Gericht als Zeuge der Verteidigung, daß Astrid in England nichts Gesetzwidriges angehängt werden kann. Aus ihrer ersten Vernehmung nach der Festnahme zitierte der Beamte mehrfach Astrids Aussage: „Ich wollte hier nur meine Freiheit!" — Das Einbürgerungsgesuch Astrids ist noch nicht entschieden. Auch wenn ihr die englische Staatsbürgerschaft zuerkannt werden sollte, kann sie nach der jüngsten Modifizierung des Auslieferungsabkommen ausgeliefert werden.

Der Lambeth Court will nach ein paar Tagen Verhandlungspause in dieser Woche (15. — 20.1.) über die Auslieferung entscheiden. An der Art dieser Entscheidung besteht kaum ein Zweifel. Die deutschen Sicherheitsbullen tummeln sich seit Wochen völlig ungeniert in London. Sie entscheiden mit, wer von Astrids Besuchern Tag und Nacht überwacht, festgehalten und/oder gefilzt wird. Erstmals seit Dienstag voriger Woche besteht für den Knast in Brixton eine totale Besuchersperre. Im Verhandlungszimmerchen des Lambeth Court gibt es Platz für ganze 12 Besucher plus acht Bullen. Das kommt einem alles ziemlich bekannt vor.

**Kontakt: Anwaltsbüro Zeißelstr. 8, 6 Frankfurt
Tel. 0611/ 59 40 49**

FREUNDE VON ASTRID PROLL VOR DEM ENGLISCHEN GENERALKONSULAT

BERLIN
18. JANUAR

Gestern, 17. 1. 79 machten die „Freunde von Astrid Proll" eine picket-line (für Deutschsprechende: eine Reihe von Leuten, im Gänsemarsch, meist mit Plakaten behängt, ständig in Bewegung) vor dem englischen Generalkonsulat in Berlin. Dabei haben wir dem Generalkonsul ca. 650 Unterschriften gegen die Auslieferung von Astrid Proll über-



reicht. Der Generalkonsul bedauerte: die Kurierpost sei heute leider schon weg. Die Unterschriften würden morgen mit der Kurierpost nach London geschickt.

Am 5. Februar wird in London über die Staatsbürgerschaft von Astrid Proll verhandelt. Dazu schlagen die „Freunde von Astrid Proll" einen bundesweiten Aktionstag vor englischen Konsulaten vor, z. B. mit picket-lines, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen.

Kontakt: Freunde von Astrid Proll, Tel.: 030/ 342 73 20

Des weiteren gibt es noch in Hamburg eine Frauengruppe, die sich für Astrid Proll einsetzt:

Frauengruppe
c/o Frauenbuchladen „Von heute an"

2 Hamburg 20

Außerdem ist ein Videofilm über Astrid Prolls Leben erhältlich. Er zeigt wie sie dort gelebt hat, mit welchen Leuten, ihre Freundin Karin beschreibt die Entwicklung, die Astrid Proll durchmachte, bis sie sich wieder auf die Straße traute, wie sie die Folgen der Isolationsfolter Stück für Stück überwinden konnte.
Dauer des Films: 50 min.

MPZ
Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstr. 130 a
2 Hamburg 50
Tel.: 040/43 97 259

BRIEF DES RUSSELL-TRIBUNALS AN SCHMIDT

Drittes Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland
Sekretariat: Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30

An den Bundeskanzler
Herrn Helmut Schmidt
Bundeskanzleramt

5300 Bonn

Berlin, 12. 1. 1979

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Jury und Deutscher Beirat des III. Internationalen Russell-Tribunals wenden sich an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß viele Menschen aus den Ländern, aus denen wir kommen, mit besonderer Sorge zwei Probleme verfolgen, die in den Verantwortungsbereich Ihrer Regierung gehören.

1. Die Bundesregierung verlangt von der britischen Regierung die Auslieferung von Frau Astrid Proll zum Zwecke der Strafverfolgung wegen Anschuldigungen, die sich aus einer früheren Lebensperiode von Frau Proll herleiten. Wie allgemein bekannt, hat sich Frau Proll seit einer Reihe von Jahren gänzlich von dem Personenkreis gelöst, dem terroristische Straftaten zur Last gelegt werden. Sie hat sich eine neue Existenz aufgebaut und hat sich in der Arbeit für sozial benachteiligte Jugendliche in England hervorragend bewährt. Ihr werden keine Handlungen vorgeworfen, durch die sie andere Menschen an Leib und Leben geschädigt hat. In der Abwägung des Verhältnisses zwischen dem Strafanspruch des Staates und der Respektierung des Lebens eines Menschen, der sich mit großer Energie aus früheren Verwirrungen herausgearbeitet hat und dessen Leben durch erneute Strafverfolgung zerstört würde, muß das Recht der Menschlichkeit den Vorrang haben. Dem Rechte des Staates wird dadurch kein Schaden angetan. Wir fordern deshalb die Bundesregierung dringend auf, den Auslieferungsantrag zurückzuziehen.

2. Seit Jahren erreichen uns häufige Klagen über die Maßnahmen, denen in den Haftanstalten in der BRD eine Anzahl von Inhaftierten unterworfen ist, die wegen politisch motivierten Handlungen unter Anklage stehen oder verurteilt sind. Wir sehen hier ab von dem sogenannten Kontaktsperregesetz, mit dem wir uns auf unserer Sitzung ausführlich und kritisch beschäftigten und beschränken uns wegen des Zweckes dieses Briefes auf Klagen, die die Haftbedingungen unabhängig von diesem Gesetz betreffen. Einige der schärfsten und bedenklichsten Maßnahmen, die eine totale Isolierung in Einzelhaft, mit Ausschaltung auch des sinnlichen Kontaktes mit der Außenwelt, bezwecken, scheinen nach unserer Information immer noch angeordnet zu werden, obwohl dies von zuständigen Stellen ab und zu bestritten wird. Psychiatrische Gutachten haben die lebenszerstörenden Folgen solcher unerträglichen Isolierung bestätigt und deshalb gefordert, den Inhaftierten, falls man sie nicht in den normalen Strafvollzug eingliedert, das Zusammenleben in interaktionsfähigen Gruppen zu ermöglichen. Die von der BRD unterschriebene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ebenso wie das Grundgesetz der BRD verlangen, daß inhaftierten Personen das Überleben der Haft ohne Verlust der intakten Persönlichkeit möglich ist. Wir sind uns bewußt, daß in manchen Fällen das Sicherheitsinteresse und die übernommene Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte in Konflikt kommen können. Wir sind aber überzeugt, daß es bei gutem Willen immer einen Weg geben wird, der Verpflichtung auf die Menschenrechte den Vorrang geben zu können. Aus den uns mitgeteilten Klagen haben wir den Eindruck gewonnen, daß manche Behörden gegenüber dieser Kategorie von Inhaftierten sich nicht genügend um die Erfüllung dieser Verpflichtung bemühen. Ebenso wie wir in unseren Ländern gegen Mängel im Strafvollzug und für die Menschenrechte derer, die sich in den Haftanstalten befinden, kämpfen, fordern wir die Bundesregierung auf, die Spezialbestimmungen für die erwähnten Inhaftierten und ihre gesamte Behandlung sorgfältig nach dem Maßstab des Menschenrechtes auf Integrität der Persönlichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern und für eine Verbesserung der Haftbedingungen, insbesondere für möglichste Einbeziehung in den normalen Strafvollzug, Sorge zu tragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Prof. Vladimir Dedijer
Präsident des
III. Intern. Russell-Tribunals

Für die Richtigkeit
(Prof. Wolf-Dieter Narr)

FREIGELASSENE DPA-BESETZER: FÜR DIE FREILASSUNG DER ÜBRIGEN

FRANKFURT
17. Januar 79

Die drei freigelassenen dpa-Besetzer Bernhard Lohmann, Eckehard Melzer und Olaf Wriedt (zu der Aktion und ihren Folgen siehe ID 256/57) haben eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt:

„Nach zwei Monaten Knast hat Meyer (Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt) uns drei rausgelassen. Kurz nach Fertigstellung der Anklageschrift, die uns im wesentlichen nach § 129 a die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vorwirft.

In der Presse wurde die Aktion als „Guerilla-Aktion" aufgebauscht. Um unsere Verhaftung überhaupt durchzusetzen, waren die Schweine gezwungen, den § 129 a offen als Internierungsparagraph gegen antiimperialistischen Widerstand anzuwenden:

'Mit der Einleitung des Verfahrens wegen Verdacht der Gründung und Zugehörigkeit zu beiden mutmaßlichen terroristischen Vereinigungen ('Kommandos') wurde zugleich die Voraussetzung dafür geschaffen, die elf Festgenommenen in Untersuchungshaft zu nehmen. Wäre der Überfall lediglich als schwerer Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung gewertet worden, so hätte man die meisten der elf Festgenommenen wahrscheinlich wieder auf freien Fuß setzen müssen.' (Frankfurter Neue Presse, 8. Nov. 1978)

Das ist ihr Dilemma. Das erste Mal seit der Anwendung des § 129 a sind sie gezwungen, eine inhaltliche, politische Definition von Unterstützung zu bringen...

Sie versuchen mit allen Mitteln, uns zu spalten in 'Rädelsführer' und 'Mitläufer' – um das, was die Aktion hier vermittelt hat, eben daß es möglich und notwendig ist, daß die Linke sich praktisch zu den gefangenen Kämpfern verhält, wieder in den Griff zu kriegen. Nach der alten Linie der Widerstandbekämpfung: Spalten, Isolieren, Eliminieren.

— Nach der Linie wurden Rosie Priess, Simone Borgstede und Wolfgang Beer von den Staatsschutzmedien als 'Rädelsführer' aufgebaut.

Wir verlangen die sofortige Freilassung der anderen Genossinnen und Genossen des Kommandos."

Geldspenden, die zur Prozeßvorbereitung benötigt werden, können auf das Konto 1547 37-604 (Wollweber), Postscheckamt Frankfurt, überwiesen werden.

Weitere Informationen über den Anwalt: Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 49 03 92.

HAFT IST FOLTER

POSTKARTENSERIE AUS DER GEFANGENENBEWEGUNG

Die zellen sind etwa acht quadratmeter groß und 2,70 meter hoch. zieht mensch den platz ab, den das meublement fortnimmt, kommt mensch auf drei bis vier quadratmeter auslauf. ein deutscher schäferhund hat in der BRD gesetzlichen anspruch auf mindestens neun quadratmeter.

Das essen ist an eintönigkeit nicht zu überbieten. mensch kann im voraus sagen, was es am 3. september, 8. märz des nächsten jahres und am 7. juli des übernächsten jahres zu essen gibt. mensch wird satt, also gemästet. das essen ist kalorien- nicht vitaminreich. aus soßen und gemüsen kann mensch oft weiße klumpen fischen. pures mehl.

Ich denke, wie war das, erotisches erleben? ich weiß es nicht mehr, zärtlichkeit? was war das, streicheln? keine reale vorstellung mehr, reduziert, haut auf haut. gefühle? was hast du gefühlt? noch nicht mal mehr plumpe instinktive geilheit, liegt wohl am fraß hier. es ist kaum zu begreifen, nur noch schwarz auf weiß, keine vibrationen mehr, keine palette, die ganze bandbreite – weg. ich löse mich auf.

Heute werden mir auch noch alle filzschreiber abgenommen. ich weiß nicht warum. ich bin ständig naß am ganzen körper. kalter schweiß. mich friert, ich weiß nicht wo meine grenze liegt ab der ich aufhöre mensch zu sein. was ist das, menschenwürde? ein kriminalbeamter zu meiner mutter: die haftbedingungen heutzutage sind gar nicht so schlimm, aber sie werden ihre tochter trotzdem niemals so wiedersehen, wie sie sie in erinnerung haben.

Das sind texte von zahl, knofo, kristina dömeland und anderen, die wir mit bildern von westdeutschen und berliner knästen zusammenmontiert haben. insgesamt ne serie von zwölf postkarten mit knastfotos und vier textkarten: zu den minimalforderungen ‚politischer' gefangener, die forderung, sofortige freilassung von werner hoppe, über besuchschikanen und zur trennscheibe.

WIR SIND NE WOHNGEMEINSCHAFTSGRUPPE

Die motivation, die postkartenserie zu machen, kommt für alle etwa aus den selben erlebnissen. selbst im knast, laufende prozesse, kriminalisierung der politischen ‚arbeit'. die postkartenserie ist jetzt zum beispiel als beweismittel in einem laufenden verfahren wegen „verunglimpfung der bundesrepublik deutschland und volksverhetzung" beschlagnahmt.

Wir haben uns als ‚aktionsgruppe zur auflösung des schuldstrafrechts' bezeichnet. wir sagten uns, die diskussion um knast darf nicht an den zerstörenden haftbedingungen stehenbleiben, sondern muß an die eigentliche ursache ran, weshalb es überhaupt knäste gibt. also die gesellschaft, die sich anmaßt, für eine ‚schuld' zu ‚strafen'. ganz nach patriarchalischem, biblischem erziehungsprinzip. noch vor 300 – 400 jahren wurden nach demselben prinzip ‚dieben' die hand abgehackt, oder frauen für einen schwangerschaftsabbruch öffentlich hingerichtet und gepfählt...

Heute wird eine ‚schuld' mit drei monaten bis 20 jahren freiheitsentzug bestraft. für „widerstand gegen die staatsgewalt", weil du nach einer demo zusammengeschlagen worden bist, neun monate, für eine bankenteignung (überfall nennen die das) meistens acht jahre.

Klar. wir haben die weisheit auch nicht mit löffeln gefressen. wir können auch nicht auf anhieb mit vergewaltigung, oder damit, daß jemand solange kaputtgemacht wird, bis er/sie eine(n) andere(n) umbringt, umgehen. aber eines ist ganz sicher. mit internierung und isolation ändert sich die psychische situation, die jemand zu einer ‚straftat' bringt, nicht, sondern seine/ihre zerstörung geht weiter. ganz unpolitisch formuliert: eine aufgeklärte gesellschaft bestraft nicht, wenn jemand nicht normangepaßt handelt, sondern erklärt...!

Vergewaltigung hat die ursache im sexuellen notstand, der in der patriarchalischen kleinfamiliengesellschaft gang und gebe ist. nicht der vergewaltiger hat die schuld, sondern die gesellschaftlichen verhältnisse. und die reaktion einer gesellschaft müßte eher ne gruppenintegration sein, in der sexualität nicht tabuisiert wird, sondern in allen formen und mit allen möglichkeiten ausgelebt wird.

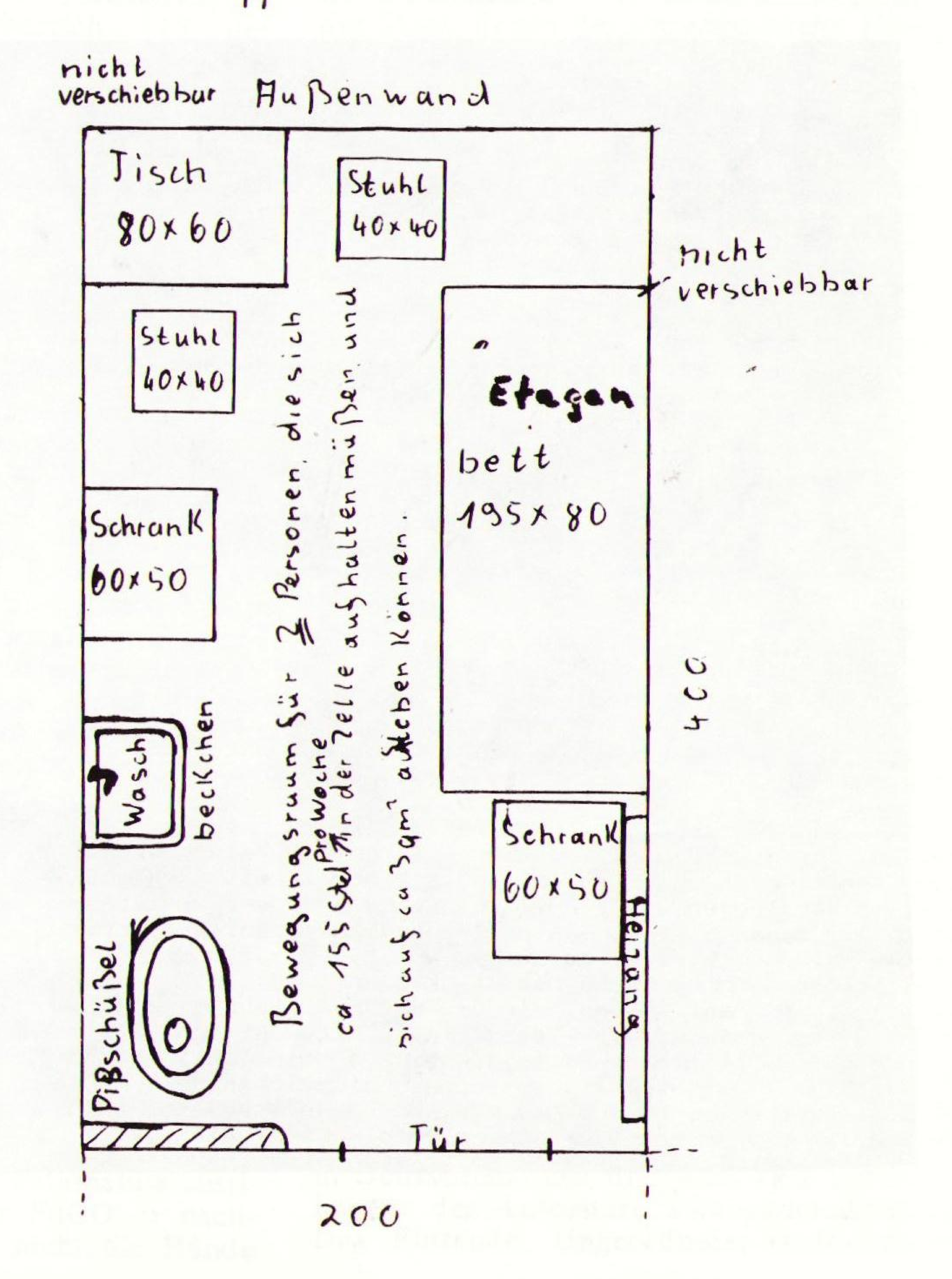
Bei mord ists noch schwieriger, weil da verhaltenspsychologisch empörung und entsetzen ne rolle spielen. in einer gesellschaft, die auf dem prinzip ‚kollektivität in allen bereichen' beruht, gibt es keinen mord. mord ist produkt von isolation und gewaltverhältnissen. wo es beides nicht gibt, wird niemand soweit getrieben. gerade deshalb: tod dem schah!

Diese scheiße: schuld und strafe – wird auch in der linken viel zu wenig diskutiert. ein beispiel. ein KB-genosse schlug in lübeck seine freundin zusammen. er wurde dafür aus dem KB ausgeschlossen. die begründung:

1. h. hat seine freundin regelrecht zusammengeschlagen.
2. h. hat nicht zum erstenmal zugeschlagen, es liegt also ein wiederholungsfall vor.
3. und, das ist meiner ansicht nach das wesentliche, der genosse hat die gewalttätigkeit nachdrücklich gerechtfertigt und zeigt keinen ansatz von reue.

(eine genossin der KB-landesleitung schleswig-holstein)

Das ganze: zitat aus dem ARBEITERKAMPF vom 8.1.79. wir haben gedacht wir spinnen. genau diese abgefackten, gewalthörigen rechts-prinzipien, wie die staatsanwaltschaft, die einen junkie, wenn er nach einem halben jahr immer noch drückt (son zufall in der BRD) und wieder 1 1/2 grämmer heroin dabei hat, zu drei jahren verknackt.



Wiederholungstäter ... zeigt keinen ansatz von reue... und das vom KB. sowas zieht uns die schuhe aus. wahrscheinlich wäre es besser gewesen, die beziehungsdiskussion der beiden öffentlich zu machen — und vielleicht auch die der Genossin der KB-Landesleitung schleswig-holstein.

Das letzte, was wir voner gefangenenbewegungsfront gehört haben, waren thesen von schuldt und ortner (herausgeber von „normalvollzug" bei JVA tübingen). gefangenenarbeit müßte in stadtteilzentren integriert werden. müßte von der ganzen linken wieder aufgegriffen werden. mit dem ziel: auflösung der knäste, therapie statt strafe. und er sagt ganz.klar, die tendenz im strafvollzug hat zwei seiten: der vollzug wird — zumindest in der staatsperspektive ‚gelockert' — das heißt nicht mildere strafen, sondern tendenz zum offenen vollzug. die häftlinge arbeiten draußen in betrieben und leben sonst in den anstalten. sie sind materiell nutzbar, äußerst profitträchtig und werden durch arbeitskonditionierung an die kapitalistische konsumgesellschaft angepaßt. die andere tendenz ist — total- und traktisolation für ‚politische' gefangene. das anpassungsprogramm der justizstrategen also doppelt. der widerstand wird durch ein isolationsprogramm vernichtet, ‚straftäter' werden durch arbeits-gehirnwäsche umerzogen.

Die andere seite, von der etwas zum knast kam, war die amnestiefraktion. solange amnestie heißt: zurück in die alte gesellschaftliche scheiße, die einem(r) bis zum hals gestanden hat, bis mensch sich durch politischen kampf oder durch ‚straftaten' dagegen gewehrt hat,solange verzichten wir auf amnestie, auf die, die sie fordern.

Für uns könnte eine anti-knastbewegung so aussehen: öffentlichkeit über internationale ansätze, die knäste abzuschaffen. ich war z.b. ein paar tage im knast in bologna und dort hat der KPI-magistrat folgendes modell. alle häftlinge, egal ob lang- oder kurzstrafer(innen) sind von ihrer ganzen haftzeit jeden monat immer 20 tage im bau und dann zehn tage frei. die ganze haftdauer über. nur wenn sie nicht zurückkommen und wieder gefaßt werden — verschärfungen. oder in schweden sieht die besuchsregelung z.b. so aus: jede(r) besucher(in) kommt in den totalumschluß — also alle zellen immer geöffnet — und kann darin bleiben, sooft und solange er/sie will. und alle können dann, wenn sie bock haben, in irgendner zelle vögeln. hier saß ich vor kurzem meinem bruder neben zwei eifrig das gespräch mitschreibenden schmierlappen zwanzig minuten gegenüber. alle zwei wochen zwanzig minuten besuch. der abgebrochen wird, wenn sich das gespräch mit dem ‚gegenstand des verfahrens' befaßt. kotzen.

Vielleicht könnte sich eine bewegung auf minimalforderungen einigen. zum beispiel:

ALLES SCHRIFTTUM IST ALLEN GEFANGENEN ZUGÄNGLICH. (zum beispiel bekommen politische gefangene seit neuestem generell keinen ID und keine ‚alternativ'-zeitungen mehr.)

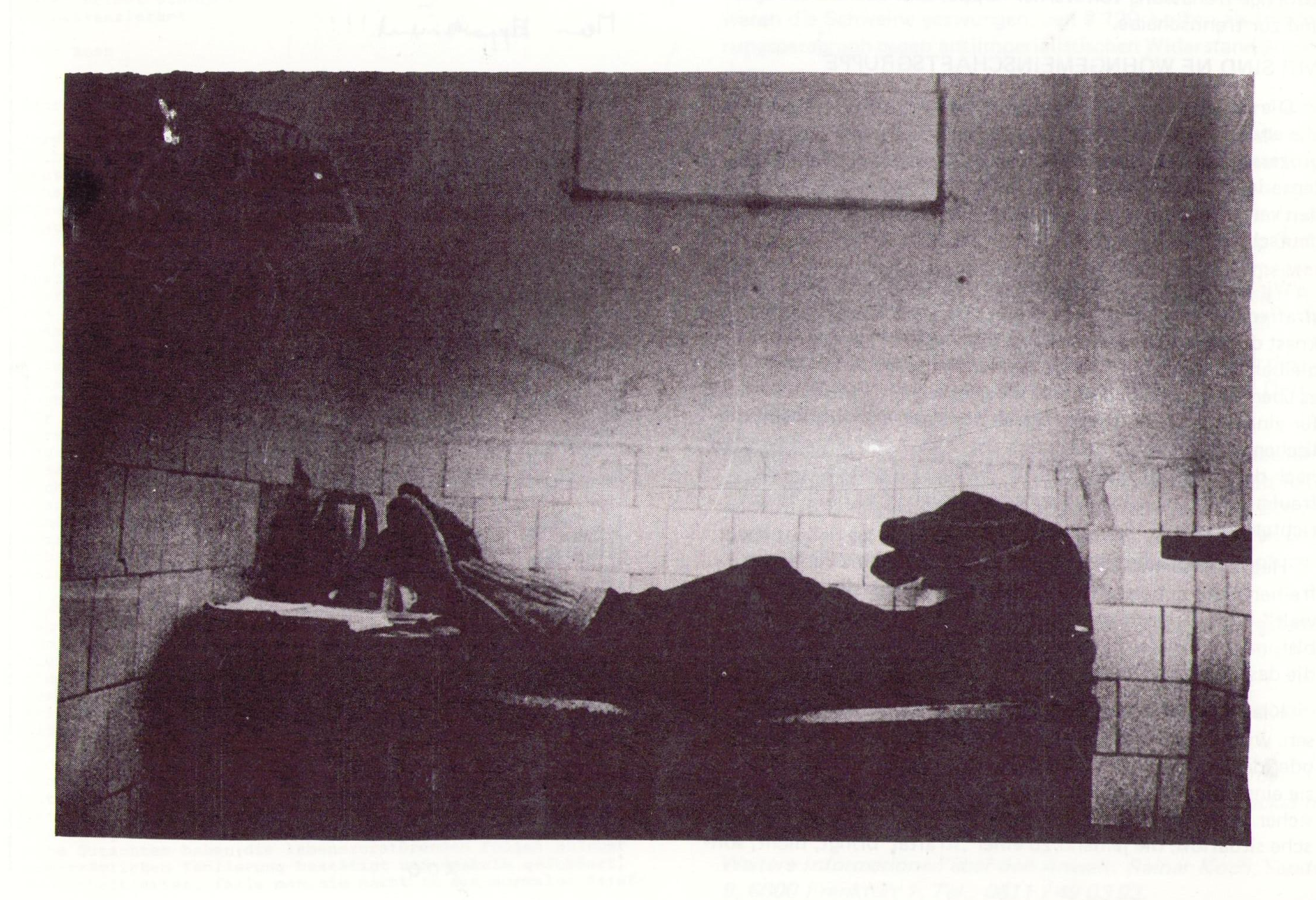
Fernseher für alle. jede(r) kann solange kucken, bis es ihm zum hals heraushängt.

BESUCHSREGELUNG WIE IN SCHWEDEN. SOOFT UND SOLANGE IM TOTALUMSCHLUSS, WIE BESUCHER(INNEN) WOLLEN, SEXUALITÄT IM UMSCHLUSS. (klingt ja makaber genug)

und das wichtigste:
ABSCHAFFUNG JEDER ART VON ISOLATIONSHAFT.FÜR ALLE GEFANGENEN — TOTALUMSCHLUSS!

Nochmal zurück zu der postkartenserie. der druck der karten und plakate hat uns 850,— möpse gekostet. einen teil haben wir vom BAföG bezahlt, den anderen teil hat gerald, der arbeitet (zu seinem leidwesen) und ein bißchen mehr verdient — berappt. die ganze serie (16 karten) kostet dm 5,—, eine karte 35 pfennige. bestellt soviel ihr könnt...!

Mehr interesse hätten wir allerdings an einer offensiven gefangenenbewegung. tschüß.
Adresse: jutta boos, juliusstraße 15, 6000 frankfurt 90.



P.P. ZAHL: ANTWORT AN HORST MAHLER

Peter Paul Zahl, Gefangener im Knast Werl, bat Mitte September Horst Mahler, Gefangener im Knast Berlin Tegel, um Beantwortung von 15 Fragen, die seinen Haftstatus betrafen. Mahler antwortete in Kürze, seine Haftbedingungen unterschieden sich „sehr erheblich von denjenigen für Staatsschutzgefangene". Zahl bat Mahler ein zweites Mal um Beantwortung der Fragen und erklärte deren Zweck, „nämlich durch Beschreiten des Rechtsweges dem neuen Strafvollzugsgesetz „Fleisch geben" zu wollen, und sei es im Wege der Grundsatzklage vor dem Verfassungsgericht wegen Verletzung einiger Verfassungsartikel, insbesondere des Rechts auf gleiche Behandlung (Art. 3 Grundgesetz). Mahler lehnte in einem weiteren Schreiben an Zahl die Beantwortung der Fragen ab. Zahl schrieb nun einen offenen Brief an Mahler, der im „Bremer Info-BUG" erschien (Wortlaut im ID 260). Mahlers Einschätzung erschien darauf am 11. Dezember im „Spiegel": „Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge". Darauf jetzt Zahls Antwort, die wir dem „Pflasterstrand" entnehmen:



Ein Indianer weint nicht oder: Wider die 150%igen Bauchredner

Noch immer im modell deutschland: knast Werl, 16.12.1978, Peter paul Zahl, Postfach 301 D - 4760 Werl

vergebens habt Ihr auf eine antwort des herrn M. auf meinen offnen brief gewartet, vergebens baten genossen den herrn M., seinen beitrag im BILD AM MONTAG "nur veröffentlichen zu lassen, wenn desgleichen von PPZ ein abdruck gewährt wird". die herren Klein-Klein und Mahler verkehren wohl nur noch via Spiegel mit "der" linken. mich hat das geschmiere des HM derart gefuchst, daß ich eine replik nicht unterlassen konnte:

"Die liebenswürdige moderne Philanthropie glaubt, die furchtbare Tortur der Isolierung zuerst erkannt zu haben, aber sie täuscht sich. Seit der Abschaffung der Folter hat die Staatsanwaltschaft . . . entdeckt, was für furchtbare Helfer der Justiz durch die Einsamkeit entstehen können.
Zwischen der Einsamkeit und der Folter besteht genau derselbe Unterschied wie zwischen einer Nervenkrankheit und einer chirurgischen Krankheit. Sie ist Leiden, multipliziert mit dem Unendlichen. Dieser grausame Zustand der Seelenfolterung, der in gewissen Fällen, zum Beispiel im Politischen . . . ungeheuerliche Dimensionen annimmt . . . "

Diesen *"Schlagworten"* wie *"Folter"*, diesem *"Gerede von Schriftstellern, Professoren und Pastoren liegt eine doppelbödige Moral zugrunde, wie man sie sich kaum schlimmer vorstellen kann"*, schleuderte der Vorsitzende Richter F o t h, Stuttgart, in der Urteilsverkündung im Prozeß gegen zwei, von der Gewalt-ist-Schitt GmbH und Coke KG präpararierte Tonbänder sein energisches Halt! entgegen, im Spiegel Nr. 50, von einem bekannten autoritären Zwangscharakter willig unterstützt. Dem Autor obiger Zeilen müßte, ginge es nach ihnen, ein Verfahren angehängt werden wegen Verunglimpfung des Glimpfs oder Unterstützung einer touristischen Vereinigung oder *„Rekrutierung junger Idealisten für die unerhörten Zwecke der RAF."* Leider ist dies nicht möglich. Der Autor des obigen Zitats heißt - B a l z a c.

Was er, vor etwa 140 Jahren, über Isolationsfolter schrieb, wurde durch wissenschaftliche Forschungen später bestätigt; Frantz Fanon, der bedeutendste Theoretiker der algerischen Revolution, subsummiert die strenge Isolation ebenso unter die Folter wie die politisch neutrale Gefangenenhilfsorganisation "amnesty international" (Bericht über die Folter, Fischer-TB).

Balzac, Fanon, amnesty, Prof. Rasch (forensische Psychiatrie, Berlin), die von den Stuttgart-Stammheimer Richtern bestellten amtlichen Gutachter, der Französische Ausbrecherkönig Mesrine, der Ex-KZler und Ex-Häftling von Bautzen, Heinz Brandt, Solschenizyn, Cunhel (KPF), Jürgen Fuchs, der Autor dieses Artikels, die Psychologen der JVA Werl (im Range von Regierungs-, respektive Oberregierungsräten) und die Professoren, die im Sonderforschungsbereich 115 der Hamburg-Eppendorfer Universitätsklinik, sie alle hatten und haben anscheinend nichts anderes im Sinn, als *„Propagandalügen"* zu verbreiten, *"darauf berechnet, die Linken in der Bundesrepublik moralisch zu erpressen"* und *„eine genügend große Anzahl von Helfern der RAF zum Absprung in den Untergrund zu motivieren und an ihrer Stelle neue Helfer aus dem politischen Umfeld der Guerilla zu rekrutieren"* (Horst Mahler, Spiegel Nr.50, 11.12.1978).

Die Folterer haben und hatten immer schon ein Interesse daran, die Folter zu leugnen. Die herrschenden Folterer pflegen immer auf ihre folternden Kollegen im Nachbarland oder konkurrierenden System hinzuweisen, werden sie der Folter bezichtigt. Nur der Schah von Persien, Reza Pahlewi, machte in einem Le-Monde-Interview eine löbliche Ausnahme: er gab Folter durch die SAVAK in seinem Lande zu, vergaß aber nicht, die Interviewer auf verfeinerte Foltermethoden in Europa hinzuweisen.

Die er meinte, halten in der UNO großartige Reden gegen die Verletzung von Menschenrechten - anderswo, selbstverständlich. Ihre bezahlten Handlanger, die Foths und Co., verfolgen jene, die die Verletzung der Menschenrechte hier nennen und geisseln; den Handlangern sind keine Vorwürfe zu machen, anders können sie sich wohl nicht mehr halten; sie sind ehrenwerte Leute, sie stehen auf jenem Boden, dem des nationalsozialistischen Staates, dem der FdGO, je nachdem; sie machen sich nicht die Hände schmutzig, sie unterschreiben lediglich Beschlüsse, die zentral vom Bundessicherheitshauptamt ausgearbeitet sind. Diesen edlen Gemütern ist nun ein wortmächtiger Gehülfe zugewachsen, ein Saulus, der nicht nur einmal sein Damaskus erlebt, sondern darauf abonniert ist, ein Mann, der seine jeweils neu angelesene Position nicht nur 100%ig, sondern 150%ig und lautstark, überlegen, unbekümmert, wortmächtig wankelmütig vertritt, ein Prototyp des Autoritären Zwangscharakters (s. Adorno/Horkheimer), ein Advokat, der jede denkbare und jede undenkbare Position vertritt und jedes Mandat übernimmt, lohnt es sich: Herr Horst Mahler.

Sein jüngster Mandant: die Bundesrepublik Deutschland, ihre Sicherheitsorgane, der Staat, denen der *„ungeheuerliche Vorwurf der Folter gemacht wird."*

Herr Mahler begann seine Karriere bei einer schlagenden Verbindung; zu wieviel Prozent er ihre hehren Ideale vertrat, ist nicht mehr auszumachen, Herr Mahler schweigt sich da aus. Daraufhin wurde er Mitglied des Ring Christlich Demokratischer Studenten; auch hier ist unbekannt, wie christlich und wie demokratisch Herr Mahler sich zu geben pflegte. Nun, die beiden genannten Vereine begannen Anfang und Mitte der 60er Jahre ein wenig altbacken und suspekt zu werden; die Zeit, die eilte im Sauseschritt, Herr Mahler eilte mit. Wurde Mitglied der staatstragenden Partei (STP) SPD - sie war im Aufwind. Berlins weniger staatstragende studentische Jugend aber wehte der Wind ins Gesicht, der SDS wurde aus der SPD geschmissen; und siehe, es geschehen Zeichen und Wunder, Herr Mahler wurde zum Genossen Mahler, wurde SDSler. Da trat er aus dem Schatten, da verzichtete der Bürger aufs bürgerliche Milieu - Herr Mahler hatte als Anwalt im Thyssen-Bank-Prozeß gut beobachtet, gut verteidigt, gut verdient, den Gestank erleben dürfen dieses Milieus - und wurde zum Anwalt der rebellischen Jugend. Ein guter, muß hinzugefügt werden, denn ein Herr Mahler macht nichts halb. Das Antiautoritäre an der Antiautoritären Bewegung muß ihn fasziniert haben, begriffen hat er es bis heute nicht; daran hinderte und hindert ihn ein geistiges Leiden, dem in Deutschland Ost und West viele unterliegen: der Autoritäre Zwangscharakter. Das Flutende, Ungeordnete, Hedonisti-

sche, Zwanglose, Geile, Subversive, das Nicht-Zu-Fassende, kaum zu Ordnende, Elastische, Flutschige und schwer zu Definierende der Antiautoritären stieß ihn ab; Herr Mahler bedurfte der Dressur, der Ausrichtung, der Sicherheit und Ordnung, griff zu Lenin und Mao, wurde begeisterter Marxist-Leninist (MLer); hier befand er sich auf festem Boden, hier ersetzte, wie in der Theologie, wie in der Juristerei, das richtige Zitat eigenes Denken und Fühlen, in einem Wort, Herr Mahler konnte endlich seine eigne Abrichtung (vgl. Klaus Eschens Aufsatz über Juristenausbildung im 'Kursbuch' 40) mit dem Weltgeist (vgl. Hegel) vermählen. Aber wenn schon MLer, sagte sich der Herr, dann richtig, und statt in eine der vielen neuen K-Gruppen trieb ihn in die RAF.

Schnell war er im Knast. Vermutlich zu schnell, denn statt 100%iges RAF-Mitglied wollte er wieder einmal 150%ig sein und verfaßte, fern aller Diskussionen sowohl der Linken, draußen, als auch der RAF, draußen, ein witziges Büchlein, das wohl zur Bibel der RAF werden sollte, die "Straßenverkehrsordnung". Die RAF, perplex, hielt sich nicht sonderlich dran; und Herr Mahler, allein gelassen, ja räumlich und zeitlich isoliert, in seiner Zelle, einem Mönche gleich, ging in sich, er, nahezu Einziger wohl, dem das Resozialisierungskonzept der Puritaner in Virginia (wohl vor 140 Jahren entworfen) völlig eingeht, nahm *"Entbehrungen und quälende Umstände als Prüfung", "bewährte sich vor sich selbst"* (Spiegel, Nr. 50, S. 62). Diese Prüfung fand, was Wunder, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und so trat, anläßlich seines Fernsehauftritts im Frühjahr 1975 - ein paar Scherzbolde muteten ihm zu, befreit werden zu wollen und ausgetauscht gegen einen ihm Ähnlichen - ein völlig neuer Mahler (Nur echt mit den 3 Rotmachern) auf; wer erinnert sich nicht: mit Nickelbrille, Bart, Pullover und Parteiabzeichen beschwor er das Bild der deutschen Arbeiterklasse, die ihn (und eventuell auch noch andere Geläuterte) aus dem Kerker des Klassenfeindes befreien würde, selbstverständlich unter der glorreichen Führung der Partei der Arbeiterklasse, der KaPeDeh unter den bewährten Sturmspitzen der Rrrrevolution, Semmler & Horlemann, alias Thälmann jr. und Ever Jürgen Hoxha II! Herr Mahler war KPD(AO)-Mitglied geworden, und wieder einmal 150%iges, wo 100% doch gereicht hätten ... Von da an muß jedoch die Parrrtei einen Fehler gemacht haben. Oder lags daran, daß Herr Mahler noch unter der Fuchtel der anderen Zuchtmeister? Daran, daß er neue Bücher, neue Zeitschriften las, gar vom ZK nicht genehmigte? Daran, daß es spürbar abwärts ging mit der KPD, die von Spöttern eh nur als A-Null apostrophiert wurde? Wer schmuggelte Herrn Mahler dann die größte Konterbande zu, wer gab ihm Herrn - Marx zu lesen? Wer Marx liest, ist für die KPD-AO verloren. In Herrn Mahlers Hirn schlich sich der Zweifel - eine grauenhafte Krankheit der Intellektuellen, ja der Dichter gar! Herrn Mahler fielen nicht nur weitere Haare aus, die Luft gar fuhr pfeifend ihm aus der vorher so stolz proletarisch aufgeblähten Brust. Die Lektüre der Werke das Herrn Marx, das jungen gar (Grundrisse, o weh!), aber gewährt kein geistiges Korsett, sie stößt aufs eigenständige Denken, o Graus. Dieses jedoch läßt sich nur in Annäherungsworten erreichen, nie zu 150 Prozent. Herr Mahler, verwirrt, entsetzt, entkernt, versuchte diese leidige Tatsache dadurch zu lindern, indem er seine alten Kumpels und Genossen mit Lehm beschmiß. Dies, inzwischen kennen wir ihn, selbstverständlich wieder mit der ganzen Energie eines 150%igen. Das Schmeißen mit Lehm ersetzt auf Dauer aber keine Korsetts; statt der Ebenen des von Stalin und Co. glattgeschliffenen DIAMAT die mühsamen Berge des dialektischen Materialismus, statt der schönen, geschlossenen Kästchen der Wesenslogik die grausam-nüchterne Offenheit realistisch-geschichtsbewußten Denkens. Nichts für Herrn Mahler. Nichts, wo man, dem Elefanten am aufgespürten Wasserloche gleich, lautstark heraustrompeten könnte die neue Position, ja den Neuen Gott. Gottlob war Land in Sicht, Festes, Erstarrtes, Gefügtes, Unumstößliches - von Marx gelangte Herr Mahler zu Hegel. Zum Weltgeist. Zur Verkörperung der Vernunft: zum staatlichen Prinzip, zum Staat. Hier fühlte Herr Mahler sich wohl, den Rücken gebeugt in seiner Zelle, *"Musterhäftling"* (Glaubknecht, Kommandant der JVA Tegel), flitzten seine Finger von neuem übers Papier: Saulus erreichte einmal sein Damaskus und wurde zum Paulus; Mahler dagegen erwarb eine Zehnjahreskarte der Bagdagbahn und konnte so, in immer schneller werdendem Turnus, die Strecke Westberlin-Damaskus entlangjagen, hin und her und her und hin ... Und ein jedesmal, kaum hatte er das Stadttor eines neues Damaskus hinter sich gelassen, spurtete er auf den Marktplatz, lautstark und unbeirrt seinen Neuen Gott zu preisen.

Ein ungarischer Freund, Mitglied der DISSENTERS INCORPORATED, schrieb mir kürzlich: „Aber ein Mann, der schon so viele verschiedene politische Ansichten vertrat wie HM, müßte eigentlich die Sache etwas relativieren und seine jeweils aktuellen absoluten Wahrheiten mit weniger Unbedingtheit äußern..."

Ohne Zweifel, ein Autoritärer Zwangscharakter *glaubt* ein jedesmal, egal wie die Dinge liegen, was er sagt, oder, wie im Falle Mahler, heraustrompetet - nun gar in Dr. Herolds Leib- und Magenblatt, dem SPIEGEL. Vergangenheit ist liquidiert, Selbstzweifel sind fremd, was man auch tut, man tut es 150%ig.

Der jüngst noch - wenn auch bei weitem nicht so schlimm, so tödlich, so ungeheuerlich - Isolierte wurde durch die Isolation noch mehr gebrochen, als er eh war, und nennt das Brechen *"Prüfung"* und *"Bewährung"*; Dr. Herold (SPD) und Professor Hegel (Weltgeist GmbH) besorgen ihr Handwerk gründlich (Zwingt Rot raus - zwingt Weiß rein!); Zwangscharaktere, die ihnen zu Opfer fallen, verwandeln sich in Bauchredner der Reaktion, in Folterapologeten, in geschickt den Jargon der Linken imitierende Automaten. Einen solchen stellt Rudolf Augstein (*"Im Zweifelsfalle links"* - wo die Börse sitzt) das Forum seines Millionenblattes zur Verfügung; da muß der Gegner in der *„Kontroverse, der gleichfalls inhaftierte Schriftsteller Peter-Paul Zahl (PPZ)"* mit der Kleinoffsetöffentlichkeit vorliebnehmen. So ist das eben in der *"freiheitlichsten Demokratie, die wir je hatten"* (Scheel), in der *"parlamentarischen Demokratie", im "Rechtsstaat"* (Tünnes Mahler) ... Mahler leugnet nicht, daß Isolation tödlich ist: *"Die Justiz ... sperrte Ulrike Meinhof und Astrid Proll für acht bzw. vier Monate im geräuschisolierten und auch sonst reizverarmten Toten Trakt der Haftanstalt Köln-Ossendorf ein, in dem Menschen wahrscheinlich nicht lange überleben können"*. Die - von Mahler nicht geleugnete - Folter verwandelt sich bei ihm flugs zum *"Anlaß"*, ja "Reizwort", und *"mit der jetzt anhebenden Anti-Folter-Kampagne hatte der Terrorismus in der Bundesrepublik einen neuen Nährboden gefunden"*. Nährboden jedoch muß, nicht wahr, das klingt vertraut, anheimelnd, stammheimelnd, *"ausgetrocknet"* werden.

Die Öffentlichkeit schaffte es, Ulrike und Astrid, gegen den Willen des Bundessicherheitshauptamtes, aus dem Trakt zu holen - damit ist für Mahler der Vorwurf vom Tisch. Folter verwandelt sich bei ihm in puren *"Begriff"*. Gegen Begriffe geht der auf den Schultern Kants und Hegels stehende **Zwangscharakter mit Begriffen** vor, mit dem üblichen Schrott des teutschen Idealismus. Der Teufel wird mit dem Belzebuben ausgetrieben, mit strenger Logik wird aus der Folter eine *"angebliche"* (wie vor Jahren die DDR), eine, die die Gequälten sich nur *"einhämmern"* (Mahler), statt sich zu *"prüfen"* und zu *"bewähren"*, zum Staatsapologeten zu läutern. Das Reich der Notwendigkeit, die Einzelzelle, verwandelt sich unter der Hand in das Reich der (geistigen) Freiheit, und wenns wirklich wehtut, *"sagen kluge Eltern, wenn sich Kinder wehgetan haben und darüber in Tränen ausbrechen:*
Ein Indianer weint nicht!" (Mahler).

Aus Karl Marx wurde endgültig Karl May, und der Männlichkeitswahn, der ganze Schwachsinn, die Unmenschlichkeit des patriarchalisch strukturierten Kapitalismus, die Freicorpsmentalität, die Härte des wahren (SS-) Mannes feiert unfröhliche Urständ. Bei dieser Lobpreisung der Philosophie des Gekrümmten Gangs, des zerbrochenen Rückgrats nimmt es nicht wunder, wenn der Goliath, der verfassungswidrige Kollektivstrafen verhängt (Kontaktsperre), wenn der menschenfressende Moloch, der nachweislich - es existieren Verfügungen, Beschlüsse, Dokumente darüber! - H.Meins vorsätzlich an Hunger verrecken ließ, von Herrn Mahler zum *"Rechtsstaat"* hochgejubelt wird.

Die letzte Notwehr, der passive Widerstand, das Kampfmittel Gandhis, der Hungerstreik jener, die unmenschlichen Haftbedingungen unterworfen werden - was Ministerialdirigenten und Diplompsychologen im Range von Regierungsräten im Gegensatz zu Mahler nicht leugnen - wird im gewaschenen Hirn eines Zwangscharakters zur *"Peitsche, die die Gefangenen gegen die Linken einsetzen"* - sperrt die Linke etwa die Gefangenen in die Isolierzellen im Moabiter Turm, in den Betonhöllen Frankenthals, Stammheims, Ossendorfs? - *"um sie für die Interessen der Guerilla auf Trab zu bringen"* ... Wahrlich, hier verleumdet ein Mahler die Besten unseres Landes, jene, die ihre Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit noch nicht an der Garderobe im Vorzimmer der Macht abgaben, die Humanistische Union und Amnesty International, den P.E.N. Club und den Schriftstellerverband und alle anderen Anständigen, die nicht den Mund halten, wo Unrecht geschieht, mit jenen Mitteln, die wir von ZDF-Magazin, FAZ, WELT und dem Bayernkurier her kennen. Denn: was hat das Eintreten für die Menschenrechte auch der politischen Gegner mit dem Einsatz für die Ziele ebenderselben zu tun? **Nichts!** Sämtliche Analysen der psychosomatischen Medizin leugnend, lügt Mahler Werner Hoppes durch die Isolationshaft hervorgerufene Leiden in Spätfolgen seiner - berechtigten - Hungerstreiks um. Das Wissen um die Folterforschung mutiert bei Mahler zur *"Einfalt"*

denn mit Leibniz und Hegel weiß er, daß er *"in keiner Lage nur Objekt"* sei. Mit dem faschistischen Sprachgestus eines Heidegger munkelt er: *„Wie ich von den Umständen bestimmt werde, hängt davon ab, wie ich mich in ihnen denke* (von HM gesperrt!), *wie ich die Objektivität als Moment meiner Subjektivität denke."* Die Menschen in der 3. Welt hungern? Sollen sie sich doch *"denken"*, sie hätten grad ein Steak verputzt! Der Gefolterte trägt Folterspuren? Soll er sich gefälligst eine glatte Haut *"denken"*! Der in der modernen Isolierhaft unter der Hegemonie von Dr. Herolds Soldaten Leidende hat zunächst Kopfschmerzen, dann Muskelschmerzen bis hin zu Muskelknoten, Gedächtnisschwund, Schweißausbrüche, Herzrhythmusstörungen, einen anomal niedrigen Blutdruck, Beklemmungen, Magenschmerzen, Darmstörungen, Sprechstörungen, Konzentrationsstörungen, leere Phasen, fliegende Hitze, Geschwüre im Magen-Darmtrakt, Herzflimmern, Kreislaufschwächen bis zum Zusammenbruch? Soll er sich doch *"denken"*, er wär gesund wie Tarzan; zieh er sich doch am langen Hals aus der Betonstille - und Leere!

Karl Heinz Roth, der lange genug unter den "rechtstaatlichen Haftbedingungen" der FdGO gelitten hat, kein RAF-Mitglied, kein Apologet der RAF (was ihm einige übelnehmen) schrieb in seinem ungemein wichtigen Kursbuch-Aufsatz (in Nr. 51, Im Inneren des Wals, März 1978):

"Die Isolationshaft ist also deshalb eine so perfide Foltermethode, weil sie entweder lautlos, undramatisch und ohne äußerlich nachweisbare Spuren zerstört oder aber die Überlebensenergie des Gefangenen auf globale antiimperialistische Erklärungen verengt, in denen sich das verlöschende Subjekt mit seiner konkreten Gesellschaftsgeschichte nicht mehr spiegelt"

und schließt:

"Die ganze Stärke des Widerstands steht und fällt mit der Frage, ob er in der Lage ist, für die Gefangenen eine Alternative zur Isolationshaft zu erkämpfen, die nicht vom Staatsschutz (den Mahler nicht einmal erwähnt, PPZ) kontrolliert wird."

Karl Heinz Roth, andere und ich haben nichts am Hut mit der zur *"Befreit-die-Guerilla-Guerilla"* verkommenen neuen RAF-Generation; nie aber würden wir uns und andere so verraten, auch deren Menschenrechte verraten zu wollen. Wir kritisieren die RAF. Aber wir schmeißen nicht mit Lehm oder Scheiße, wie es Mahler als der 150%ige Renegat tut; im Gegensatz zu diesem Zwangscharakter leugnen wir die furchtbaren Tatsachen in diesem Lande nicht, sondern weisen stets auf sie hin, weil wir zu ihnen ebensowenig schweigen könnten wie unsere Genossen vor einer Generation zu den Greueln in deutschen KZs. Nicht mit den verfaulten Lügen und Verleumdungen eines Horst Mahler versuchen wir, junge Genossen davor zu bewahren, in die von Dr. Herold und der Bundesanwaltschaft sorgfältig aufgestellten Fallen zu gehen, sondern mit dem Mut zur Wahrheit und dem Mut zur Utopie. Mahler hat sich durch sein Verhalten zum *"nachträglichen Legitimatoren der heute gesellschaftsfähigen Formen der Marter"* (Roth) gemacht. Es war Buback, der *"kurz vor seinem Tode erklärte, der Zweck der Entsolidarisierung heilige allemal die eingesetzten Mittel"* (Roth); es ist Rebmann, der dem 150%ig hirngewaschenen Mahler den ihm gesetzlich zustehenden Hafturlaub verweigern wollte.

Die Legitimierung der Folter ist Mahlers Bank dafür als *"Moment seiner Subjekthaftigkeit"* in der Haft. Was hat er uns noch zu sagen?

"Die Justiz", schrieb Frank Kitson, Cheftheoretiker der bewaffneten Konterrevolution in Großbritannien, *"könnte als eine Waffe im Arsenal der Regierung benutzt werden. In diesem Fall wird sie nichts weiter als eine propagandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen des öffentlichen Lebens sein".* Sie ist es schon jetzt, und Mahler ist ihr Prophet.

Es ist eine Sache, gegen die RAF und den jetzigen bewaffneten Kampf zu sein.

Es ist jedoch eine andere Sache, die physische und psychische Vernichtung eben nicht nur der RAF, sondern aller politischen Gefangenen hinzunehmen, ja zu bejahen und sich *"vor sich selbst zu bewähren"*, indem ein *"Ich die Objektivität als Moment meiner Subjekthaftigkeit"* denkt und die an anderen begangene Folter leugnet und für inexistent erklärt. Wer die Folter leugnet, befindet sich aufseiten der Folterer, foltert mit. Horst Mahler hat jede Legitimation verloren, sich an die Linke zu wenden. Sollte jemand ihn noch als *"Genossen"* bezeichnen, sollte man diesen Begriff auch auf Bundesanwalt Rebmann, Bundessicherheitshauptamtschef Herold, Ermittlungsrichter Kuhn und tutti quanti anwenden, die in Mahler einen nur zu willigen Bauchredner gefunden haben.

Eine Linke jedoch, die glaubwürdig sein will, hat in näherer Zukunft eine dreifache, nicht voneinander zu trennende Aufgabe vor sich:

1. **Eine Erklärung aller politischen Gefangenen und Partisanen, sich nicht im "Landshut"-Stil frei-kaufen zu lassen, verbunden mit dem Aufruf an die Meistgejagten, mit ihrer verfehlten Politik aufzuhören und ins Exil zu gehen.**
2. **Die Bemühung der legalen Linken und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ihnen das Asyl im Exil zu ermöglichen (der Aufruf Bölls 1972, sich einem „fairen Prozeß" zu stellen, war schon damals eine Rechtsstaatsillusion.**
3. **Normalvollzug für alle Gefangenen, Aufhebung der Isolationsfolter; Schluß mit der Vorherrschaft der Herren des Morgengrauen im Knast (die, nur als Beispiel, bei mir schon 6 Jahre andauert). Schließlich zunächst das Denkbarmachen einer totalen Amnestie, dann eine Kampagne für diese *Große Amnestie für alle*, langfristig und mit dem großen Atem der Realisten, der konkreten Utopie!**



WIE HARMLOS SIND POLIZISTEN

FRANKFURT
Dezember 78

Diesen Artikel haben Fachhochschüler gleich nach Erscheinen des Interviews mit Ego Wimmer im ID 258 vom 2. Dezember verfaßt, er ist aber bisher immer irgendwo verlorengegangen. Doch jetzt kommt er.

Nachdem wir unseren ersten Tränenstrom über das Interview mit dem Personalratsvorsitzenden des Frankfurter Abendgymnasiums – Georg ('Ego') Wimmer – (zuerst erschienen in einer Sondernummer der Fachhochschulzeitung zum „Bullenkonflikt") getrocknet hatten, löste der Abdruck des Interviews im ID (Nr. 258 vom 2. Dez.: „Auch Bullen können sich verändern") nur noch Betroffenheit bei uns aus. Daß Ihr – die ID-Redaktion – dieses Interview ohne genauere Informationen rausgegeben habt, ist schwer verständlich, aber höchst unverständlich ist uns, was ein Artikel, der in der **offiziellen Fachhochschulzeitung des Rektors** erschienen war, im „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" zu suchen hat. Wir können dieses Interview nicht als Antwort auf eure Frage – „Ist es ein Teil der Bullenhysterie in unseren Köpfen, wenn ein Kampf gegen Polizisten geführt wird, die Sozialarbeit studieren wollen?" – verstehen, da ihr weder unsere „berechtigten" (?) Befürchtungen noch objektive Tatsachen berücksichtigt habt.

Wir streiten „Ego" Wimmer nicht ab, daß sich „Bullen auch verändern können und (oder) wollen". Uns sind ebenfalls „Bullen" lieber, die durch den Besuch des AGs einen „Knacks zum Besseren" (Zitat „Ego") bekommen haben.

Für uns sind Sozialarbeiter und -pädagogen, ... Lückenstopfer für unsere kranke, kaputte Gesellschaft, und sollen (wollen?) „soziale Brennpunkte" entschärfen. Unsere Ansprüche an unsere zukünftigen „Berufe" bestehen darin, diese „sozialen Brennpunkte" (bestehend aus Ausschußmenschen der Gesellschaft) nicht zu besänftigen und entschärfen, sondern Möglichkeiten zu erschliessen, sich gegen dieses System zu behaupten. Wir sind nicht die

neue Priesterkaste, die hofft, betet und an die soziale Allmacht des Staates glaubt!!! Wir werden mit vielen ungesetzlichen (kriminellen) Aktionen in Berührung kommen und sollen (müssen?) uns oft wie „Halbpolizisten" verhalten. Aber was ist, wenn nicht „Halbpolizisten" sondern „Bullen" diese Stellen besetzen können? Damit wäre der ganze Sinn des Berufsfeldes (falls es überhaupt einen gibt) genommen.

Wir sind uns nicht klar, ob „Ego" aus Naivität oder aus Unverschämtheit die **„Angst vor Bullen-Komilitonen"** als unbegründet und unbedeutend hinstellt. In diesem Land, wo die „politische Repression" wie schon früher so oft blüht:

- Tausende von Gleichgesinnten mit Berufsverbot zu kämpfen haben,
- die Bespitzelung und Überwachung immer perfekter wird,
- unsere Ordnungsmacht immer brutaler und rücksichtsloser gegen „Andersdenkende" vorgeht

wird durch einen Polizisten im Seminar ein Hebel ausgelöst, der all diese Dinge in Erinnerung ruft. Uns hemmt es, denn die Zensur sitzt bei jedem im Hinterkopf und wartet aufs Signal, hervorzukommen! Das „Bullenproblem" ist neben der Unterstützung fürs AG einer der Hauptgründe für unseren jetzigen Streik.

Für uns sind diese Befürchtungen nicht nur „Hirngespinste" geblieben, sondern REALITÄT. Gegen eine Dozentin läuft ein Vorermittlungsverfahren. Sie hat in einem Seminar während einer Diskussion wegen „studierender Polizisten" in Anwesenheit von so einem gesagt, daß „sie sich behindert und befangen fühlt, wenn ein Polizist im aktiven Dienst im Seminar ist".

Natürlich blieben die ganzen Aktionen um den „studierenden Polizisten" unserem Volksgewissen, der BILD-ZEITUNG, nicht unbekannt. Zuerst erschien am 20.9. ein kurzer Artikel, daß 60 radikale Studenten einen **friedlichen Polizisten** mit Gewalt am Studieren hinderten. Der zweite Artikel erschien am 24.11. und berichtete in viertelseitiger Aufmachung über das Verfahren gegen die Dozentin mit dick gedrucktem Namen von ihr. Von wem haben wohl Kultusminister und „Bild" ihre Informationen??

Zur kurzen Erläuterung unserer Aktionen gegen studierende „Bullen":

Es gibt zwei Polizisten beim Fachbereich Sozialarbeit und eine unbekannte Zahl bei Sozialpädagogik. Einer der Polizisten bei Sozialarbeit war letztes Semester beurlaubt, beim anderen...

— gingen wir in die Seminare zum Diskutieren und forderten den Polizisten auf, diese zu verlassen;

— wir verwehrten ihm den Zugang zur Fachhochschule (FH).

Noch zwei Beispiele für studierende Polizisten:

— der „Bullenstudent" bei Sozialarbeit ist Kriminaloberwachtmeister in Offenbach und war (ist?) bei Einsätzen im Lohwald (Obdachlosensiedlung in Offenbach, wo viele FH-Studenten arbeiten) dabei.

— Einer bei Sozialpädagogik war sogar Einsatzleiter bei der Räumung des offenen Jugendwohnheimes im Ziegelhüttenweg.

Zum Abschluß: Wir sind auch keine „Liebhaber klarer Linien, eiserner Fronten und ewig gültiger Parolen" (Zitat ID), aber wir wollen in unserer Ausbildung so viel wie möglich lernen und probieren, wie wir nicht nur „helfen", sondern auch verändern können. Und dabei stört ein auf einen Diensteid verpflichteter, gebundener und anzeigepflichtiger „Bulle".

P.S.: Wieso arbeitet bei der ID-Redaktion kein „Bulle" mit, das wäre doch optimal für eine Veränderung???!! *(Scheißpolemik, d. Composerin)*

Mediengruppe der streikenden Fachhochschulstudenten der Fachbereiche Sozialarbeit und -pädagogik an der FH Frankfurt, Limescorso 5, 6 Ffm. 50.

DER BUNDESDATENSCHUTZ IST EIN WUTZ

F RANKFURT
8. JANUAR

Ein Rechtsanwalt will seine Mandantin im Knast besuchen. Er weist sich am Knasteingang vorschriftsmäßig mit Personalausweis aus. Als ein Knastbeamter alle Personaldaten auf einem Personalbogen (Vordruck ‚B') notiert, beschwert sich der Anwalt. Das Ergebnis der Beschwerde schildert er im Folgenden:

„Ich wurde nicht gefragt, ob ich mit der Anlegung dieses Bogens, der vermutlich alle aus meinem Personalausweis ersichtlichen Daten über meine Person enthält, einverstanden sei. Auf Nachfrage und Widerspruch bei dem aufnehmenden Beamten, welche Daten von mir aufgenommen werden und wer diese Maßnahme überhaupt angeordnet habe, erklärte dieser sinngemäß: Die Maßnahme ist auf eine Anordnung des Verwaltungsleiters und Sicherheitsbeauftragten zurückzuführen, bei dem ich meinen Protest erheben solle.
Deshalb sprach ich dann beim Verwaltungsleiter vor. Dieser war jedoch nicht bereit, Auskünfte zu erteilen, aus welchem Grund der Vordruck angefertigt werde und welche Daten über meine Person festgehalten werden. Daraufhin erhob ich Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diese Maßnahme und fragte an, aufgrund welcher Rechtsgrundlage (Gesetz, Erlaß) der Vordruck angefertigt würde und was mit den gewonnenen Daten geschehe.
Nach § 3 Ziff. 1 und 2 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) bedarf es bei der Verarbeitung personenbezogener Daten entweder einer Rechtsgrundlage oder der Genehmigung der betroffenen Person.

Daraufhin erhielt ich am 13.10.78 ein Schreiben der Justizvollzugsanstalt, daß meine Dienstaufsichtsbeschwerde und Anfrage „zuständigkeitshalber dem Herrn Hessischen Minister der Justiz in Wiesbaden zur Beantwortung" vorgelegt worden sei. Die Antwort des Justizministers bestand darin, daß er die Sache zuständigkeitshalber an das Innenministerium weiterreichte, das mir folgende Antwort zukommen ließ:

„Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Zu Ihrem Schreiben vom 10. Oktober 1978 an die Leiterin der Justizvollzugsanstalt III in Preungesheim nehme ich wie folgt Stellung:

Sämtliche Gespräche von Besuchern bei terroristischen Gewalttätern zugerechneten Häftlingen — mit Ausnahme von Verteidigergesprächen — werden aus polizeirechtlichen Gründen zum Zwecke der Gefahrenabwehr durch Beamte überwacht.
Besuche von Verteidigern werden lediglich mit Hilfe des von Ihnen erwähnten Vordruckes B registriert.

Im übrigen muß im Hinblick auf § 15 Abs. 2 und 3 Hessischen Datenschutzgesetzes die Beantwortung Ihrer weiteren Fragen unterbleiben. Zu dienstaufsichtsrechtlichen Maßnahmen sehe ich keinen Anlaß, da Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten von Beamten nicht ersichtlich ist.

Nach § 18 des hessischen Datenschutzgesetzes unterbleibt die Auskunftserteilung, wenn „die Auskunft die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegende Aufgabe gefährden würde" oder wenn „die Auskunft die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder der des Landes Nachteile bereiten werde" oder „die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung ... wegen ... der berechtigten Interessen einer dritten Person, geheimgehalten werden müssen".

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

Beiträge zur Tageszeitungs-Diskussion

BOYKOTTIERT DIE TAGESZEITUNG!

FRANKFURT 8. Januar

Dass so wenig Leute die Tageszeitung abonnieren, liegt nicht an zu geringer Werbung. Wir haben die Einzahlung der 70 DM nicht verschlafen, wir sind dagegen. Wir wünschen nicht, weiter mit Propaganda für ein Projekt versorgt zu werden, das inmitten der Umweltkrise den Ausbau von Grosstechnologie verfolgt. Woher nimmt man das Recht, Bäume fällen zu lassen, um in einem unmenschlichen Produktionsprozess Texte zusammen zu montieren, die das Material von Frauenarbeit in der Druckerei abgeben?

Um eine Nachrichtensperre zu durchbrechen, wird behauptet. Doch die gegenwärtige Alternativpresse krankt nicht daran, dass sie das nicht könnte. Wenn es denn etwas zu melden gibt, sind wir durchaus in der Lage, das täglich zu tun. Käme es zum Beispiel zu einer Welle von Fabrikbesetzungen im Zusammenhang mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – die Alternativpresse wäre technisch in der Lage, das auch täglich aufzugreifen. Wenn aber ein Apparat aufgebaut wird, der tägliche Veröffentlichung in Permanenz betreibt, so werden die vermissten Ereignisse fingiert.

Zum Beispiel eine Amnestie. Es ist in den vergangenen Jahren in ein paar wenigen Fällen gelungen, einzelne Genossinnen und Genossen aus dem Knast zu holen. Aushalten, dass es auch in den nächsten Jahren in Deutschland politische und andere Gefangene geben wird, ist fürchterlich. Das ändert nichts an der Aufgabe, an der Praxis anzuknüpfen, zu der wir in den letzten Jahren fähig geworden sind. "Schwamm drüber und neu anfangen": das ist kein Fluchtweg, sondern eine Sackgasse.

Zwischen dem Widerstand gegen das Fliessband und dem Widerstand gegen Kernkraftwerke liegt ein gutes Stück Weg. Es ist der Weg von Sabotagepraxis – die immer noch angemessen ist gegenüber Rotationsmaschinen in Zeitungsdruckereien – zur Entwicklung alternativer Technologie. Diese Bewegung ist in die Irre geführt worden durch die Ausrichtung an Kongressen und Kampagnenpolitik. Es gibt Leute, die das Problem alternativer Technologie ernst nehmen und da etwas machen, und es gibt Leute, die Politik machen wie eh und je. Wer traut sich denn nach der hessischen Landtagswahl noch, von Grüner Liste zu reden? Dass Fehler gemacht werden, ist nicht das Schlimmste. Das Problem ist die Unfähigkeit, aus den Fehlern zu lernen: es genügt nicht, dass die Tageszeitung nicht zustande kommt; es geht darum, dass nicht im gleichen Stil weitergemacht wird.

Wir sind nicht dagegen, dass die Washington Post zum Sturz Richard Nixons beiträgt. Und wir sind nicht dagegen, dass jemand sein Geld verdient, indem er oder sie einen Job im Medienbereich ausübt. Aber das sind Ausgangspunkte, nicht Ziele der revolutionären Bewegung. Eine Wurzel der Taz ist die linksradikale Opposition gegen die Wirtschaftsgesellschaft, das heisst auch gegen die Arbeit; Ergebnis solchen Zeitungsmachens ist: Leistungs- und Arbeitsstress, Selbstzerstörung noch und noch. Eine Nullnummer ist Deckchensticken, die Tageszeitung Stachanow.

Wenn die Entwicklung eines Projekts bestimmt wird durch ökonomische Faktoren, und nicht ein ökonomischer Zusammenhang aufgegriffen wird von der revolutionären Bewegung, dann ist es Zeit, das Projekt einzustellen."

Jürgen Bonn
Carlo Jaeger
Klaus Keding
Volker Stamm
Arnd Weber



ÜBERLEGUNGEN, WUTANFÄLLE, VORSCHLÄGE, HERVORGERUFEN DURCH DIE 3. NULL-NUMMER

Zur Zeit wird bei allem Schein von Kollektivität (Plenardiskussion etc.) die Tageszeitung privat produziert. Jeder macht irgendetwas dafür und sieht zu wie er die Geschichte auf dem freien Markt der Redaktionskonferenz durchpowert. Wir arbeiten nicht gemeinsam am gemeinsamen Produkt, sondern getrennt oder sogar gegeneinander. Das wäre so schlimm nicht, wenn es offen geschähe. Davon ist aber nichts zu merken. Wir kehren die Konflikte unter den Teppich und scheuen uns vor Kritik.

Wenn man mir sagt, ich dürfe mich nicht wundern, daß meine Vorstellungen sich in der TAZ nicht realisierten, schließlich wäre ich ja kaum da, dann sagt das alles über den Stand des Projekts. Zu einer inhaltlichen Verständigung und Darlegung der verschiedenen Vorstellungen ist es offenbar noch nicht gekommen. Wie die Zeitung aussieht, hängt von Zufälligkeiten ab.

Die TAZ, wie es sie bisher gibt, ist überflüssig. Wenn wir sie nicht schnell ganz anders machen, hören wir lieber gleich ganz auf. Es ist vielleicht ganz gut, einmal daran zu erinnern, was wir mal vorhatten mit der TAZ.

Da war von einer Kinderseite die Rede, von Hintergrundberichten, von Gedichten, Grafik, Witz, Ironie, Karikaturen und Frechheit, von "neuem Journalismus", Konfrontation, von unterschiedlichen, widersprüchlichen Perspektiven und "Tatsachen". Bunt sollte die TAZ sein, vielfältig und Gefühle und Verstand in Bewegung bringen.



Nichts davon ist uns gelungen.
Inhalte, die in der herkömmlichen Presse zu kurz kommen – Betrieb und Gewerkschaft, Ökologie, Frauen, Drogen, Gewalt, "realer Sozialismus", Alltag, Internationales – sollten neben Gegenkultur, Pop, Punk, Psychiatrie, Sexualität einen großen Raum einnehmen in unserer TAZ.

Nichts davon ist uns gelungen.
Für eine eingehende Analyse fehlt mir im Augenblick die Zeit. Nur soviel:

"Betrieb und Gewerkschaft" bewegt sich gewerkschaftsfrommer noch als die "Links". Statt "Wir unterstützen voll und ganz die Forderung nach der 35 Stunden-Woche, das einzige, was uns daran stört, sind die 35 Stunden" heißt es in der TAZ "... Auf diesem Hintergrund wird verständlich warum die IGM gerade im "Krisenbereich" Stahl .... "
Wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

"Der reale Sozialismus" erscheint ein wenig am Rande (Gorleben-Anhängsel und Bahro-Kongress), die Kritik an ihm ist nicht Teil unserer Identität. Vietnam. Wir haben uns die Köpfe einschlagen lassen unter der Parole "Waffen für den Vietcong!" für wen müssen wir jetzt sammeln?

Der "Krieg der Geschlechter", Drogen, Gewalt, Psychiatrie, sexuelle Abweichungen kommen nicht vor in der TAZ. Der internationale Teil ist schlechter als oder doch jedenfalls nicht wesentlich besser als die FR. Marco Caruso, der 15-jährige Vatermörder, kommt nicht vor, Larzac fehlt, die europäische Währungsunion gibt es nicht usw.

Mein Eindruck ist, daß einige der "Lücken" sich gut zusammenfügen. Unter der Hand ist aus der TAZ, dem Organ einer subversiven, antidogmatischen Linken, die Vorurteile, bestehende Wertvorstellungen und von der herrschenden Meinung gehätschelte Überzeugungen auflösen, übertölpeln, widerlegen und ad absurdum führen will, ein Volksblatt geworden. Statt Anstoß zu erregen, nehmen wir an jeder Erregung Anstoß. Der alle Widersprüche wegbügelnde Diskussionsstil der Redaktion findet sich im eingeglätteten Produkt wieder. Auseinandersetzungen, wichtiger noch: unterschiedliche Perspektiven und "Tatsachen" werden in einem Einheitsbrei vermanscht. Wie aber immer bei solcher Kost, schmeckt man auch hier einige Hauptingredienzen heraus:

traditionalistisches Politikverständnis, Biedermännischkeit. "Stahl und Streik" (Nr. 3, S. 3), "Frauen in der Westsahara" (Nr. 3, S. 6), "Edelweiß-Piraten" (Nr. 3, S. 7), zusammen immerhin schon 2 Seiten und alles war langfristig vorbereitbar, könnten ebensogut in der UZ oder der Neuen stehen. Lest sie bitte durch und fragt Euch, was an unseren Erfahrungen in diese Berichte eingegangen ist.

Arno, Frankfurt, im Dez. 78

DER BÜRGERMEISTER VERJUBELT DIE GEMEINDEKASSE

Januar 79 Ich habe Atembeschwerden bekommen, als ich den Bericht über den „internen Stand" der TAZ gelesen habe.

Erst war mir nur die Sprache suspekt: gefallene Würfel, Tag null, countdown – diese Worte erinnern an Asterix, Deutschland 1945 und Weltraum. Was hat das mit der TAZ zu tun?

Dann dachte ich: Sieh an, ein Stellungsangebot. Macht sich nicht schlecht, was da stand: „... werden noch Leute gesucht, denen es weniger ums Geld geht... sie sollten allerdings Berufserfahrung in Sachen Tageszeitung mitbringen". Zum Vergleich: „Wer hat Lust, in einem jungen, aufgeschlossenen Team mitzuarbeiten? Journalistische Erfahrung Voraussetzung" (Auszug aus einem Stellenangebot der Stadt Karlsruhe. Gesucht: ein Pressesprecher). Beide Angebote würde ich glatt ausschlagen.

Dann las ich: „Wir sind noch optimistisch... viele finden die TAZ politisch wichtig und von der Konzeption her richtig". Mir fiel eine TAZ-Veranstaltung in Aachen ein: „Wieso ist denn eine linke Tageszeitung überhaupt notwendig? ", wollten die Leute wissen. Die Frage blieb unbeantwortet.

Und jetzt weiß ich, daß diese ganzen Spruchblasen leider verdammt viel mit der Tageszeitung, beziehungsweise dem „internen" Dauerzustand dieses Projektes zu tun haben: Wir haben nämlich gar keine Konzeption. (Da hilft Optimismus nicht, keine Stellenangebote, kein Spendenaufruf: Ohne Konzeption kein „countdown".

Die Entscheidungen von Frankfurt waren ungeheuer wichtig, doch ihnen fehlte das Entscheidende: die Grundlage. Grundlage heißt, daß alle wissen, worüber sie entscheiden. Den Beschlüssen in Frankfurt lag das Papier der Technikergruppe zugrunde. Dieses Papier ist – wie soll es anders ein – technisch.



Doch mit der Technik haben sich bisher nur knapp zehn Leute kontinuierlich befaßt. Nach dem Prinzip: Friß oder stirb, aber frag bloß nicht, was du frißt, fielen die Entscheidungen entsprechend technisch aus.

Ich bin kein Betroffener. Mir ist die Tageszeitung in Berlin, Frankfurt, Köln, Buxtehude und anderswo recht. Ich habe auch nichts gegen den 2. April als Erscheinungsdatum. Es muß nur gut sein, was dann erscheint. Oder realistischer: so gut wie möglich.

Was gut ist, kann nämlich auch teuer sein. Da die TAZ teuer ist, muß sie gut sein, um länger als nur für einen Monat lang erscheinen zu können. Die Möglichkeit der Kontinuität bestimmt sich nämlich nicht allein aus der Tatsache, daß – rein rechnerisch – in Berlin monatlich 60.000 Mark weniger Schulden anfallen als in Frankfurt. Qualität macht sich bezahlt, Qualität hat was mit Redaktion zu tun.

Zum Beispiel der Redaktionsschluß: Zwischen 14.30 und 16 Uhr besteht ein gewaltiger Unterschied. Mir hat mal ein Setzer erzählt: „Das schlimmste an den Terroristen ist, daß sie immer so spät am Tag loslegen". Spätnachmittags könnten wir nur nachschieben. Das heißt, wir könnten nicht: der Druckort ist ja 500 Kilometer vom Redaktionsort entfernt.

Zum Beispiel die Redakteure: 35 Schreibtischtäter in einem Büro und vier „Regionalredaktionen" mit – wie fein – mindestens einem Mitarbeiter in Westdeutschland (Verzeihung: Frankfurt soll ja mehr bekommen). Bürgerliche Blätter geben sich volksnäher.

„Konzeption" der TAZ (ich muß das Wort in Anführung setzen) war immer die andere Struktur. Wir wollten uns auf Initiativen stützen, nicht auf distanzierte Journalisten. Doch die Distanz, die man zu einer Sache entwickelt, bestimmt sich auch daraus, wie weit man davon entfernt ist.

Nun sitzen 35 Redakteure in Berlin. Irgendwo im oberbayerischen kracht es ganz gewaltig: 100 Dörfler knacken plötzlich die Gemeindekasse, aus der der Bürgermeister immer seine Puffbesuche finanziert hat. dpa bringt, was im Polizeibericht stand: „Eine Horde Dorfjugendlicher brach gestern in die Amtsstuben von Motzinghafen ein, verwüstete das Büro des Bürgermeisters. Die Bande erbeutete dabei 5000 Mark. Wie die Polizei mitteilt, hatte der Gemeindepfarrer die jungen Leute beim Frühgottesdienst aufgehetzt. Der Geistliche wurde festgenommen, mit ihm zehn weitere Verdächtige." Die Meldung geht morgens um 10 Uhr über den Ticker. Mittags gegen 12.15 wacht endlich der Münchner Taz-Redakteur auf (übrigens erst auf pausenloses Anklingeln der Berliner Zentrale). Er fährt zum „Tatort". Interview mit dem Bürgermeister, der Pfarrer ist leider nicht zu sprechen, er sitzt ja. Noch einige Fotos, der Taz-Redakteur fährt wieder ab. Gegen 18 Uhr ist er soweit: Über Telefonkopierer (wir haben eine dolle Technik was?) geht sein Bericht nach Berlin.

Und was ging derzeit in der Zentrale vor?

Möglichkeit eins: der dpa-Bericht war so schlimm, daß die klugen linken Köpfe hinterm Redaktionsticker gar nicht gemerkt haben, was das für eine wichtige Geschichte ist.

Möglichkeit zwei: Irgendjemand hatte Lunte gerochen, deshalb den Münchner angerufen. Als bis 14.30 nix da war, kam die dpa-Meldung – natürlich umgeschrieben – ins Blatt.

Möglichkeit drei: Den Taz-Redakteuren war sofort klar, daß die Geschichte heiß ist. Sie haben auch wie wild telefoniert. Nur: Der Bürgermeister erzählte seine Version, die Polizei auch, die betroffenen Dörfler haben kein Telefon und die Lokalzeitung am Ort hat nur das wiederholt, was Polizei und Bürgermeister erzählt haben.

Möglichkeit vier: Ein taz-Redakteur setzt sich in Berlin ins nächste Flugzeug. Diese Möglichkeit wird gleich wieder verworfen, weil erstens: das Dorf hat keinen Flugplatz; zweitens: die Flugkosten würden die Schuldendifferenz (60.000) auf Dauer reduzieren.

Aber auch eine schlechte Zeitung reduziert die Schuldendifferenz auf Dauer. Und eine Zeitung, die von Leuten gemacht wird, die fast nur am Schreibtisch sitzen, ist eine schlechte Zeitung. Da macht es nix, wenn der Kopf, der am Schreibtisch sitzt, ein kluger ist.

Erhalten wir uns unseren Optimismus, entwickeln wir unsere Konzeption.

Ulle aus Köln

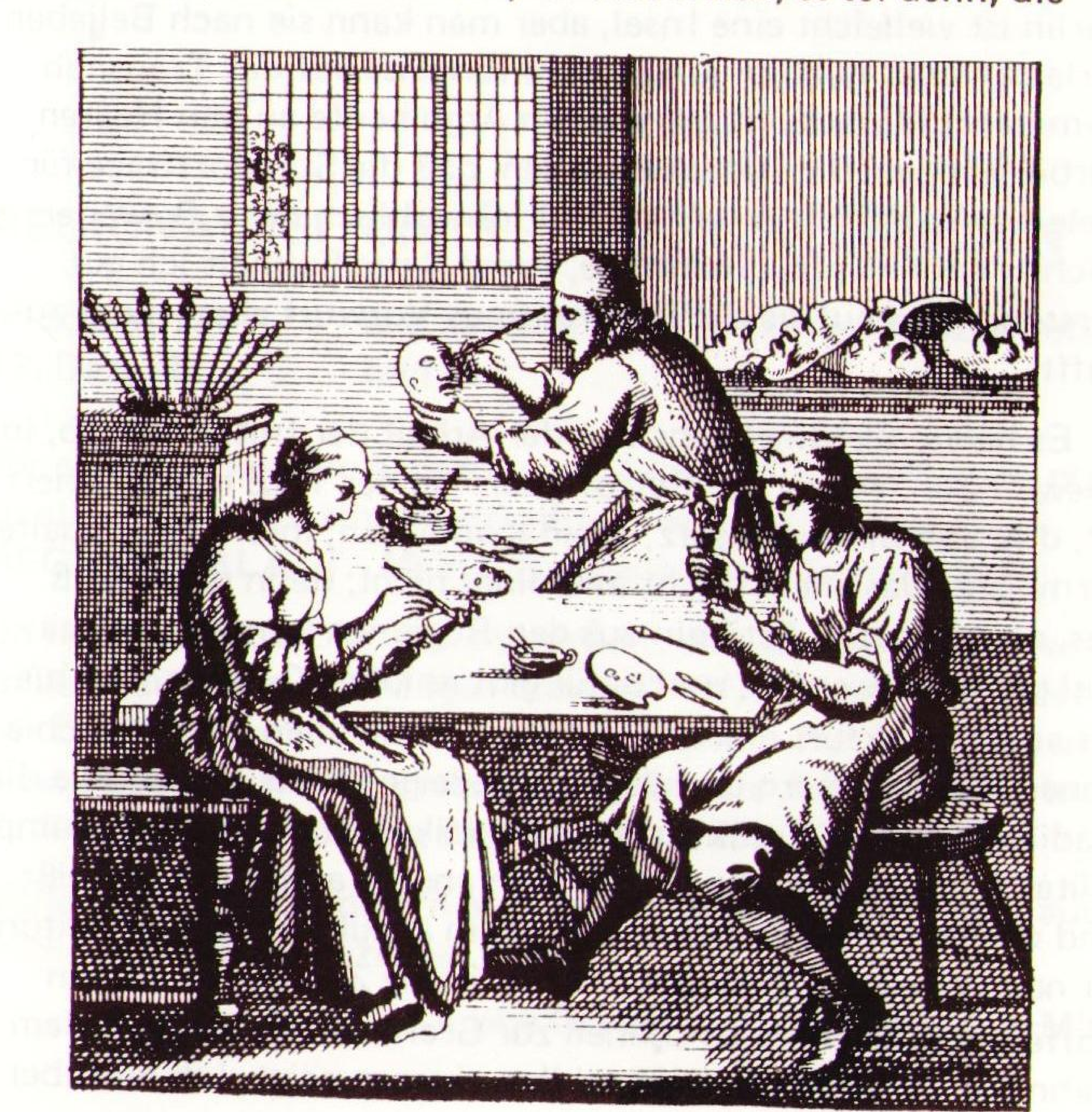
P.S.: Was man bei allen vier Möglichkeiten nicht erfährt: In welchem Puff der Bürgermeister immer die Gemeindekasse verjubelt hat.

ZUM BERICHT "ZWEI NEUE TAGESZEITUNGEN AUS BERLIN" AUS ID 260

HAMBURG
20. Dezember

Zunächst eine kleine Korrektur: Die TAZ wird n i c h t am 1. April rauskommen, weil das nämlich ein Sonntag ist, sondern am 2. So vermeiden wir gekonnt, daß die Leute uns für einen Aprilscherz halten!

Ich glaube, daß die Entscheidung für Berlin sowohl eine technisch-finanzielle wie auch eine politische gewesen ist. Über die finanzielle Seite will ich keine großen Worte mehr verlieren; es ist inzwischen bekannt, daß dem Projekt Tageszeitung jeder gesparte Groschen willkommen ist, weil es in dieser (und manch anderer) Hinsicht auf recht wackligen Füßen steht. Von daher halte ich auch den Aufbau einer Frankfurter Zentralredaktion, der 200.000,- DM kosten soll, für illusorisch, es sei denn, die



TAZ wirft vom ersten Erscheinungstag an unerwartet viel Geld ab. Im Moment sieht es doch wohl eher nach einem Verlustgeschäft aus – ich denke da an den eingeplanten Straßenverkauf und frage mich ernsthaft, wie weit die Selbstausbeutung, die durch Reise- bzw. Telefonkosten etc. schon arg strapaziert wird, noch gehen und wer sich für DM 0,30 pro Exemplar bei Wind und Wetter an U–Bahnhöfen oder weiß der Teufel wo aufstellen soll, um die TAZ zu verkaufen (ich betone nochmal, daß es sich um eine T a g e s z e i t u n g handelt!)

Ich selbst war am 8. – 10. nicht in Frankfurt und kann mir daher kein Urteil darüber erlauben, wer aus welchen Gründen wie abgestimmt hat; ich mutmaße allerdings, wie bereits erwähnt, daß für Berlin noch andere als die finanziellen Vorteile sprachen, wenn ich vom Diskussionsstand sowohl der Hamburger Gruppe als auch von Gesprächen mit Leuten aus den verschiedensten anderen Initiativen ausgehe. Die meisten haben nur zur Berliner Gruppe einfach mehr Vertrauen, ganz vordergründig ausgedrückt. Berlin vertritt nicht das Zentralismus-Konzept wie Teile der Frankfurter Gruppe, die nach außen hin sehr dominierend wirken und befürchten lassen, daß sie ihre Vorstellungen auch glashart durchboxen würden. Gerade bei Berlin



kann ich mir eine Abschottung weniger vorstellen als bei Frankfurt, und das "fehlende Hinterland" (so las man's im Protokoll) ist eine ziemlich lahme Begründung, ebenso wie die "Frontstadtatmosphäre" (befürchtet man Schwierigkeiten mit der DDR–Regierung oder gar mit Moskau? Ich dachte, die Blokkade sei seit Mai 1949 vorbei). Auch eine Frankfurter Zentralredaktion würde wegen einer Meldung niemanden nach Kiel entsenden, sondern höchstwahrscheinlich dort anrufen; genau das werden auch die Berliner tun, und wenn keine Nachrichten aus den Initiativen kommen, ist eine Frankfurter Redaktion auch von "Ansätzen, Spurenelementen von Bewegungen in Westdeutschland" abgeschnitten.

Berlin ist vielleicht eine Insel, aber man kann sie nach Belieben verlassen oder dorthin fahren (ich verweise auf das Transitabkommen!) Mir scheint, da werden Argumente an den Haaren herbeigezogen, die zudecken sollen, daß die Standortfrage für viele ein Machtfaktor war und ist, obwohl ich das z.B. weder Jochen noch Gisela unterstelle, deren Betroffenheit ich gut verstehe, weil auf sie der Zentralismus-Vorwurf eben nicht zutrifft.

Es hängt allerdings sehr von der Arbeit der Initiativen ab, inwieweit der "Alltag der Betroffenen" in der TAZ repräsentiert ist, d.h. von ihrem Einsatz, ihren Kontakten, ihrem Durchhaltevermögen. Das allein reicht allerdings nicht; denn dann muß das, was an guten Artikeln aus den Regionen kommt, erst einmal gedruckt werden, und dafür gibt es keine Gewähr. Die bietet auch Frankfurt nicht, das dürfte sich in allen bisher erschienenen Nullnummern überdeutlich gezeigt haben. Wo war da die Radikalität, die „Frankfurter linksradikale Interventions-Sumpfblüte"? Ich glaube, die haben noch andere außer mir vermißt, und das ist nicht den Initiativen allein anzukreiden. Die Zeitung ist noch ein Baby, deswegen hat sie keine Zähne; wir wollen hoffen, daß sie nicht so schnell zur Greisin wird, sondern dem Zahn der Zeit irgendwann mal ihre eigenen zeigt. Ich will aber nicht nur Frankfurter Sumpf, und ich glaube, Gisela täuscht sich, wenn sie meint, daß sich die meisten über Frankfurt als politisch richtigen Standort einig sind.

Für die Arbeit vieler Initiativen wäre etwas mehr Zeit sicher nicht schlecht; es ist richtig, daß die inhaltliche Diskussion bei vielen noch nicht gelaufen ist, daß es zwischen den Initiativen Unterschiede gibt, was die Gruppen – oder Öffentlichkeitsarbeit betrifft u.a. Dehalb meinen einige, wir sollten die TAZ lieber am 2.9. herausbringen. Ich bin auch nicht für den 2.4. um jeden Preis, finde aber die Sommerflaute für das Projekt gefährlich. Auf jeden Fall sollte die Auseinandersetzung darüber nicht unter den Tisch gefegt werden!

Eine Anmerkung zum Schluß (ich könnte noch einiges mehr schreiben, bin aber unter Zeitdruck): Auch für mich ist es kein Mittel zur Auseinandersetzung, die Magazin–Nummer nicht zu verkaufen – das zeigt mangelnde Solidarität. Ich habe aber festgestellt, daß sie sich wesentlich schlechter verkaufte als die beiden anderen Nullnummern, das nur nebenbei.

Und zuallerletzt was Erfreuliches: Die Hamburger Gruppe hat am 15.12. eine Info-Fete veranstaltet, zu der ca. 1000 Leute gekommen sind; obwohl unsere Diskussionsbeiträge inhaltlich und technisch (Akkustik) etwas spärlich waren, haben viele ein reges Interesse gezeigt, und immerhin kam so der Name "Tageszeitung" mal in aller Munde, abgesehen davon, daß unsere Finanzpolster jetzt ein gutes Stück dicker sind. Ich hoffe, die Diskussion geht weiter!

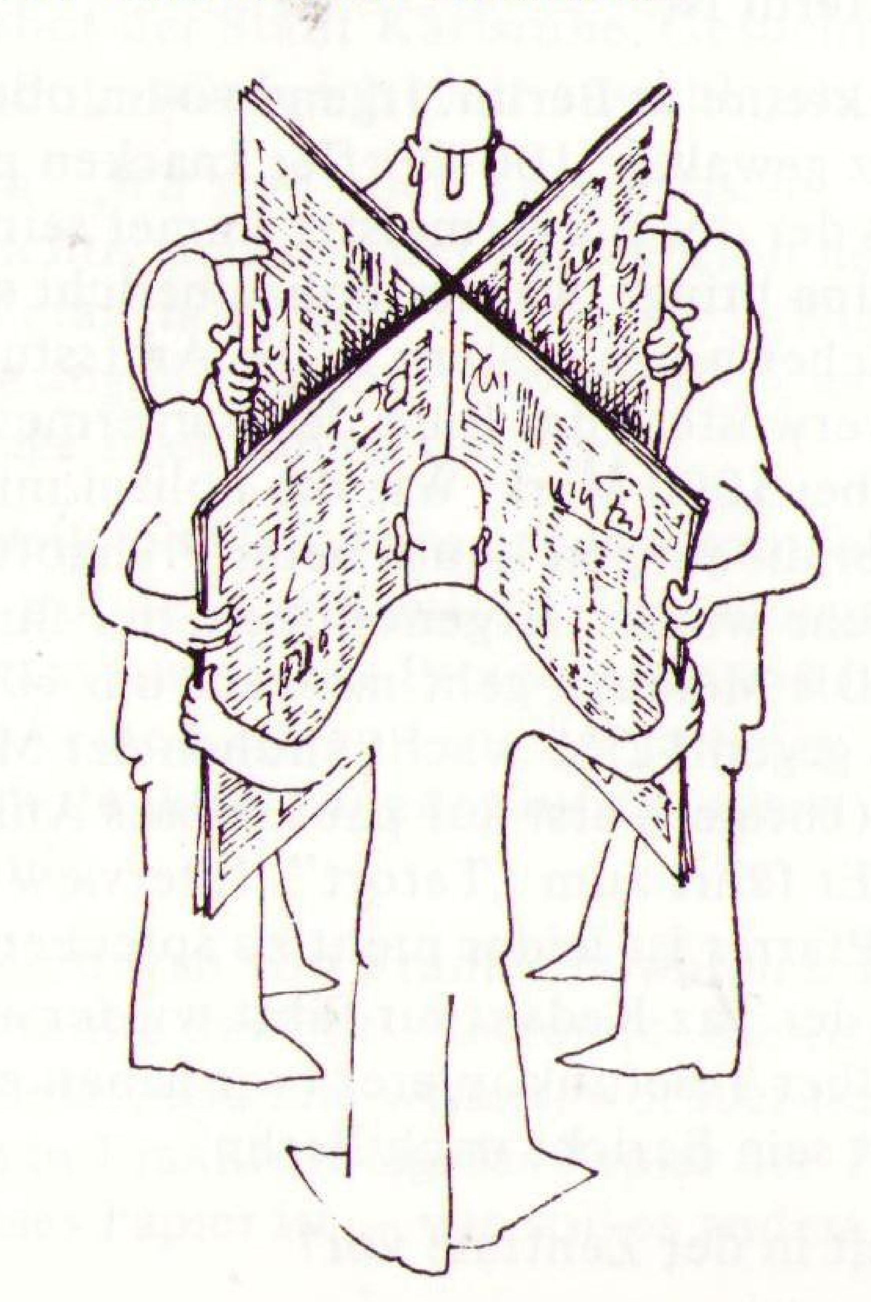
Kerstin, Hamburg

CHRISTIAN STRÖBELE ZUR TAZ

Liebe ID–Leute!

Wenn ich gewohnt wäre, mein Frühstück im Strandcafe zu Frankfurt einzunehmen, und wenn ich mich darauf eingestellt hätte, ab April 1979 zwar bei der TAZ als Redakteur und Layouter in der Zentralredaktion fest mitzuarbeiten, aber gleichzeitig in meiner WG, im ID, in der Frankfurter Scene weiter mit den Leuten zusammen zu sein und Politisches und Privates zu diskutieren, mit denen ich schon im Frankfurter Häuserkampf zusammen war, dann wäre ich auch sehr sauer über die Entscheidung gewesen, die Zentralredaktion der TAZ nicht in Frankfurt, sondern zunächst in Berlin einzurichten.

Jedenfalls ist es nicht richtig, daß diese Entscheidung aus technischen und finanziellen Gründen schon vorher feststand. Ganz im Gegenteil. Auch die Berliner Initiative war bis zu der Wochenendtagung eher sicher, der Standort würde Frankfurt sein, trotz der finanziellen Nachteile.





Aus der Geschichte: Ulrich v.Hutten dreht Franz v.Sickingen einen arg zugerichteten Fernseher an...

So standen dann am Samstag zwar die finanziellen Vorteile Berlins in der Diskussion im Vordergrund, aber wohl nur, weil die politischen Vorbehalte gegen Frankfurt nicht ausgesprochen wurden. Am Sonntag kamen diese eigentlichen Gründe zur Sprache.

Die Aktiven aus der Frankfurter Initiative hatten den Eindruck vermittelt, daß die Leute aus dieser Initiative politisch auf ein enges linkes Spektrum beschränkt sind, das sich in dem Dreieck Pflasterstrand, Autonomie, ID bewegt, aber außerhalb dessen linke Bewegungen nur unzureichend wahr- und ernstnimmt.

Die Macher der Frankfurter Initiative erweckten auf den überregionalen Treffs auch den Eindruck, daß sie die Bedeutung der regionalen Initiativen und überregionalen Arbeitsgruppen für die Zukunft des Gesamtprojektes gering einschätzten. Daß sie aus den Mängeln der Arbeit dieser Gruppen und der faktischen Nichtexistenz zahlreicher Arbeitsgruppen den Schluß ziehen, "das war der falsche Ansatz".

Es mag sein, daß dieser Eindruck der Gesamtinitiative in Frankfurt nicht gerecht wird. Aber dann haben die anderen nicht genügend getan, diesen Eindruck zu korrigieren.

Dementsprechend waren die Gründe für den Standort Berlin — neben den finanziellen —: Ein weniger festgelegtes, breites politisches Spektrum, ein immer wieder betontes Interesse am Aufbau regionaler Redaktionen und überregionaler Arbeitsgruppen nach dem Motto, "wenn dieser Aufbau bisher nicht gelungen ist, dann müssen wir verstärkt daran arbeiten", und nicht, "dann lassen wir es ganz".
Hinzu kam dann noch, daß am Sonntag Aggressionen innerhalb der Frankfurter Gruppe offen wurden.

Inzwischen sind in Berlin die Vorbereitungen für die Zentralredaktion in ein konkretes Stadium gekommen. Die Kommanditgesellschaft ist gegründet. Die ersten Kommanditisten haben ihr Geld noch im alten Jahr steuersparend gegeben.

Im Wedding wurde eine Büroetage mit 620 qm angemietet. Mit idealen Arbeitsmöglichkeiten für die Zentralredaktion. Fotosatzgeräte sind gekauft.
Ca. 3500 Vorausabbonnenten haben inzwischen 270.000,- DM bezahlt, die bis zum täglichen Erscheinen der TAZ festgelegt bleiben. (Übrigens: die 3. Nullnummer der TAZ ging in Berlin zum ersten Male über einen normalen Vertrieb an die Kioske!)

Entscheidend aber ist, daß sich die festen Mitarbeiter der TAZ, die ab 27. Dezember in Berlin tagten, zu einem Redaktionskonzept zusammenraufen. Ein Redaktionsstatut für eine informative, aber vor allem interessant gemachte Tageszeitung. Eine in der sowohl die Nachrichten anderer Zeitungen, aber zusätzlich noch Informationen und Berichte aus dem Alltagsleben stehen und in der auch Platz ist für Reportagen eines Enthüllungsjournalisten a la Wallraff.

Eine Tageszeitung mit Kommentaren und Meinungen, die originell neue Aspekte zu gesellschaftlichen Problemen bringt, nicht etwa ein Meinungsbrei, auf den sich möglichst viele geeinigt haben — also so eine Art alternativer Konsensus aller Demokraten. Es sollte möglich sein, in der TAZ die Bauchschmerzen eines Linken zum Bahro—Kongreß zu beschreiben. Oder auch zu Weinhold, dem zweifachen Todesschützen aus der DDR zu fragen, was dessen Haltung zu menschlichem Leben über das Erziehungssystem in der DDR und nicht nur dort in der Nationalen Volksarmee aussagt. Oder zu den Gewerkschaften zu fragen, was Solidarität innerhalb der bundesdeutschen Einheitsgewerkschaft heißt, wenn diese für den Bau der Schnellen Brüter und AKW—Exporte nach Brasilien eintritt.

Wie es zu erreichen ist, daß das alles in der Tageszeitung stehen wird, dazu sollten wir auch mit und im ID weiterdiskutieren.

Gruß Ströbele

Noch ein Wetterbericht

RO- UND SCHIEDEL GUT

Musiksendungen im NDR II werden zunehmend von immer längerwerdenden Verkehrs(behinderungs)durchsagen verdrängt. Manchmal werden pro Stunde gerade noch zwei bis drei Titel gespielt. Die Verkehrsdurchsagen kann mensch leicht zusammenfassen in: „Sämtliche Alpenpässe sind Schnee- und Eisfrei, für die Elbbrücken braucht man Schneeketten." Und dann kommt der musikalische Kommentar von Udo (Jürgens — nicht Lindenberg): „Solang noch Zü-hü-ge geh'n / seh'n wir uns wie-hie-der... Apropos Züge: Beim Warten auf die nächste S-Bahn im Hamburger Hauptbahnhof hört ein Freund kurz hintereinander die folgenden Durchsagen: „Der Express Kopenhagen—Mailand hat voraussichtlich drei bis vier Stunden Verspätung." Und dann: „Die Ankunft des Kopenhagen-Express wird auf unbestimmte Zeit verschoben..." Vorarlberg: Regen, Harburger Berge: Ro- und Schiedel gut.

REGIONALZEITUNG FÜR MAINZ/WIESBADEN

WIESBADEN 13. Dez. 78 — *Die Tageszeitungs-Initiative Mainz-Wiesbaden teilt mit:*

Wir geben neben der Arbeit an der TAGESZEITUNG auch noch zu allem Überfluß eine Stadtzeitung heraus, und zwar das REGIONALBLATT - Mainz, Wiesbaden und drummerum.

Da Ihr Euch sicher für das interessiert, was so alles in der Heimat abläuft (auch die ehemaligen Mainzer + Wiesbadener), empfehlen wir Euch die Lektüre dieses famosen Blattes. Wer von Euch also dieses Machwerk haben möchte, hier unsere Adresse: **TAZ-Initiative Mainz/Wiesbaden, Westendstr. 1, 6200 Wiesbaden.**

Bisher sind drei Nummern erschienen, die Ihr selbstredend auch noch nachträglich beziehen könnt.

Liebe Grüße die TAZ Frauen+Männer

DIE NEUE TAGESZEITUNG

Dritte kosten- und sinnlose Onummer 32.12.78



Auch mit der zweiten Nullnummer setzte die NEUE TAGESZEITUNG ihren unaufhaltsamen Siegeszug durch die Welt der Presse fort. Weitere zwölf Abonnenten konnten erworben werden, so daß wir nur noch 284 288 weitere Abos benötigen. Unser Motto für die nächsten Wochen: Es gibt nicht mehr viel zu tun, packen wir es an!

Die Überschriften in der letzten Nummer entsprachen nicht ganz den Regeln deutscher Rechtsschreibung. Das haben wir nun geändert. Dafür treten einige mpfghhd Ungereimtheiten im Inhalt auf. Aber auch dem werden wir abzuhelfen wissen. Denn wir beherzigen den Sinnspruch unseres Setzers: Wenn schon der Inhalt nichts taugt, sollte wenigstens die Form stimmen.

Ihr Theodor Praxis



Peking – Die chinesische Führung hat bekanntgegeben, daß durch einen Druckfehler fälschlicherweise der Eindruck entstanden sei, das berühmte Standardwerk der Polit-Lyrik, „Die Worte des Vorsitzenden", sei von einem ehemaligen Funktionär namens Mao tse-Tung verfaßt worden. Vielmehr entstamme es der Feder des großen Teng Hsiao-ping. Es sei also unrichtig, von der Mao-Bibel zu reden. Vielmehr müsse von der Ping-Bibel gesprochen werden.

Bonn – Bundeskanzler Schmidt hat sich voll zur sozialistischen Tradition seiner Partei bekannt. In einem Interview mit der „Geld am Sonntag" erklärte Schmidt: „Ich bin überzeugter Anhänger von Karl Marx. Oder glauben Sie, daß der seine Kinder zu einem kommunistischen Lehrer in die Schule geschickt hätte?"

Lokales

Nürnberg – Auf die Frage, warum auch beim letzten Christkindles-Markt der Verkauf von NS-Symbolen nicht unterbunden wurde, antwortete die Stadtverwaltung: „Weihnachten ist das Fest der Liebe. Warum sollte man deshlab nicht auch einmal einem Alt-Nazi eine kleine Freude bereiten?"

letzte Baum des Ronhofer Wäldchens gefällt wurde. Geschickt und
Fürth – Oberbürgermeister Scherzer legte selbst Hand an, als der sachkundig machte er dem Gewächs den Garaus und hielt anschließend eine kleine Rede zum Thema „Naturschutz – Problem unserer Zeit!"

Erlangen – Auf die Frage, ob die Stadtratsentscheidung gegen die H-Bahn endgültig sei, antwortete der Sprecher der SPD-Fraktion: „Sie ist unumstößlich – zumindest vielleicht!"

Forchheim – Eine Konferenz der Jungsozialisten im Kreise Forchheim löste eine Massenpanik unter der Bevölkerung aus. Mit Rufen wie „Die Russen kommen" oder „Schützt unsere Frauen" stürzten die Forchheimer ins Freie und versuchten in den Wald zu entkommen. Später machten allerdings einige beherzte Männer unter der Führung der CSU-Ortsgruppe dem roten Spuk ein Ende.

Sport



Golf wird Massensport! Diese erfreuliche Feststellung konnte der Präsident des Deutschen Golfverbandes, Huga van den Besseren, anläßlich des 92. Jubiläums der Vereinigung feststellen. Waren doch kurz vor der offiziellen Feierstunde erstmals vier Golffreunde mit einem Jahresvermögen von unter sieben Millionen Mark in den Verband aufgenommen worden.



Auch Frauen und Neger finden sich immer häufiger in unseren Golfclubs

· Wirtschaft ·

Essen – Der Bundesverband der Deutschen Mißwirtschaft erklärte in einer Pressemitteilung, es seien drastische Maßnahmen nötig, um die Übermacht der Arbeit gegenüber dem Kapital zu verringern. So erwäge man statt der bisher üblichen Aussperrung in Zukunft die Einsperrung von Arbeitern.



Kultur

Nach der Verfilmung der „Blechtrommel" von Günther Grass will sich Regisseur Volker Schlöndorff auch in Zukunft literarischen Projekten widmen. An Originalschauplätzen soll nun „Orpheus in der Unterwelt', ein altgriechischer Schwank, gedreht werden. Die Bohrarbeiten wurden bereits aufgenommen.

„Plärrer" 1/79 (Fürt-Erlangen)

PROJEKT TAGESZEITUNG IN DER KRISE

Wir (die Arbeitsgruppe Nationale Politik in der Freiburger Tageszeitungsinitiative) sind unzufrieden mit der bisherigen Haltung der organisierten Linken zu diesem Projekt wie auch mit der Ebene der Selbstreflexion der "Macher" der TAZ. Die einen wie die anderen haben das Projekt bisher zu kurzschlüssig diskutiert. Unsere eigene Argumentation wird — vor allem aus Platzgründen — ebenfalls unvollständig bleiben: sie soll vor allem Anregung für eine politische Zwischenbilanz des Projekts geben.

WIE ABER STEHT'S UM DAS PROJEKT?

Zwei Nullnummern und eine Magazinnummer zeigen, daß eine linke Tageszeitung möglich sein könnte: es ist uns gelungen, etwas zu realisieren, wovon wir vor einem Jahr nicht mehr als eine Idee hatten. Ist sie möglich? Die Beschlüsse, die im Dez. 78 auf einem nationalen Treffen gefällt wurden, erwecken den Eindruck als sei es völlig klar, daß das Projekt die notwendige Reife hat, um in die tägliche Produktion einzusteigen: sie soll im April beginnen. Die Redaktion wird in Berlin sein, es haben sich genügend Leute "bereit erklärt" sie zu bilden. Es heißt: "Der count-down läuft" oder "Die Würfel sind gefallen". Also alles in Butter? Wir sehen das Projekt in einer Krise:

1.) Die aktive Unterstützerbewegung, die sich in über 20 Initiativen organisiert hat, ist in Gefahr ihre politische Einflußmöglichkeit auf das Projekt zu verlieren. Ihre Funktion reduziert sich mehr und mehr auf praktische Verteilungsaufgaben, Werbung und Zuliefererdienste für die Zentralredaktion. Das Hauptproblem: bei einer funktionsfähigen Zentralredaktion eine politische Mitsprache der Initiativen zu gewährleisten, wurde nicht gelöst und damit auch der ursprüngliche Anspruch der TAZ nicht eingelöst.

2.) Es ist bisher nicht gelungen, das Projekt politisch in der westdeutschen Linken zu verankern. Das große Interesse ist einem skeptischen Abwarten gewichen, viele wendeten sich enttäuscht ab. Die zweite Nullnummer, gedacht als Aushängeschild: so werden wir sein, sollte alles ändern. Aber auch mit ihr wurde nicht deutlich gemacht, welchen Nutzen eine TAZ der Linken bringen kann: Mißt man sie am selbstgesteckten Anspruch "Basiszeitung" oder an bürgerlichen Zeitungen — beidesmal schneidet sie schlecht ab.

Natürlich gibt es immer noch finanzielle und technische Probleme, die durchaus im Stande sind, das Projekt in seiner Existenz zu gefährden. Wäre es aber gelungen, die Identifikation der Unterstützerbewegung mit dem Projekt zu erhalten, und wäre es gelungen großen Teilen der Linken klar zu machen, daß eine Tageszeitung die richtige Antwort auf die politische Situation in der BRD ist, die Abonnentenzahl (bei 3000) und die Spendefreudigkeit wäre größer.

ES WURDEN FEHLER GEMACHT

Die große Resonanz, die das Projekt anfänglich in der Linken fand, verleitete die tonangebenden Leute um die TAZ zu dem wohl folgenschwersten Irrtum: nach der ersten Nullnummer wurde so getan, als müßten nur noch technische Probleme gelöst werden, um das Projekt zu verwirklichen. Statt in eine erneute und öffentliche Grundsatzdiskussion um das Projekt einzutreten, wurden neue Nullnummern geplant. Selbstgemachte Sachzwänge türmten sich auf und behinderten diese Diskussion.
Das Prinzip herrschte: was jetzt noch nicht klar ist, wird sich alles während der laufenden Produktion klären. Aber es war zu vieles noch nicht klar:
Welche Erfahrungen haben wir bisher gemacht, wie wurde die TAZ in der Linken aufgenommen, welche Einwände wurden gegen ein Tageszeitungsprojekt zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgebracht, können wir begründen, daß eine TAZ einen Fortschritt für die gesamte Linke darstellt, welches Verhältnis haben wir zur NEUEN und: welche politische Übereinstimmung hält eigentlich die Unterstützerbewegung zusammen? Eine Antwort auf diese Fragen hätte z.B. die Werbung verändert. "Wir brauchen 20 000 Abonnenten", viel mehr war nicht zu hören. Keiner redete von der TAZ als Chance, eine verkrustete westdeutsche Linke wieder in Bewegung zu setzen, wieder zu gemeinsamem massenhaften Eingreifen in die politische Wirklichkeit zu kommen ...

Auf Grund diffuser politischer Übereinstimmung und Identifikation mit der Zeitung entstanden ebenso undurchschaubare politische Strömungen. Entscheidungen über Zeitpunkt und Inhalt der Nullnummern, über Ort und Zusammensetzung der Redaktion .. spielten sich nach dem Zufallsprinzip ab: informelle Gruppen und zufällige Mehrheiten gaben den Ton an. Über Entscheidungsstrukturen wurde diskutiert, aber entschieden wurde darüber bis heute nicht. Überhaupt bestand zwischen den Diskussionen und der tatsächlichen Entwicklung eine Kluft, die Diskussionen blieben folgenlos. Und bis heute bildeten sich keine politischen Kriterien heraus, mit denen sich begründen läßt, warum die TAZ gerade so aussehen soll, die die Basis für ein Redaktionsstatut abgeben können, Kriterien, an denen man Zeitung und Redaktion messen kann.

Die hier begonnene Auseinandersetzung muß noch vertieft werden, nicht zuletzt in den Nullnummern der TAZ. Auch die angekündigte TAZ—Tournee sollte hauptsächlich dazu benützt werden, diese Debatte zu führen.

AG Nationale Politik, TAZ—Initiative Freiburg

und jetzt: B E T R I E B

WIE DER BAHLSEN—KEKS GEMACHT WIRD

OLDENBURG
3. Januar 1979

Von einem Mitarbeiter der Oldenburger Alternativzeitung „Nordwind" kommt der Bericht über die Produktionswirklichkeit in einer deutschen Teegebäckherstellerei. Ein früherer Chef in diesem Betrieb war der gegenwärtige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht. Zur Zeit ist er beurlaubt, aber man kann wohl festhalten, daß er einen Keks im Kopf hat.

„Alles fing damit an, daß mein Geld immer weniger wurde und ich mir somit etwas verdienen mußte, um in dieser Gesellschaft nicht unterzugehen. Es ist schon ein dummes Gefühl, wenn man sieht, wie das Geld immer weniger wird, man sich selbst immer mehr einschränken muß und die Notwendigkeit, etwas zu verdienen, immer größer wird. Das miese Gefühl, was ich zu der Zeit hatte, brauch ich wohl nicht näher zu beschreiben. Am schlimmsten war es immer, wenn man sich vorgestellt hatte, wenn man um einen Arbeitsplatz fast gebettelt hatte. Dort wird man sofort klassifiziert, bei Arbeitsplätzen, die eine Klassifizierung gar nicht nötig haben. Hilfsarbeiten können schließlich sogar von Hilfsmenschen verrichtet werden.

Ich bin bei Bahlsen gelandet. Bei der Einstellung kam ich mir im Warteraum und beim Personalchef sehr erniedrigt vor. Die Leute wissen, ob einer die Arbeitsstelle braucht oder nicht.
Der Lohn dort beträgt 7,89 DM inklusive 14 Pfennig Bahlsen-Zulage. Es wird in Wechselschicht gearbeitet. Einmal Frühschicht von 6 bis 14.30, einmal Spätschicht von 14.30 bis 23 Uhr. Jeweils eine Woche lang. (Da freute sich mein Magengeschwür.)
Beide Schichten sind schlecht. Bei der Frühschicht ist man die

ganze Woche lang übermüdet, weil man nicht rechtzeitig ins Bett kommt, und bei der Spätschicht ist der ganze Tag vertan. Aufstehen, frühstücken, arbeiten, schlafen, aufstehen usw. Die Arbeit dort kann mörderisch, manchmal nicht zu schaffen sein. Teigeinwerfen bedeutet z.B. 600 Kilogramm zähen, festen Stollenteig aus einem großen Kübel aufs Förderband schmeißen. Und das in etwa 25 bis 30 Minuten, manchmal etwas schneller. 12 bis 14 Teigkübel am Tag. Ich habs mal gemacht. Nach dem ersten Tag konnte ich abends nicht einmal ein Wasserglas in den Händen halten. Beim zweiten Tag hab ich das Tempo nicht mehr halten können. Da halfen auch keine Anfeuerungsrufe der immer faulen Maschinenführer und Meister wie „Nun mach aber mal schneller!"

Andere Arbeiten machen dich durch die Eintönigkeit kaputt. Zum Beispiel tagelang Bleche stapeln oder ähnliches. Manchmal ist die Arbeit auch gefährlich, mal von der Überbeanspruchung der Sehnen und Gelenke abgesehen. Hinter dem Ofen kann man sich leicht die Hände verbrennen. Noch schlimmer ist es, wenn man die Teigkübel holt. Einer allein kann den nur sehr schwer ziehen, so daß der Maschinenführer mithilft. Zu dritt ist es dann natürlich noch leichter.

Einer steuert das Ding, die anderen beiden schieben von hinten und der Maschinenführer macht sich einen Spaß daraus, den Steuermann in Schwierigkeiten zu bringen, indem er das Ding auf Geschwindigkeit bringt. Und man kann den Kübel nur schwer steuern. Ein Kollege von mir ist dabei mal ausgerutscht und hingefallen. Wäre er nicht zur Seite gesprungen, hätte es ihn an der Wand zerquetscht, denn das Ding können nicht mal zwei Leute so schnell stoppen. So ein Kübel wiegt eine dreiviertel Tonne und wem das Ding über den Fuß fährt, ist der ab.

Die Situation der Frauen dort ist noch übler. Sie verdienen rund eine Mark weniger, was mit der angeblichen Tatsache erklärt wird, daß deren Arbeit leichter sei. Die sind in Wirklichkeit so leicht, daß dort Frauen mit Binden an den Handgelenken rumlaufen müssen. Sehnenentzündungen und ähnliches. Die Frauenarbeiten sind zudem auch noch die eintönigsten und zermürbesten. Außerdem kommt es öfters vor, daß Frauen sogenannte Männerarbeit übernehmen und umgekehrt. Die Bezahlung bleibt gleich.

Die Meister in dem Betrieb sind total unfähig. Sie können nicht mal den kleinen Schaden beheben, und sei es, daß nur eine Sicherung eingedrückt werden muß. Daß das für die Arbeiter und Arbeiterinnen lebensgefährlich werden kann, beweist folgendes:

Einmal sollte im Betrieb eine Wand abgewaschen werden – Frauenarbeit. Die Frauen fragen noch, da an der Wand offene Stromkabel hingen, ob da nichts passieren könne, ob die Kabel tot seien. Sind sie, sind sie, bekamen sie vom Meister zu hören. Sie waren es aber nicht, so daß es eine der Frauen erwischte, die dann zuckend und schreiend umfiel. Der Meister wußte nicht, wo der Sicherungskasten war, so daß sie solange unter Strom stand, bis sie sich durch ihre Zuckungen vom Kabel löste.
Übrigens sind die Meister im eigentlichen Sinn gar keine Meister, sondern nur vom Betrieb Bahlsen dazu ernannt, als eine ganz neue Art von Abhängigkeitsverhältnis. Einem Bäcker haben sie gedroht, ihn rauszuschmeißen, falls er in die Gewerkschaft eintreten wolle. Ein anderer Bäcker, der grade neu eingestellt worden ist, lebt – wie er mir erzählt hat – mit dem Gefühl, daß er jeden Tag entlassen werden kann. Anders zu denken, sagte er, wäre illusorisch.

Zum Schluß haben sie noch eine Arbeiterin eine Woche vor Vertragsschluß gekündigt, weil eben zu schnell gearbeitet worden ist und sie deshalb nun überflüssig ist. – Komischerweise war ich nicht dabei. Mein Vertrag geht bis zum 10.11. und ich werde, angesichts der Tatsache, daß ich schon so verblödet war, daß ich die heißen Küchenbleche mit der Hand angefaßt habe und es erste gemerkt habe, als meine Finger verbrannt waren, und angesichts der obengenannten Tatsachen und Zustände die letzten zwei Wochen krankfeiern.

Eines werdet ihr vielleicht vermissen, nämlich wie es dort mit der Hygiene aussieht. Dazu möchte ich nur sagen, daß ich keinem empfehlen würde, je ein Bahlsen-Erzeugnis zu essen!

Fazit: Einmal Bahlsen und nie wieder!!

Thomas"

Diese Spalte ist reserviert für Leser, die ihr Herz ausschütten wollen, ohne bekannt zu werden. Wenn Sie Rat wissen für die Probleme der Einsender, bitten wir Sie, uns zu schreiben. Einige Zuschriften werden jeweils in der übernächsten Nummer veröffentlicht. Unsere Anschrift:

Dr. B.



Jeder Ärger schlägt mir sofort auf den Magen

Vor 14 Tagen im Urlaub ging es mir noch gut, aber seitdem ich wieder arbeite, setzen meine Magenbeschwerden wieder ein. Jeder Ärger schlägt mir auf den Magen. Können Sie mir helfen? Rudolf W., Darmstadt

Das solltén Sie wissen:

Ein Aufenthalt im Hochgebirge oder an der See kann bei dieser Krankheit oft Wunder wirken. Vor allen Dingen das Nordseeklima zeigt die besten Erfolge. Ich habe es schon oft erlebt, daß die Beschwerden der kleinen Patienten schlagartig aufhörten.

HEILIGABEND BEI MANNESMANN: LODERER WAR CHRISTKIND. DIE BESCHERUNG KAM SPÄTER.

DUISBURG
27. Dez. 78

Am Tor 1 von Mannesmann-Huckingen hat Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, den Streikposten einen so fröhlichen Heiligabend bereitet, daß Jürgen von Manger schnellstens seinen Platz im Showgeschäft für ihn räumen sollte. Im „Revier" Nr. 16 war das Gespräch mit den Streikposten abgedruckt, in dem sich das folgende abspielte:

Stommel (Vertrauensleutevorsitzender): Ja, Eugen, kann man im Augenblick schon etwas sagen zu einer Ausdehnung des Streiks? Du weißt, daß wir ja auch in der Großen Tarifkommission mit unserer Delegation die Forderung gestellt haben, und vielleicht kannst du etwas dazu sagen.

Loderer: Ja, die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder werden sich gemäß der Ankündigung, die letzte Woche schon herausgekommen ist, unmittelbar nach den Feiertagen mit der zentralen Streikleitung zusammentreffen, und wir werden noch in der nächsten Woche einen Beschluß verkünden, der sich mit diesem Thema befaßt... Es können keine Daten genannt werden. Wir werden uns mit dieser Sache auseinandersetzen.

Kollege: Noch eine Frage, Kollege Loderer. Warum ist nicht mit dem Tag der Aussperrung die zweite Phase (*Ausweitung d. Streiks, ID*) eingeleitet worden? (Zustimmung)

Loderer: Nein, wir können dazu keine Erklärung auf öffentlichen Plätzen abgeben. Das würde unserer Politik nicht dienlich sein. So sehr ich Verständnis habe, daß ihr das alle gerne wissen möchtet. Nein, dazu um Gottes Willen nicht, ich werde mich schwer hüten.

Kollege: Kollege Loderer, noch'ne Frage. Seid ihr bereit, irgendeiner Sache zuzustimmen, wo Kollegen oder Arbeitskollegen, die schon 25 oder 30 Jahre Schicht verfahren *(d.h. gearbeitet)* haben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht können, auf Deutsch gesagt 'nen Tritt in den Hintern von dieser Kaste da oben bekommen?

Loderer: Aber hör mal, das war doch genau unsere Haltung am letzten Sonntag.

Kollege: Ja, nachdem wir Nachdruck verschafft haben.

Loderer: Nein, nein, ...

Kollege: Wir haben aber ganz schwer das Gefühl gehabt, daß das erst den Nachdruck verschafft hat, nachdem wir da waren.

(Nein – Jawohl – Nein – jawohl / Zwischenrufe)

...

Kollege: Kollege Loderer, wir sind also zum Kampf angetreten, und zwar mit dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche (Ja, das ist richtig/Zwischenruf) und seit einiger Zeit sprechen 'ne ganze Reihe von Leuten nicht über den Einstieg, sondern über Urlaub, und auch aus deinem Munde haben wir auf einmal was von Urlaub gehört. Frage: Wir wollen keinen Urlaub (Manteltarifvertrag); der Urlaub, der steht im nächsten Jahr an. Wir wollen den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Dafür stehen die Kollegen schon fast vier Wochen hier.

Loderer: Hier ist doch bekannt, daß in dieser Sitzung des Vorstandes, als die Kommission aus dem Munde Kurt Herbs (Verhandlungsführer der IG Metall) *vorgetragen bekam, die Arbeitgeber wollen diese Einstiegsgeschichte umgehen und bieten sechs Wochen Urlaub für alle an, daß der Vorstand dieses Angebot abgelehnt hat.* (Zwischenruf: Das ist richtig – das Entscheidende ist, daß wir 'nen Tarifvertrag brauchen, der für alle gilt – genau, und nicht nur für 'nen bestimmten Anteil am Belegschafts...) *Genau, und deswegen haben wir doch am vergangenen Sonntag empfohlen, diese Gesprächsnotiz* (? ? ?) (Zwischenruf: Die öffentliche Meinung mit den sechs Wochen Urlaub, die gehen ja weit und breit auseinander.) *Na hör mal, die sechs Wochen Urlaub ist natürlich eine Sache, die fordert die IG Metall auch, im Gesamtkatalog, das ist hier ja bekannt. Wir fordern sie in der Metallverarbeitung, aber hier haben wir eine stahltypische Sache und glauben mit der Arbeitszeit, das, was wir lösen wollen oder wenigstens bremsen wollen – den Arbeitsplatzverlust – und abbau - irgendwie zu verhindern.* (Zwischenrufe) *Ja, wir haben ja nichts verhandelt. Wir konnten ja auch den Urlaub gar nicht fordern. Das Urlaubsabkommen in der deutschen Stahlindustrie läuft normal Ende nächsten Jahres aus. Das haben die vorgezogen.*

Kollege: Kann man denn davon ausgehen, daß der Vorstand nicht bereit ist, eher nachzugeben, bis also ein Stundeneinstieg in die 35-Stunden-Woche und auch alle nachfolgenden Stunden – 38, 37 bis 35-Stunden-Woche – in einem Vertrag niedergelegt worden sind? Kann man davon ausgehen?

Loderer: Wir haben denn die Forderung erhoben und stehen heute nach wie vor unverändert zu unserer Forderung. Ich kann dir aber nicht sagen, wie der Vertrag aussehen wird. Das kann ich nicht, wenn ich jetzt 'ne Erklärung dazu abgeb', ist die morgen in der Öffentlichkeit, und zwar mit aller Breite und all den Hindernissen, die wir diese Woche und die vergangene Woche aufgetischt bekamen, weil ein Journalist glaubte, das anders darstellen zu müssen. (Zwischenruf: Du mußt uns natürlich verstehen.) *Sicher verstehe ich euch – ich bin doch mitten in der Sache drin, ich bin so gut interessiert wie jeder Kollege, wie jeder Kumpel, daß dies ein gutes Ende hat.*

Kollege: Und, Kollege Loderer, eins ist ganz wichtig: wir fordern den Einstieg in die 35-Stunden-Woche, ohne den geht es nicht. (Zwischengespräche, teilweise unverständlich...)

Loderer: Aber ich bin nicht mehr bereit, irgendeine Zahl zu nennen, nachdem der Lembke (?) das da mit mir veranstaltet hat.

Loderer: So, ja, wir werden also hier in den Weihnachtstagen unsere Position aufrechterhalten. Für die Öffentlichkeit sichtbar. Nur, am Ende muß dann natürlich auch im Tarifvertrag stehen, das was wir gewollt haben. (Zustimmung) Da gibts kein Vertun. Eine 3 vorne vor.

Loderer: Keine Diskussion mehr darüber... Wir bedanken uns, wir haben was mitgebracht...

Kollege: Und denk dran, Kollege, und Stundeneinstieg, das muß immer wieder betont werden, das Wort Einstieg, sonst haben wir nämlich hier umsonst gestanden – Hör mal, wat willste, wenn die 35 Stunden nur für die Schichtler gemacht werden, dann ist ja auch alles verbaut. (Unverständliche Zwischengespräche) – du kennst ja die Sprüche: Eins, zwei, drei und vier – die Arbeitszeit verkürzen wir. Dat musse dir immer vor Augen halten. Wir stehen hier ganz fest, alle Mann, die hier stehen, ganz fest. Fest stehen wir dafür ein. Wir gehen nicht eher da wieder rein, bis wir das durchhaben. Wir haben Zeit – wir haben auch 'ne Schüppe, da kannst du uns den Ofen mit auffüllen. – Wie ist das mit den Leuten, die 25 oder 29 Jahre Schichtarbeit gemacht haben und das aufgrund ihrer körperlichen Situation nicht mehr können und seit zwei Jahren nur Tagschicht machen? Die Leute gehen doch,nachdem was bis jetzt steht, leer aus.

Loderer: Ja, paß auf, damit du das genau weißt. Es steht überhaupt nichts. Die Arbeitgeber haben alles wieder weggenommen. Wir haben gesagt (Zwischenruf: Das ist mir klar, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, steht überhaupt nichts), *das können wir nicht annehmen. Ja, deswegen, das ist die Antwort, es steht überhaupt nichts.* (Zwischenruf: Aber wir wären ja nackend weggegangen.) *Ja, natürlich, deswegen haben wirs ja auch nicht annehmen können, aus den Gründen und aus anderen. Aus dem Grund und aus anderen Gründen...*

Bei der Abfahrt der Vorstandskollegen beginnen die Streikposten zu singen: „Wir stehen hier fest am Tor und keiner schiebt uns weg."

Kontakt: „Revier", Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203/340 083 und: Mannesmann-Huckingen, Betriebsratsvorsitzender Herbert Knapp, Duisburg

DER KOLLEGE M. WAR GEGEN DIE FORDERUNG NACH DER 35-STUNDEN–WOCHE

DORTMUND
14.Januar

Am Sonntag interviewten wir unter anderem M. zu der Frage, warum so viele Kollegen im Ruhrgebiet letzte Woche gegen eine Fortsetzung des Streiks gestimmt und den Kompromiß der Gewerkschaftsführung angenommen hatten. (vgl. nebenstehende Aufstellung). M. ist das, was Gewerkschaftler einen „aktiven Kollegen" nennen. Er wollte sich eigentlich nicht interviewen lassen. In Interviews ist immer alles klar. Auch in der ID-Berichterstattung über den Stahlstreik war das in den letzten Wochen nicht anders. Für M. war aber am Sonntag vieles unklar, eine festere Meinung wird sich erst in den nächsten Wochen herausbilden:

WAS DIE KOLLEGEN GEGEN DIE 35-STUNDEN-WOCHE HATTEN:

Kollege M: Am Anfang, bevor der Streik begann, da haben viele Kollegen bei uns gesagt: wir wollen das nicht mit der 35-Stunden-Woche. Wir wollen mehr Geld, vielleicht auch mehr Urlaub, aber w e n n mehr Urlaub oder w e n n die 35-Stunden-Woche, dann nur, wenn auch die Tonnenzahl

(des produzierten Stahls) reduziert wird oder die Zahl der Kollegen erhöht wird. Damit es mit der 35-Stunden-Woche nicht so geht, wie es bei der 40-Stunden-Woche gewesen ist, da haben wir halt weniger Zeit gearbeitet, aber wir haben mehr gearbeitet.

ID: Aber wenn die Arbeitszeit so reduziert wird, daß praktisch eine ganze Schicht ersetzt werden muß, da ist das doch nicht mehr so einfach, durch verschärfte Arbeitshetze auszugleichen?

M: Das, was du sagst, ist falsch. Wir haben doch Kurzarbeit gehabt. Was bedeutet denn Kurzarbeit? Kurzarbeit bedeutet doch nicht, daß zu bestimmten Zeiten nicht gearbeitet wird. Kurzarbeit bedeutet doch, daß voll durchgearbeitet wurde, auch dieselbe Tonnenzahl erreicht wurde oder fast dieselbe wie früher, nur mit weniger Kollegen. Statt 6 Leuten standen für denselben Arbeitsvorgang, der verändert sich ja nicht, nur noch 4 zur Verfügung, die anderen hatten Freischichten. Das bedeutet natürlich eine unheimliche Intensivierung der Arbeit, und da ist keiner für, in der Form. Von der Gewerkschaft ist doch nur die Arbeitszeitverkürzung ins Gespräch gebracht worden, nicht wie das abgesichert werden soll, daß auch die Tonnenzahl verringert wird oder mehr Leute eingestellt werden.

ID: Ihr müßt doch irgendein System der Leistungsbemessung haben. Irgendwelche Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmer und Betriebsrat - wieviel einer schaffen muß?

M: Paß mal auf. Sowas wie beim Opel, daß ein Arbeitsvorgang festgelegt wird und zum Beispiel 10 Schrauben umfaßt, so etwas gibt es im Stahlbereich nicht. Das ist fast so urtümlich wie in der Landwirtschaft.

ID: Aber Ihr habt doch zum Beispiel Prämien? Die müssen sich doch auf Tonnen Stahl pro Mann beziehen oder auf eine entsprechende Arbeitseinheit.

Zitat der Woche

»Nicht die politischen und philosophischen Schwärmer, die zur Leistungsverweigerung aufrufen, untergraben die Leistungsbereitschaft, sondern jene, die so nivellieren, daß sich eben Leistung nicht mehr lohnt, so daß im Grunde genommen der Tüchtige bestraft und der Träge belohnt wird.«

Prof. Dr. Karl M. Bolte
Ordinarius für Soziologie
München

M: Gibt's nicht. Es gibt Stundenprämien; wenn zum Beispiel der Krankenstand hoch ist, dann kriegen die anderen, die die Arbeit für die Kranken mitmachen, eine Prämie.

ID: Es müßte also außer einem Verbot von Nacht- und Schichtarbeit eine Vereinbarung geben, die festlegt, wieviele Leute an einer Anlage arbeiten müssen.

M: Das reicht nicht, eine solche Vereinbarung gibt es nicht. Der Bereich ist auch nicht mitbestimmungspflichtig.

WER HAT DIE 35-STUNDEN-WOCHE GEFORDERT? WAS SIND DIE FOLGEN DES STREIKS?

ID: Du redest ja so, als sei die 35-Stunden-Woche eine Forderung des Gewerkschaftsapparates gewesen und nicht der Basis?

M: Im Anfang war das vielleicht auch so. Die Kollegen haben die Arbeitsbelastung gesehen, die Entlassungen; die Gewerkschaft hat daraus die Forderung nach der 35-Stunden-Woche gemacht. Die Forderung wurde ja vorher bei den Brauereien aufgestellt, von der Gewerkschaft Nahrung und Genußmittel, die sind damit dann total auf den Bauch gefallen. Auch auf den Gewerkschaftstagen wurde die Forderung ja immer wieder aufgestellt.

ID: Das heißt aber, am Anfang hätte der Gewerkschaftsapparat auch eine andere Forderung aufstellen können: aber jetzt wird Niederlage oder Erfolg der Tarifrunde an der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gemessen. Warum hat sich der Gewerkschaftsapparat dann überhaupt auf eine solche Forderung eingelassen?

M: Ja, warum. Da sind natürlich immer Prozesse in den Gewerkschaften selber. Dann muß mit einer etwas programmatischen Forderung, die was hermacht, auf die Krise reagiert werden, sonst machen die Vertrauensleute nicht mehr mit und auch der Basis stinkts noch mehr. Da kann man nicht nur paar Prozent fordern, da braucht man eine Zukunft. Am Anfang habe ich auch Leute gesprochen, die gesagt haben: die Niederlage ist geplant.

Die Kollegen sollen in einem Streik soviel auf den Deckel bekommen, daß sie erstmal nicht mehr streiken wollen. Dann hat der Gewerkschaftsapparat den Rücken frei bei dem, was kommt, bei den Stillegungen und was da auf uns zukommt.

Vielleicht ist das ja jetzt tatsächlich die Wirkung von dem Streik. Vielleicht sind die Kollegen ja jetzt echt resigniert. Wenn dieses Jahr Betriebsratswahlen wären, würde die IG-Metall zwar ganz schön den Unmut zu spüren bekommen, aber Betriebsratswahlen sind erst übernächstes Jahr. So kriegen die Resignation der Kollegen möglicherweise erstmal die linken Aktiven in der Gewerkschaft zu spüren; die Vertrauensleute, die zur Ablehnung des Ergebnisses aufgerufen haben und die jetzt vielleicht die Unterstützung der Kollegen verlieren. Die Kollegen finden natürlich die Politik dieser Vertrauensleute immer noch richtig, aber sie sind vielleicht nicht mehr so bereit, dafür zu kämpfen. Ich weiß es nicht; ich habe auch eigentlich unheimlich was dagegen, hier ein Interview zu machen. Ich war die letzten Tage auch nicht auf der Arbeit. In einer Woche könnte ich Euch bestimmt mehr sagen.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Streikentschlossenheit der Kollegen alle überrascht hat, die Gewerkschaft, uns; damit hat niemand gerechnet. Alles, was ich gesagt habe über die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die Demoralisierung bei einer Niederlage usw. verändert sich dadurch. Was ich da gesagt habe, hätte ich schon vor Beginn des Streiks sagen können. Dann haben die Kollegen mit einer solchen Entschlossenheit gestreikt, sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche so zu eigen gemacht, daß es irgendwie nicht mehr stimmt, was ich gesagt habe. Die Kollegen sind wochenlang auf der Straße gewesen, das wird Folgen haben, die kann man jetzt noch gar nicht absehen. Wir haben eine Solidarität erlebt, die wir nie erwartet hätten, die Sache geht weiter.

WARUM HABEN SO VIELE KOLLEGEN DEM KOMPROMISS ZUGESTIMMT?

ID: Wie erklärst du dir eigentlich, daß so viele Kollegen für die Annahme des Kompromisses und das Ende des Streiks gestimmt haben? Wenn man bedenkt, daß ganze Vertrauenskörper der IG-Metall dazu aufgerufen haben, den Kompromiß abzulehnen, müßte man doch beinahe von einem moralischen Sieg der IG-Metall-Führung sprechen (Das Abstimmungsergebnis und die Aufforderung der Thyssen-Vertrauensleute, mit Nein zu stimmen, findet sich in diesem ID, nicht weit weg von diesem Artikel).

M: Wenn du dir die Zahlen genau ansiehst, siehst du, daß generell die dort dem Kompromiß am meisten zugestimmt haben, wo am wenigsten gestreikt wurde. Die Kollegen haben

sich gesagt, was sollen wir die anderen, die streiken, auf der Straße stehen lassen, während wir warme Füße haben.

ID: Versteh ich überhaupt nicht. So hätten die Kollegen denken können, wenn die, die bisher in den Streik einbezogen waren, gegen eine Verlängerung des Streiks ausgesprochen hätten. Nun haben aber gerade die Vertrauensleute dieser Betriebe aufgefordert, in der Urabstimmung gegen den Kompromiß für eine Verlängerung des Streiks zu stimmen.

M: Das ist kein Widerspruch. Die Kollegen, die ‚ja' zum Kompromiß angekreuzt haben, haben gesehen: nach der ganzen verfahrenen Taktik der IG-Metall gibt es doch nicht mehr zu holen, als den Dreck unterm Fingernagel. Nachdem während des ganzen Streiks die Produktion in wesentlichen Bereichen kaum eingeschränkt war, nachdem in vielen Fällen der Werkschutz und nicht die Streikposten bestimmt hatten, wer in die Betriebe ging und wer nicht, nachdem nur noch völlig verwässerte Forderungen auf dem Tisch lagen: was hätte es da noch für einen Sinn gehabt...


Vor dem Streik

„NICHT DIE STREIKFRONT IST GEBROCHEN, SONDERN GEBROCHEN SIND DIEJENIGEN, DIE DAS ENDE HERBEIGEFÜHRT HABEN."

DUISBURG 9.Januar *Der ‚Revier'-Pressedienst berichtet über die letzte Streikversammlung bei Mannesmann in der überfüllten Hüttenschänke. Der Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp sagte:*

„Das Ergebnis ist eindeutig abzulehnen. Hierfür gibt es drei wesentliche Gründe:

1. Der Abschluß beinhaltet keinen Einstieg in die 35-Stundenwoche. Eine Laufzeit von 5 Jahren bedeutet, daß wir erst 1984 – d.h. nach der Vernichtung von jedem 4.Arbeitsplatz – überhaupt erst für die Verkürzung unserer Arbeitszeit eintreten können. Die 40-Stundenwoche bleibt ausdrücklich erhalten.

2. 4% Lohn und Gehalt sind ein Abschluß mit Kaufkraftverlust. Denn 4% sind umgerechnet auf's Jahr netto nur 1,9%. Was sind 1,9% bei allein einer Preissteigerung von durchschnittlich 3,5%. Der Abschluß beinhaltet somit nicht die Erfüllung unserer Forderung nach einem vollem Lohnausgleich.

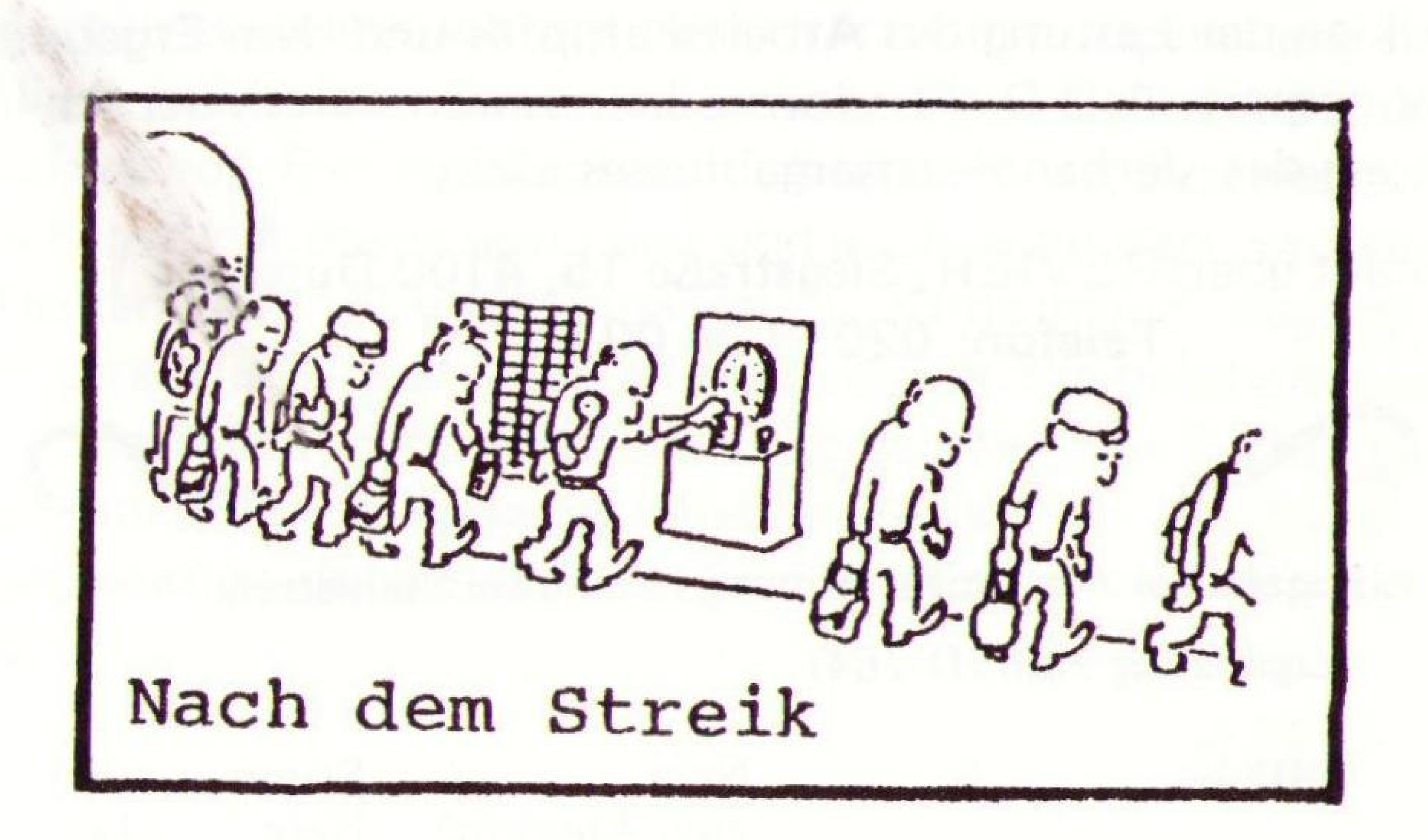
3. Der Abschluß klammert in der Freischichtenregelung die Angestellten und die Handwerker so gut wie ganz aus. Gerade diejenigen Kollegen auf der Hütte, die von der Arbeitsplatzvernichtung in den nächsten Jahren am härtesten betroffen sein sollen, gehen leer aus.

Trotz des Ergebnisses kann aber nicht davon gesprochen werden, daß die Streikfront gebrochen sei. Gebrochen sind vielmehr diejenigen, die diesen Arbeitskampf mit Mehrheit beendet haben.

Unser Kampf hat eine Vorreiterfunktion für alle anderen Gewerkschaften des DGB gehabt. Und zwar sowohl auf der Ebene des Kampfes um die Sicherung der Arbeitsplätze wie auf der Ebene der Abwehr einer Unternehmeroffensive, die auf die Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation und die Umkehrung aller in dieser Republik von den Arbeiter und Angestellten bisher errungenen sozialen und politischen Positionen zielt. Die jetzige Kehrtwendung des Kampfes ist eine eindeutige Entsolidarisierung gegenüber den anderen DGB-Gewerkschaften.

Die Taktik des Teilstreiks hat sich als verhängnisvoll erwiesen. Zum einen hat der Streik erst viel später Wirkung gezeigt, als ursprünglich angenommen worden war. Zum anderen sind dadurch die Stahlarbeiter gewerkschaftspolitisch auseinanderdividiert worden mit dem Ergebnis, daß in der Abstimmung die Streikenden gegen die Nicht-Streikenden gestanden haben.

In der dem Streik vorangegangenen Urabstimmung konnte der Freizeitausgleich (Bündelung von Freischichten) nur als Mittel zur Durchsetzung einer ausgehandelten Arbeitszeitverkürzung verstanden werden. Heute wird aber nur noch von der Einführung von mehr Freischichten gesprochen. Dabei fällt Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Sicherung von Ar-


Nach dem Streik

beitsplätzen ganz unter den Tisch. Hier ist das Streikziel aufgegeben. Das kann nicht dadurch wettgemacht werden, daß das materielle Ergebnis dieses Streiks über den grünen Klee gelobt wird. Ein Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung ist nicht erreicht worden.

Auf diese schiefe Bahn ist die Tarifkommission gelangt, nachdem man sich für Verhandlungen auf der Basis der Farthmannschen Formel mit dem Hinweis ausgesprochen hat, man akzeptiere nur die Struktur, aber nicht den Inhalt. Dies konnte eigentlich doch nur so begriffen werden, daß die weiteren Verhandlungen eine Ausdehnung des Volumens in Richtung Stundeneinstieg, und zwar für alle, zum Inhalt haben konnten. Nicht zulässig ist es gewesen, diese Strukturformel dazu zu benutzen, den schiefen Ansatz der Farthmannschen Formel zu belassen und nur für die Conti-Arbeiter etwas mehr herauszuholen.

Wenn man Bilanz zieht, dann muß dem Ergebnis zugestimmt werden, daß der Stahlverband geäußert hat: Es gibt keinen Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Dem Kollegen Loderer ist recht zu geben, daß der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung noch nicht beendet ist. Aber Loderer hat unrecht, wenn er meint, daß dieser Kampf von den anderen Gewerkschaften forgesetzt wird.
Wir selbst stehen immer noch. Wir gehen nicht vom Streikziel ab. Und so wie wir im Arbeitskampf Opfer auf uns genommen haben und immer aufs Neue unsere Reihen gefüllt haben, so stehen wir auch weiterhin für den Erhalt unserer Arbeitsplätze ein. Das können wir nicht anderen überlassen und auch nicht auf 1984 verschieben.

Die Ursache dafür, daß die IG Metall ihr Streikziel nicht erreicht hat, liegt nicht an der Streikfront selbst. Hier sei Kritik an der Führung des Arbeitskampfes angebracht. Das Ergebnis decke nicht mit dem Kampfziel und so müsse in der Urabstimmung mit einem klaren NEIN kundgetan werden, was man von dem Ergebnis halte und daß man den Kampf fortzuführen gedenke.

Der Kollege Knapp mußte an dieser Stelle seine Rede abbrechen, da er physisch und psychisch unter dem Eindruck des Abstimmungsergebnisses außerstande war, weiter zu sprechen. Der Beifall der Kollegen machte deutlich, daß der Kollege Knapp in ihrem Sinne gesprochen hatte. Dies bekräftigte anschließend noch einmal der Kollege Stommel, als Leiter des Vertrauenskörpers, der seinen Dank an die Kollegen Knapp und Jung als Mitglieder der Tarifkommission für ihre unbeugsame Haltung ebenfalls mit dem Aufruf verband, bei der Urabstimmung mit NEIN zu stimmen. Ein Kollege der Bremer Delegation erinnerte daran, daß die Bremer Kollegen vor Beginn an in den Streik hätten eintreten und die Streikfront der Stahlarbeiter aus dem Revier hätten stärken wollen. Sie müßten ihre Öfen nun auspusten, bevor sie eigentlich auf Touren gekommen seien. Die Streikfront sei durch den Beschluß hinweggefegt worden wie die Figuren auf einem Schachbrett.Auch die Bremer Kollegen seien gegen den Abschluß und würden genau nauso abstimmen wie die Mannesmänner.

In der anschließenden Diskussion wurde mit herber Kritik an der Leitung des Arbeitskampfes und dem Ergebnis nicht gespart. Alle Diskussionsredner waren sich in der Ablehnung des Verhandlungsergebnisses einig.

Kontakt über: **REVIER, Siegstraße 15, 4100 Duisburg 1**
Telefon: 0203 / 34 00 83




Ergebnisse der Urabstimmung nach dem Stahlstreik
(Ergänzung zum ID 264)

Betrieb	Nein zum Abschluß	Stimmenzahl Nein	Ja
Hüttenbetrieb Meiderich	27,5 %	143	377
Thyssen Hüttenheim	65,6 %	762	400
Krupp Benrath	38 %		
Thyssen Niederrhein Oberhausen	49 %	2.551	2.623

(nach „REVIER")




WIR BEWACHEN DIE FIRMA UNENDGELTLICH

BRAKE
8. JANUAR

Vor den Toren Bremens – in Brake an der Unterweser – haben 108 Arbeiter ihre pleitegegangene Firma besetzt. Betriebsrat Peter Samland: „Wir sind im Betrieb und bewachen unentgeltlich die Anlagen."

Der Hintergrund: Die Beker Chemie – Tochter eines amerikanischen Konzerns – ging in Konkurs und die Firmenleitung setzte sich ab – unter Zurücklassung von 40 Millionen Mark Schulden. Und das, obwohl das Werk erst im September 1977 seine Produktion von Dünge- und Futtermitteln aufnahm. Die Gründung des Betriebes war von der Niedersächsischen Landesregierung mit rund drei Millionen Mark subventioniert worden, um Arbeitsplätze in strukturschwachen Räumen zu schaffen. Damals hatten 80 Kollegen, zum großen Teil längerfristig Arbeitslose, einen Arbeitsplatz gefunden. Im Sommer 1978 wurden noch einmal 30 Leute eingestellt.

Die Amerikaner haben sich abgesetzt, die Gläubiger stehen Schlange. Das Werk soll von der Landesregierung und einer Bank an einen neuen Interessenten verkauft werden.
Den Arbeitern wurde gekündigt. Inzwischen bekommen sie Arbeitslosengeld und haben Kündigungsschutzklagen erhoben.

Das Ziel der Arbeiter ist es, die Firma zu erhalten. Sie wollen verhindern, daß die Gläubiger nach und nach die vorhandenen Maschinen und Anlagen abbauen. Deshalb bewachen die Kollegen das Werk Tag und Nacht.
Gleichzeitig hat sich die Belegschaft mit ihrem Betriebsrat in die Verkaufsverhandlungen eingeschaltet. Sie will Informationen über den Verhandlungsstand und die Absichten interessierter Käufer. Den Vorschlag, den Betrieb mit 70 Beschäftigten weiterzuführen und 40 auf die Straße zu setzen, hat sie abgelehnt.
Seit einigen Tagen laufen Verhandlungen über einen Sozialplan. Betriebsrat Peter Samland: "Zur Produktion ist leider kein Material mehr da ... Wir kämpfen hier nicht für einen guten Sozialplan, sondern für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze. Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung und Solidaritätserklärung".
Spendenkonto: Solidaritäskonto Beker-Chemie, Commerzbank Brake, Nr. 3011624. Nähere Informationen bei: Betriebsrat, Beker-Chemie, z.Hd. Peter Samland, Nordstr. 20, 2880 Brake, Tel. 04401/3051

„DU KANNST DEM DEUTSCHEN ALLES NEHMEN, NUR SEINE ARBEIT NICHT"

Eine Beschimpfung der Schichtarbeit aus Anlaß des Stahl-Abschlusses

BOCHUM
15. Januar 79

Julia ist 23 und macht gerade ihr Jura-Examen. Hannes Sachse, ihr Vater, ist 53 und arbeitet heute als Gärtner bei den Stahlwerken Bochum. Neunzehn Jahre lang (1947 bis 1966) – in diese Zeit fällt Julias gesamte Kindheit – hat der Kollege Sachse „Konti-Schicht" gearbeitet, das heißt drei wechselnde Schichten rund um die Uhr. Detlef und Richard vom ID sprachen mit den beiden ein paar Tage nach der Urabstimmung.

Wer sich darüber wundert, warum in ganzen Stahlstreik niemals die Schichtarbeit überhaupt angegriffen wurde – und zwar auch von den Linken nicht, bis hin zum „express" – soll's lesen. Er oder sie wird sich noch mehr wundern.

Hannes: Also, ich hab' siebenundvierzig auf'm Pütt (Bergwerk) angefangen, da gab's ja sonst nichts anderes hier. Und dann, wie ich auf'm Stahlwerk angefangen hab', das war 1955. Im Warmwalzwerk, auf Konti-Schicht. Die meisten sind ja froh drüber, wegen dem Geld. Das Geld ist zu wenig. Ja, und wenn du's nicht mehr kannst, kommst du vielleicht zur Wache, zum Werkschutz. Da ist ja auch Wechsel, aber eben keine körperliche Arbeit.

Aber das machen doch die meisten nur ein paar Jahre ?!

Hannes: Tja nee, wer nicht rauskommt wegen Krankheit oder so, der macht's bis zum Ende. Am schlimmsten war immer der kurze Wechsel: Sonntagmorgens kamst du von der Nachtschicht, und Sonntagmittag hattest du wieder Schicht. Damals hatten wir ja noch die 48-Stunden-Woche. Heute ist das anders, heute hast du von Samstag 6 Uhr bis Montagmittag frei.

Habt ihr denn auf der Nachtschicht ein bißchen eine ruhigere Kugel geschoben als auf den anderen Schichten?

Hannes: Nee, auf der Nachtschicht waren im Walzwerk genauso viel Vorarbeiter und Meister. Wir hatten damals Hochkonjunktur rund um die Uhr. Ich sage immer: dem Deutschen kannst du alles nehmen, nur seine Arbiet nicht. Auf dem kleinen Stollen (Bergwerk), wo ich vorher war, da war's kollegialer, da war keine Treiberei. Man war auch mal über Tage, hat mal Tageslicht gesehen.

Bist du Vertrauensmann?

Hannes: Nee. Ich hätte's werden können, aber ich hab keine Lust gehabt, ich hätt' in der SPD sein müssen. So war da schwer reinzukommen, in die Vertrauensleute. Die Gewerkschaft ist ja von der SPD gesteuert. Man sagt zwar immer, das müßte man trennen, aber das ist ja doch nicht so.

Hast du bei deiner Gesundheit von der Schichtarbeit was abbekommen?

Hannes: Ich konnte nicht mehr schlafen. Ich bin zum Werksarzt gegangen, und dann haben sie mich zum Vertrauensarzt geschickt. Ich hab' immer gesagt, ich hab' Schlafstörungen. Man muß schon hartnäckig sein. Die andern haben mich dann gefragt: hast du's geschafft? — Ich sage: Nichts als Lauferei hat man.

Und auf wieviel Geld hast du verzichten müssen?

Hannes: Ja, ich bin dann zum Arbeitseinsatz gegangen. Du kriegst dann Lohnsicherung, aber ohne die Zuschläge. Das war hundert Mark, und zwar steuerfrei. Ich war schon über vierzig, sonst hätte ich nur 90% vom Lohn abgesichert bekommen. Jetzt verdiene ich 11 Mark statt 12,54 Mark in der Stunde. Als Gärtner würde ich nur 10 Mark verdienen, ohne die Lohnabsicherung. Die Kollegen sind dabei geblieben, bei der Wechselschicht. Wer Familie hat, der ist hinter'm Geld her.

Aber man verliert doch was, weil die Frau nicht arbeiten gehen kann?

Hannes: Was heißt „nicht kann"? Normalerweise kann sie nicht, aber viele gehen trotzdem. Es ist ja so, viele Männer haben sogar nebenbei noch'n Job.

Was, neben der Schichtarbeit?

Hannes: Ja, manche gehen noch nebenher Möbelpacken oder irgend so was.

Julia: Daß wir kein Geld hatten, oder wenig Geld hatten, das war ganz klar, zum Beispiel in der Schule. Trotzdem hatte ich Glück, daß es hieß: du gehst zur höheren Schule. Obwohl ich ein Mädchen war. Wenn ich zum Beispiel einen jüngeren Bruder gehabt hätte....

Hannes: --- dann wäre der gegangen.

Und wie sieht die Schichtarbeit für die Familie aus?

Hannes: Du kommst nach Hause, bist zerschlagen. Du kriegst keinen Schlaf. Du machst die Vorhänge vor und kriegst doch keinen richtigen Schlaf.

Julia: Alle mußten ruhig sein, in einer kleinen Wohnung ist das'n Problem. Ich war sowieso ein ruhiges Kind. Ich hab' bei der Oma geschlafen. Die hat auf mich aufgepaßt. Meine Mutter ging dann als Verkäuferin, aushilfsweise, zu Kortum.

Wie war das mit dem Vögeln?

Hannes: Da bist du gar nicht mehr ansprechbar. Da bist du dann kaputt. Da läuft nichts. Ja, im Urlaub, dann. Die Wechselschicht ist Scheiße. Ich finde, wer vierzig ist, den sollen sie aus so'nem Betrieb rausnehmen. Je älter man wird, desto schlimmer. Man wird immer nervöser.

Ist die Schichtarbeit denn nötig?

Hannes: Also, das Walzwerk ginge nicht kaputt ohne Schichtarbeit. Das Stahlwerk könnten sie nachts gedrosselt fahren, so wie jetzt im Streik. Nötig wär's also nicht, aber das ist wohl zu teuer.

Julia: Die Siemens-Martin-Öfen müssen kontinuierlich betrieben werden. Das sind heute noch ganze 1 Prozent der Öfen. Aber davon kommt die sogenannte Notwendigkeit...

Kontakt: über Gabriele Franke, Girondelle 6, 4630 Bochum, Tel.: 0234 / 77 20 94.

KÜNSTLER GEGEN BERUFSVERBOTE

KAISERSLAUTERN
9. Januar 79

Vom 10. bis 25. Januar veranstaltet der Asta der Universität Kaiserslautern zusammen mit dem Bürgerkomitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und den Jusos eine Ausstellung "Künstler gegen Berufsverbote" (Ort: "Kramladen", Bau 46, Uni). Die Veranstalter schreiben, daß die Ausstellung deshalb in der Uni, also nicht "bürgernah" stattfinden müsse, weil die Stadt Kaiserslautern keine Räume zur Verfügung gestellt habe, und außerdem:

"Alle Werke vertreten einen starken engagierten Standpunkt und setzen sich kritisch mit dem, was man, entsprechend der jeweiligen politischen Couleur des Bewerbers mit Radikalenerlaß, Berufsverbot, Extremistenbeschluß bezeichnte, auseinander. Daß Kunst nie etwas sein kann und auch nicht darf, was sich im luftleeren Raum abspielt, quasi zum "Konsumgut" degeneriert, wird gerade an dieser Ausstellung deutlich. Sie beinhaltet neben der ästhetischen natürlich auch zeitgeschichtliche und politische Komponenten. Sie verlangt in jedem Werk einer eingehenden Interpretation des Betrachters, wie immer sie auch ausfallen mag."

"PARALLELEN ZUM KBW"

MÜNSTER
9. Januar 79

Der Lehrer Hans-Hubert Brieden darf seine Stelle an der Gesamtschule Herten nicht antreten. Ihm wird vorgeworfen, daß er als Student an der Uni für die "Rote Zelle Germanistik" kandidierte, gegen einen Breshnew-Besuch 1973 in Bonn demonstrierte und bei einer Soldaten- und Reservisten-Zeitung mitarbeitete. Soä schien es zumindest. Mittlerweile ist davon nicht mehr die Rede. Jetzt wird dem Lehrer vorgeworfen, er sei unzuverlässig und habe während des Vorbereitungsdienstes einseitig politisch unterrichtet.
Hans-Hubert Brieden wird derweilen von Kollegen finanziell unterstützt und fährt LKW im Speditionsnahverkehr. Er wundert sich, daß ihm nie Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation vorgeworfen wurde, und die Rote-Zellen-Kandidatur 1971/72 liege schon zu lange zurück. Also machte sich der Regierungspräsident die Mühe, die Zeitung "Rührt Euch!" unter die Lupe zu nehmen. Es wurde versucht, der Zeitung "Parallelen zur Militärpolitik des KBW" nachzuweisen. Brieden schreibt dazu:

*„RÜHRT EUCH!" fordert die Soldaten zum Mitmachen auf;
das macht der KBW auch, also: verdächtig!*

*„RÜHRT EUCH!" kündigt die Veröffentlichung wichtiger Rechtsinformationen an, damit die Soldaten ihre Rechte gegen Schikanen gebrauchen können;
das macht der KBW auch, also: verdächtig!*

*„RÜHRT EUCH!" greift Schikanen einzelner Offiziere auf;
das macht der KBW auch, also: verdächtig!*

*„RÜHRT EUCH!" ist gegen zu hohe Bus- und Kantinenpreise;
auch hierzu hat der KB mal was gesagt, also:
verdächtig!"*

MILITÄRMUSIK FÜRS ROTE KREUZ

MÜNSTER 15. Januar *Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden schrieb eine Presseerklärung:*

„Am 8.12.78 führten wir eine Flugblattaktion vor der Halle Münsterland durch. Dort fand, wie schon seit Jahren, eine sogenannte königliche Militärmusikschau zugunsten des Roten Kreuzes statt. Wir sind der Meinung:

1. Zivildienstleistenden, die schließlich Kriegsdienst verweigert haben, ist nicht zuzumuten, Werbung für eine militärische Veranstaltung unterstützen zu müssen. So geschehen noch letztes Jahr beim Roten Kreuz in Münster. Zwar wurden die Zivildienstleistenden dieses Jahr nicht für die Werbung für die Militärmusikschau eingespannt, doch läßt sich unserer Meinung nach dies nicht auf einen Gesinnungswandel des Roten Kreuzes, sondern auf rein pragmatische Überlegungen zurückführen.

2. Es ist schon ein starkes Stück, wenn das Rote Kreuz, daß (laut Selbstdarstellung) „bestrebt (ist), Leben und Gesundheit zu schützen" und „einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern" zu „fördern" beansprucht, sich durch Militärveranstaltungen finanzieren läßt und damti militaristische Propaganda unterstützt. Hat Militärmusik nicht schon immer dazu beigetragen, das Militär zu verherrlichen und den eigentlichen Zweck des Militärs zu verschleiern? Ein Dudelsackpfeifer vorneweg ist mehr wert als 100 Mann? !

Deswegen haben wir ein Flugblatt gemacht und vor der Veranstaltung verteilt. In „guter" Erinnerung geblieben ist uns die Reaktion eines uniformierten Oberrotkreuzlers, der im Gespräch mit uns meinte, den ZDL's beim Roten Kreuz mehr Arbeit androhen zu müssen. Ob sich tatsächlich Konsequenzen ergeben, bleibt abzuwarten. Alles Weitere demnächst.
Mit antimilitaristischen Grüßen."

Kontaktadresse: Hermann-Josef Kuhl, Altenroxel 5a, 4400 Münster-Roxel.



KINDER ARBEITEN FÜR BREMER POLIZEI

BREMEN (HB).– Im 1. Polizeirevier in Bremen-Hemelingen wurden an elfjährige „Kinderpolizeiausweise" ausgegeben. Die Kinder hatten in der Polizeiwache die Möglichkeit zu körperlichem Training (Tischtennis, Boxen); ihre Aufgabe ist es, Informationen über „verdächtige Vorgänge" bei der Polizei abzuliefern: von Diebstählen Jugendlicher bis zu verkehrswidrigem Verhalten fahrradfahrender Mitschüler.

Einer Lehrerin wurde die Sache bekannt, als ein Schüler – nach seinen Hobbys befragt – den mit amtlichem Stempel versehenen „Kinderpolizeiausweis" aus der Tasche zog. „Es ist wohl kein Zufall, daß eine solche ‚Kinderpolizei' gerade in einem Arbeiterstadtteil wie Hemelingen existiert. Sie wirkt nicht nur der Jugendkriminalität entgegen (die Kinder sind weg von der Straße), sondern schafft auch eine weitere soziale Kontrolle innerhalb der eigenen Reihen. Man hat es nicht nötig, Einrichtungen für die Jugendlichen zu schaffen, man spart die Gehälter von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern. Der Steuerzahler darf sich freuen, bedeutet diese Art von Freizeitangebot doch eine kostenlose Verstärkung der Polizei", kommentierte die Lehrerin im „Bremer Blatt".

(Aus „Extra-Dienst" 5/79)



SO WAR DAS NICHT GEDACHT

Aus Heidelberg erreichte uns folgende Meldung

In der Halle
des Hölderlingymnasiums
einer Stadt
mit altdeutscher Tradition

hätten Bilder
einer Ausstellung gehangen
zur Erinnerung
an die Nacht des Pogroms vor 40 Jahren

die Schüler
der 12. und 13. Klasse zusammengetragen hatten
gemeinsam
mit einem jungen Geschichtslehrer

wenn sie nicht
der Direktor der Anstalt
über Nacht
durch den Hausmeister hätte abräumen lassen

mit der Erklärung
so sei es nicht gedacht gewesen, sonst könne da jeder kommen
und weil die verwendeten
Wandtafeln anderweitig dringend gebraucht würden

außer einem Rüffel
für den jungen Geschichtslehrer
und einer Ermahnung
an die Schüler der 12. und 13. Klasse

ereignete sich nichts
eine Diskussion fand nicht statt, denn
der Direktor
hatte Wichtigeres zu tun: Geschichtsunterricht zu geben.

Marian Render

AUFRUF
AN ALLE JUGENDPOLIZEIGESCHÄDIGTEN UND DIE, DIE'S BALD SEIN WERDEN

LEVERKUSEN
4. Januar

In Köln, Berlin, Mannheim, München und zwischenzeitlich sicher auch schon in anderen Städten gibt's seit einiger Zeit einen Sonderspitzel für Jugendliche, den Jugendpolizisten, kurz Jupo genannt. In Frankfurt und Bonn konnten die Betroffenen sich gemeinsam und erfolgreich gegen diese neuerliche Schweinerei des sogenannten Rechtsstaates wehren. Wir haben ebenfalls den Jupo im Nacken und vor Augen und wollen, bevor er sich in unsere Treffs einschleicht, was dagegen tun. Wir bitten alle Leute, die irgendwas darüber sagen können, wie es mit der Einführung oder dem Kampf gegen die Jugendpolizei in ihrer Stadt aussieht, uns massenweise und schnell Material zuzuschicken. Jede noch so kleine Information kann für unser Vorgehen nützlich sein. Danke im Voraus: **Leverkusener Stadt-Erreger, Moosweg 165, 509 Leverkusen 1, Tel.: 02172/ 76985**

PROZESSE GEGEN ANTIFASCHISTEN

EMSDETTEN
Januar 1979

Bericht der Emsdettener Nachrichten über die gerichtlichen Folgen einer Verhinderung von neonazistischen Aktivitäten in Emsdetten:

„Am 11. März 1978 fand in Emsdetten (Westf.) eine Kundgebung von NPD/JN-Faschisten statt. Die Neonazis kamen gerade dazu, ihren Stand aufzubauen und schon wurde er von circa 50 spontan zusammengekommenen Leuten umgestoßen und kurz und klein geschlagen. Daraufhin gab es eine Schlägerei zwischen Nazis und Demokraten. Die Menschenmenge auf dem Platz wuchs rasch auf rund 500 Personen an, die den Faschisten gegenüber eine empörte Haltung einnahmen. Und da war auch bereits ein Riesenaufgebot in Grün aus der benachbarten Tiefgarage angerückt. Die Polizei bildete Ketten und versuchte, verschiedene Antifaschisten herauszugreifen. Das gelang auch bei einigen.

So stehen auch hier Prozesse an. Ein Kollege ist bereits freigesprochen. Zwei andere bekommen den Termin noch:
Bei dem ersten handelt es sich um einen Studenten, dem vorgeworfen wird, er solle versucht haben, die „nicht verbotene Versammlung absichtlich zu sprengen" und so „große Störungen verursacht" haben.
Der zweite, ein Emsdettener Elektriker, hat schwerere Vorwürfe: Beteiligung an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen (aus der Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise). Er soll die Leute zu Straftaten aufgewiegelt haben, soll mittels „eines gefährlichen Werkzeuges andere körperlich mißhandelt und an der Gesundheit beschädigt" haben, soll gesagt haben: „Du alte Sau, du dreckiges Bullenschwein!", soll Farbbeutel geworfen haben und so weiter und so fort.

In der Anklageschrift ist alles fein säuberlich aufgeführt und geschildert. Wie der Elektriker mit den „beschuhten Füßen" Leute getreten haben soll und wie er sich der Festnahme immer wieder entzogen haben soll, indem er sich in die Menschenmenge zurückzog (für den Staatsanwalt unbegreiflich: Da müssen die Leute ihn ja geschützt haben...). Und weil sie nicht alle 500 anklagen können, haben sie sich einige herausgegriffen.

Dieser Prozeß kann bei den schwerwiegenden Anklagen eventuell harte Folgen haben. Man muß sich das vorstellen: Überall in der BRD hüpfen Nazis auf und ab und propagieren die entschiedenste Diktatur des Kapitals. Dafür werden sie von der „demokratisch-freiheitlichen" Polizei geschützt. Wenn Demokraten und Antifaschisten, wie in Emsdetten, mit vereinten Kräften diese Propaganda unterbinden, werden sie bestraft. Obwohl sie ja — wenn mans ganz genau nimmt — ja nur den „antifaschistischen Auftrag „unserer" Verfassung erfüllt haben.

Es ist wichtig, daß diese Prozesse von vielen besucht werden!

Wer mehr darüber erfahren will, wer die Termine etc. haben will, soll schreiben an:

Emsdettener Nachrichten, Weststr. 44, 4407 Emsdetten (das ist die örtliche Alternativ-Zeitung)."

ABENDGYMNASIUM: LEHRER ERSTATTET ANZEIGE

FRANKFURT
8. Januar 79

Bei einem Polizeieinsatz gegen Frankfurter Abendgymnasiasten am 14. Dezember (die Schüler wurden, nachdem sie freiwillig die Schule geräumt hatten, auf dem Schulhof von der Polizei verprügelt — siehe ID 261/62) ist auch der Diplom-Physiker und Lehrer Ali Olumi von den Polizisten zusammengeschlagen worden. Olumi hatte den Schulleiter Freudel, der dem Polizeieinsatz erst veranlaßt und dann die Brutalitäten nicht verhindert hatte, auf seine Fürsorgepflicht als Schulleiter aufmerksam gemacht und war dann mißhandelt worden.
Olumi hat Strafanzeige gegen den Einsatzleiter der Polizei, vier unbekannte Polizisten sowie den Schulleiter Freudel erstattet.

Kontakt: Rechtsanwälte Reder, Schuler, v. Braunmühl, Leipziger Str. 17, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611 / 70 80 55 - 56.

ABENDGYMNASIUM: VERANSTALTUNG UND DEMONSTRATION

Frankfurt, Januar 1979

Zur Situation des Frankfurter Abendgymnasiums organisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Veranstaltung. Außerdem sollen die Entlassungen von Lehrern - nicht nur am AG - diskutiert werden. Die Veranstaltung findet am 23. Januar im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str., in Frankfurt statt.

Am 25.1. veranstaltet der Stadtschülerrat in der Aula der Frankfurter Musterschule (Nordend) einen Diskussionsabend zum gleichen Thema.

Und für den 27. Januar ist eine Demosntration geplant (Beginn um 11 Uhr an der Uni, Ziel ist das Abendgymnasium).

SCHÜLER WEHREN SICH GEGEN LEISTUNGSVERSCHÄRFUNGEN

KÖLN
Januar

Die Neuregelung der gymnasialen Oberstufe in Nordrhein-Westfalen führte bereits an mehreren Kölner Schulen zum Boykott von Kurswahlen. Wie uns die Kölner Schülerzeitung OZ, c/o Peter Scollar Waisenhausgasse 2-4, 5 Köln 1 mitteilt, wird zum Boykott von Kurswahlen und Protestaktionen aufgerufen, weil:

1. Die Wahlmöglichkeiten drastisch eingeschränkt werden.
2. Die Abiturbedingungen verschärft werden.
3. Realschüler sich mit Benachteiligung und fast unmöglichen Leistungsanforderungen konfrontiert sehen.
4. Der Erlaß überraschend und mitten im Jahr in Kraft treten soll, da wir dieses Jahr unter der Bedingung begonnen haben, ein Abitur nach den Bestimmungen der reformierten Oberstufe abzulegen.
5. Die Lehrer mit mindestens 30 % mehr Korrekturarbeit belastet werden.

GÄRTNER GEGEN NECKARWESTHEIM

HEILBRONN 16.Januar — Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Heilbronn macht am **Montag, 29.1.79 um 20.oo Uhr im kleinen Saal des Hans-Riesser-Hauses** einen Diskussionsabend zur WWA in Gorleben. „Da gibts Informationen über die geplante Wiederaufbereitung und Endlagerung, über die Vorbereitungen der Betreiber zu der von ihnen erfundenen „Schlacht um Gorleben" und schließlich wollen wir über die verschiedenen Widerstandskonzepte diskutieren".

Und hier der Bonbon: am **Donnerstag, den 8.Februar um 20.oo Uhr** kommt Ministerpräsident Späth zu einer Diskussion nach Neckarwestheim in die Reblandhalle. Grund: in Neckarwestheim gab's keine Standortprüfung vor dem Bau des Atommeilers. Ein widerspenstiger Gärtner aus Lauffen am Neckar fordert die Stillegung des A-Meilers für zwei Jahre, damit für ein Klimagutachten Nullpegelmessungen vorgenommen werden können. Eine prima Gelegenheit, dem Gärtnermeister unter die Arme zu fassen.

Kontakt: **Hans Harnischfeger, Binswanger Straße 9**
71 Heilbronn

DAS ATOM-INFO-ZENTRUM HANNOVER EXISTIERT NICHT MEHR

Hannover Dezember 78 — *Den folgenden Artikel hat ein Aktiver aus dem Info-Zentrum geschrieben und hofft, daß durch diesen Artikel eine Diskussion zustande kommt. Leider sind die wichtigen Punkte meiner Meinung nach etwas zu kurz gekommen (Wolfgang).*

Das Atom-Info-Zentrum im UJZ Nordstadt Hannover ist im Jahr 1976 aufgemacht worden. Damals war das 50 km von Hannover entfernte Lichtenhorst einer der geplanten Standorte für die Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe aus Atomkraftwerken und für die Endlagerung von Atom-Scheißmüll. Atomkraftgegner hatten diese Gefahr erkannt und an diesem Platz ein Wach- und Informationslager errichtet. Jeden Sonntag fand dort ein Informations-Schoppen gegen diesen Wahnsinnsbau statt. Dort berichteten Betroffene und Wissenschaftler über die Gefahren einer derartigen Anlage. Dieser Informations-Schoppen wurde sehr oft von Leuten aus Hannover - und auch Besuchern des UJZ Nordstadt - besucht. Um die neu aufkommenden Informationen auszutauschen, die im Kampf gegen Atomanlagen aufkamen, konnten die sich entwickelnden Bürgerinitiativen in Hannover den Versammlungsraum im UJZ Nordstadt nutzen. Dort fand dann wöchentlich das Plenum der Hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen statt.

Benutzer und Besucher des UJZ richteten im Erdgeschoß des Jugendzentrums einen Raum, ein in dem täglich über die neuesten Entwicklungen im Kampf gegen Atomanlagen informiert werden konnte, in dem alle erreichbaren Schriften von Atomkraft-Gegnern und — wegen der Ausgeglichenheit — auch die Schriften von Atomindustrie und Regierung ausgelegt waren.

Durch die Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerks-Bauten in Brockdorf und Grohnde wurde die "Bewegung gegen Atomanlagen" in Hannover an Menschen stärker; die Diskussionen um diese Scheiße wurde hier öffentlicher und intensiver geführt. Viele Leute aus Hannover nahmen an den großen Demonstrationen und den Versuchen des praktischen Widerstandes teil.

Die Entwicklung für die Hannoverschen Atomkraftgegner ging sehr schnell; von Lichtenhorst (1976) bis Kalkar (Sept.



1977) verging sehr wenig Zeit. Die K-Gruppen (gemeint sind damit nicht einzelne Menschen in diesen 'Vereinen') erkannten, daß die Bewegung gegen Atomanlagen nicht eine kleinbürgerlich - wie angenommen - war, sondern sich zu einer Massenbewegung entwickelte. Dort galt es dann (in den Köpfen der Kader?!) Menschen für die eigenen Klüngel zu rekrutieren. Die K-Gruppen begaben sich in die Diskussionen. Die Diskussionen wurden fortan technischer geführt, es wurde auf Massenveranstaltungen hin mobilisiert; die Diskussionen wurden inhaltsleerer; Inhalt wurde hauptsächlich abgeblockt, diffamiert, lächerlich gemacht. Die "Methoden" der Diskussionen wurden nun nicht nur mehr von den K-Gruppen bestimmt, sondern zum Teil auch aus den Reihen der 'Spontis', 'Undogmatischen', der unorganisierten Linken übernommen (aus Notwehr - leider!)

So zerbröckelte das Plenum der Hannoverschen Bürgerinitiativen. Zur Zeit (12/78, etwa seit Kalkar) findet ein Plenum in Hannover nur sporadisch - einberufen durch die Kraft einzelner - statt. Wenn mensch bedenkt, daß sich die 'Bewegung' in Hannover an der Frage der WAA entwickelt hat - in Lichtenhorst -, so ist es erschreckend zu sehen, daß in der Frage um Gorleben hier in Hannover kaum ein Zusammenhang besteht zwischen den Leuten, die sich gegen Atomanlagen wehren.

Die Bewegung in Hannover zerfiel, das Plenum fand kaum noch statt, das Atom-Info-Zentrum hatte nicht mehr die Funktion, die es hatte, als es aufgebeut wurde.

Inzwischen (ab Ostern 77) verstärkten sich die Angriffe der herrschenden Bürokratie gegn das UJZ. Angefangen vom damaligen Innenminister (Groß - FDP) über den Jugend- und 'Sozial'dezernenten, über den Oberstadtdirektor bis (natürlich) hin zur gesamten Schmier-Presse des Ortes - alle gossen ihre Dreckkübel über diesem Ort aus; Landtagswahlkämpfe wurden mit diesem Thema bestritten, die stadt-internen Kämpfe hierüber ausgefochten, Geister in den verschiedenen bürgerlichen Parteien schieden sich und offenbarten sich.

Das UJZ war in seiner Existenz bedroht (und dies zur Zeit wieder verschärft!!) Wo blieben in dieser Zeit all die Leute, die sich einmal bewegten? Wo waren die 1700 Leute aus Hannover, die gemeinsam nach Grohnde gefahren sind; — die vorher im UJZ über ihren gemeinsamen Kampf diskutiert und danach gehandelt haben?

In dieser Zeit wurden die Leute aus dem UJZ und damit auch der Laden total sich selbst überlassen. Nur vereinzelt fanden sich Leute, die sich in den Kampf um die Erhaltung des UJZ einreihten, die konkret halfen, die sich mit dem UJZ identifizierten und danach auch praktisch handelten; einige wenige verlegten einen Teil ihres Arbeits- und Lebensbereiches in dieses UJZ. Aufgrund dieser Situation - dauernde öffentliche Angriffe, Polizeiübergriffe - wurde Raum im UJZ gebraucht, damit auch nachts einige Leute im UJZ sein konnten. Der Raum, in dem vorher sich das Info-Zentrum befunden hatte, wurde anderweitig gebraucht; eine "Bewegung gegen Atomanlagen" gab es in Hannover nicht mehr. — — — Das Atom-Info-Zentrum ist aufgelöst worden.

Die Leute, die früher im Info-Zentrum arbeiteten, machen ihre Arbeit jetzt von andern Orten und auch vom UJZ aus. Wenn es wieder eine 'Bewegung' in Hannover geben wird, wird es sicher wieder einen ähnlichen Ort - wo auch immer - wie das Atom-Info-Zentrum geben.

Als ehemaliger dort Arbeitender habe ich diesen Bericht - vor allem die politsche Einschätzung - allein geschrieben und bin gern bereit, mich darüber auseinanderzusetzen.

Christian, c/o K. Mertsching, Theodor-Krüger-Str. 8, 3000 Hannover 1

GIFTIGE MILCH, SAURE BAUERN

BIEBESHEIM/RHEIN
18. Januar 1979

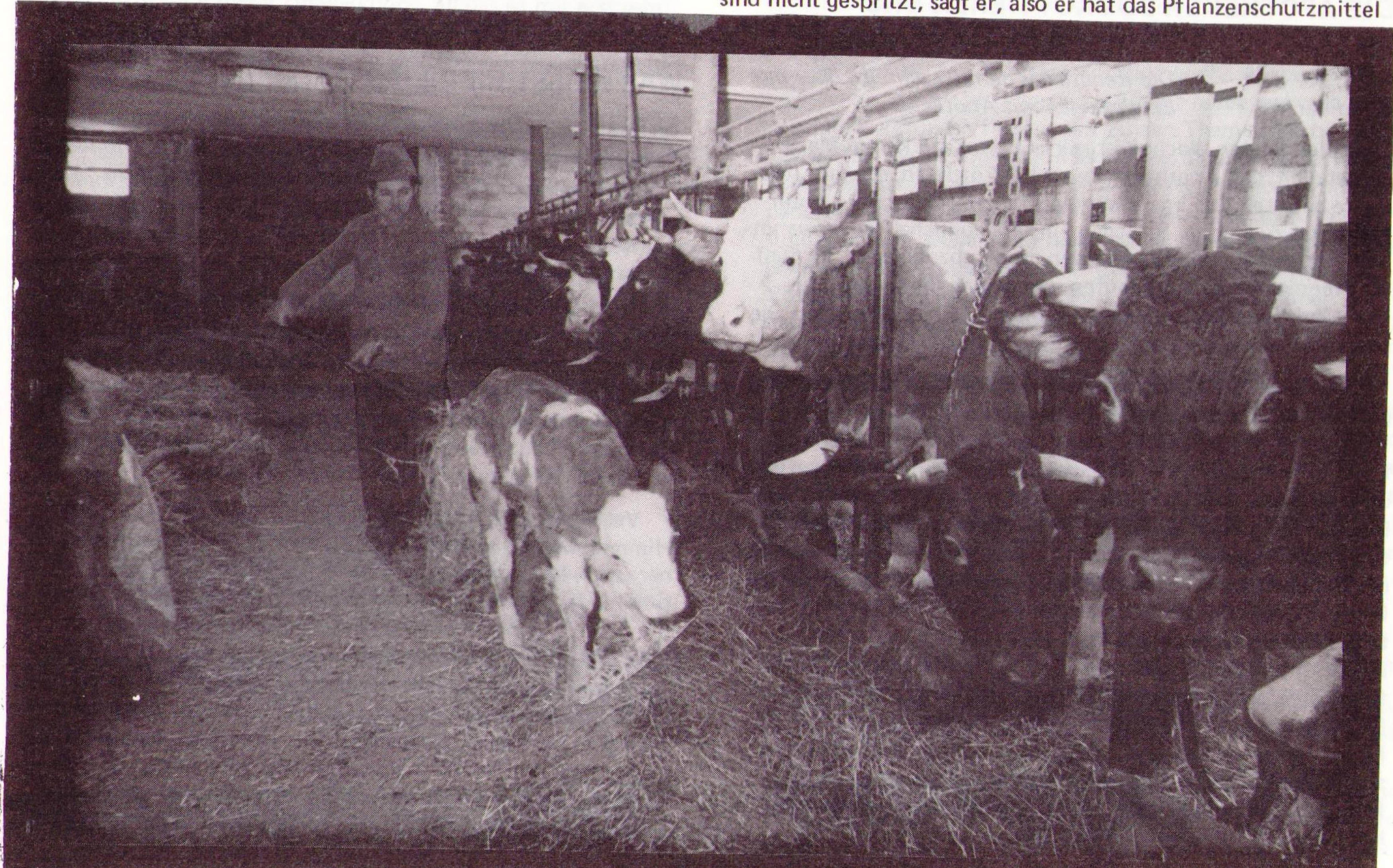
Am Mittwochabend, dem 17. Januar, erfuhren sie es aus der Hessenschau: Ihre Milch sei vergiftet, gesundheitsschädliche Rückstände aus Pflanzenschutzmitteln wären gefunden worden. Die Bauern aus Biebesheim, Gernsheim und Allmendfeld sind ratlos.

Biebesheim und Gernsheim liegen am Rhein im Landkreis Groß-Gerau, ein paar Kilometer nördlich von Biblis und dem Atomkraftwerk. Zwischen den beiden noch recht dörflichen Städtchen das Industriegebiet am Rhein, das langsam in die Felder hinter den Orten hineinwächst. Es gibt noch viele Bauern in Biebesheim und viele Aussiedlerhöfe um das drei Kilometer östlich liegende Dorf Allmendfeld. Gleich hinter der am Rhein stehenden Fabrik des Chemiekonzerns Merck beginnen ihre Äcker. Wer von ihnen am Mittwochabend nicht auf der Bauernversammlung war, erfuhr erst durch Rundfunk- und Fernsehsendungen, oder durch die Tageszeitung am nächsten Morgen, was mit der Milch los sein soll. Das Hessische Landwirtschaftsministerium veranlaßte einen sogenannten Milch-Alarm: bei einer Routinekontrolle der Milch aus den 76 Landwirtschaftsbetrieben, die in den drei Orten noch Kühe haben, wurden starke Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gefunden. Jetzt sollen über drei oder vier Wochen jeden Tag Proben in dem Milch-Sammelstellen genommen werden, Tierärzte sollen zu den einzelnen Gehöften kommen und auch dort Proben nehmen.

Die Bauern haben bisher noch keinen Tierarzt gesehen, sie wissen nicht einmal genau, was für ein Gift nun in ihrer Milch sein soll, sie wissen nur, daß die Milch weiterhin an den Sammelstellen abgenommen wird. Nur in Biebesheim soll am Donnerstagmorgen geprüft worden sein.

Bauer R. aus Biebesheim denkt an drei Betriebe, wenn er von Gift in der Luft, im Boden und in den Pflanzen spricht: die Altölverbrennungsanlage, die nicht nur Altöl sondern auch chemische Stoffe vernichtet, die AK, die Antiklopfmittel (?) für Flugzeuge herstellt, also mit Blei arbeitet, und die Merck, die unter anderem eben Pflanzenschutzmittel produziert. Mit diesen Firmen gabs schon öfter Ärger. Hinter der Merck, sagt der Bauer, wächst schon seit Jahren nichts mehr. Der Wind kommt hier hauptsächlich von Rhein, aus dem Westen, und treibt den Merck-Dreck über die Felder nach Osten. Es gibt schon jetzt einen 300-Meter breiten Todesstreifen hinter dem Firmengelände. Äcker, auf denen nichts mehr wächst. Früher hat der Bauer dort selbst noch ein kleines Feld gehabt, hat dort Gurken und Kartoffeln angebaut. Er hat die Kartoffeln einmal einem Händler verkauft, der sie dann an die Kantinenküche der Merck weitergab. Er bekam sie zurück – die Kartoffeln stanken zu sehr nach dem von Merck hergestellten Schutzmittel für Kartoffeln, und die Kantine wollte sie nicht nehmen. Der Bauer hatte nicht gespritzt. Mittlerweile, sagt er, wächst dort überhaupt nichts mehr und der Todesstreifen wird von Jahr zu Jahr breiter.

Nun ist die Milch dran. Wenn die Milch nicht mehr abgenommen wird, gehen ihm 25 Prozent seiner Einnahmen verloren. Wenn seine vierzig Milchkühe und die Kälbchen und Mutterkühe, wenn vielleicht auch seine hundertzwanzig Schweine vergiftet sind, „und wenn dann einer kommt und sagt, das und das und das kann man nicht mehr essen, das wird nicht mehr abgenommen"? Er zuckt mit den Schultern: der Aussiedlerhof ist noch neu und sein ganzes Geld steckt drin, sagt er. Seine Kühe füttert er mit Mais aus dem Silo, mit Rüben aus der Wintermiete*. Die Wiesen, von denen das Heu kommt,und auch die Rüben und Maisfelder sind nicht gespritzt, sagt er, also er hat das Pflanzenschutzmittel



nicht drübergesprüht, es muß schon von Merck kommen. Und überhaupt, keiner der Bauern weiß bis jetzt, ob nun von seinem Hof die gesundheitsschädliche Milch kommt oder von anderen. Es ist noch nicht klar, wie weit die Verseuchung geht. In einem aber sind sich fast alle Bauern einig — sie wollen nicht bezahlen müssen für den Dreck von Merck und sie wollen saubere Milch abliefern und gesunde Tiere haben. Und sie wollen auch nicht schon wieder einen Hof abgeben, um noch ein bißchen weiter nach draußen zu ziehen.

Einstweilen warten sie, verfüttern weiter Mais und Rüben von ihren Feldern, denn was anderes haben sie nicht.
Die Milch muß ja wohl schon einige Zeit vergiftet gewesen sein, denn schon seit einiger Zeit liegt Schnee auf den Feldern und das Futter kommt aus dem Winterlager. — Das ist eine der größten Sauereien dabei, daß man das erst jetzt erfährt und dann auch noch durchs Fernsehen, sagen die Bauern um Merck.

Die Molkerei, die die Milch abnimmt, wollte nicht sagen, was sie mit ihr anfängt, und auch das Hessische Landwirtschaftsministerium verriet nichts Genaues. Proben würden entnommen und nachdem feststehe, welche Landwirtschaftsbetriebe die giftige Milch abgäben, werde das Nötige getan.
Den Dreck, sagen die Bauern, haben nicht wir in die Milch gekippt. Aber nun haben sie Angst, daß sie die Dummen sein werden.

* Das sind große, in den Feldern ausgehobene Gruben, wo die Rüber überwintern. Damit nix gefriert oder sonst schlecht wird, wird das Ganze mit Erde überschüttet.

„Mensch, haben wir den Burschen konditioniert! Jedesmal, wenn ich den Hebel drücke, wirft er uns was zu knabbern rein."



DIE APOTHEKER BOYKOTTIEREN UNS — BOYKOTTIEREN WIR DIE APOTHEKER!

FRANKFURT
2. Januar

Die Renate aus dem ID schreibt über ihre Erfahrungen mit Apothekern:

In den letzten Wochen ist mir in immer stärkerem Maße aufgefallen, daß Apotheker Leute boykottieren, die ihre Apotheke betreten, um irgendwelche Kräuter oder andere Naturheilmittel zu kaufen. Sie legen eine erstaunliche Redegewandtheit an den Tag, um ihre Kunden davon abzubringen, für fünfzig Pfennige Kräuter zu kaufen und wollen ihnen dafür für fünf Mark ihre "altbewährten" bunten Pillchen verkaufen. Sie schrecken dabei auch nicht vor Falschinformationen zurück.

So wurde eine Genossin, die Fenchelfrüchte für einen Magentee kaufen wollte, heftig bedrängt, doch lieber Instant-Fencheltee zu kaufen, weil sich angeblich beim Kochen der Früchte "die ätherischen Öle ganz innen drin" nicht lösen würden, die seien aber im Prima—Plastik—Instant—Tee für nur ein bißchen mehr Geld enthalten und außerdem sei die Zubereitung des Fertigtees doch um sovieles einfacher als die Kocherei der Fenchelfrüchte. Es bedurfte der gesammelten Standhaftigkeit der Genossin, am Ende doch mit einer Tüte Fenchelfrüchte die Apotheke zu verlassen.
Anders ging es einer anderen Kundin, die isländisches Moos für Hustentee kaufen wollte. Die Apothekerin brach in reines Entsetzen aus, da isländisches Moos ob seines hohen Jod—Gehaltes dermaßen giftig sei, daß man sich bloß noch fragt, wieso dieses gefährliche Kraut nicht aufm Index steht. Die gute Frau Apotheker wurde denn auch eine Dose 1a—Hustenbonbons Marke "isländisches Moos" los.

Und ich selbst kann auch ein Lied davon singen, was es bedeutet, einen sich standhaft weigernden Apotheker dazu zu bringen, mir Original—Lanolin abzufüllen, statt mir — von Nivea angefangen über Penaten — all die viel besseren und hautfreundlicheren Cremes anzudrehen, die alle soviel besser sind als Lanolin, weil das "so 'ne fürchterliche Schmirage ist". Soll er seine kaputte Analität woanders angehen, aber nicht ausgerechnet in seiner Apotheke!

Es gibt da sicher unterschiedliche Gründe für solches Apotheker—Verhalten. Den meisten geht's um den schnöden Profit, der ihnen bei den billigen Kräutern etc. im Vergleich zu den teuren Pillen flöten geht. Viele dieser Apotheker haben daher auch etwas "ausgefallenere" Kräuter als Kamille und Pfefferminze gar nicht mehr im Sortiment, bei den anderen fragt man sich, warum sie sie noch dahaben. Aber viele Apotheker sind auch durchdrungen von ihrer Überzeugung, nur der Segen der Pharmaindustrie helfe der Menschheit, während all die Kräuter und Naturmittelchen Rückfälle in schlimmste Barbarei und Hexenkünste seien.

Früher haben sie sich murrend zu ihren Regalen getrollt, wenn ein Kunde mit solch unerwünschten Wünschen kam. Aber jetzt, wo anscheinend immer mehr Leute kommen und das Chemiezeugs verschmähen, wollen die Apotheker offensichtlich zur Offensive übergehen mit ihren Falschinformationen und Schwatzkünsten. Wieso eigentlich sollte man sie nicht langsam auch so behandeln, wie den Ärztestand und ihnen ein bißchen auf die Nerven gehen? Sich z.B. wohlinformiert in ihre Kundengespräche reinhängen, wenn man mitkriegt, daß sie wieder mal jemanden übers Ohr hauen wollen. Oder besonders unwillige Exemplare von Apothekern recht oft mal wegen 20 g von diesem oder jenem ihre Regale rauf- und runterjagen? Gleichzeitig aber auch die Apotheken rausfinden, die sich dieser "Naturwelle" nicht hemmend in den Weg stellen, sondern in denen man wirklich ganz gut beraten wird. Sowas gibts nämlich auch. Quetscht solche Apotheker aus, wenns geht, und gebt Tips weiter! (Untereinander, in Alternativzeitungen, usw.)

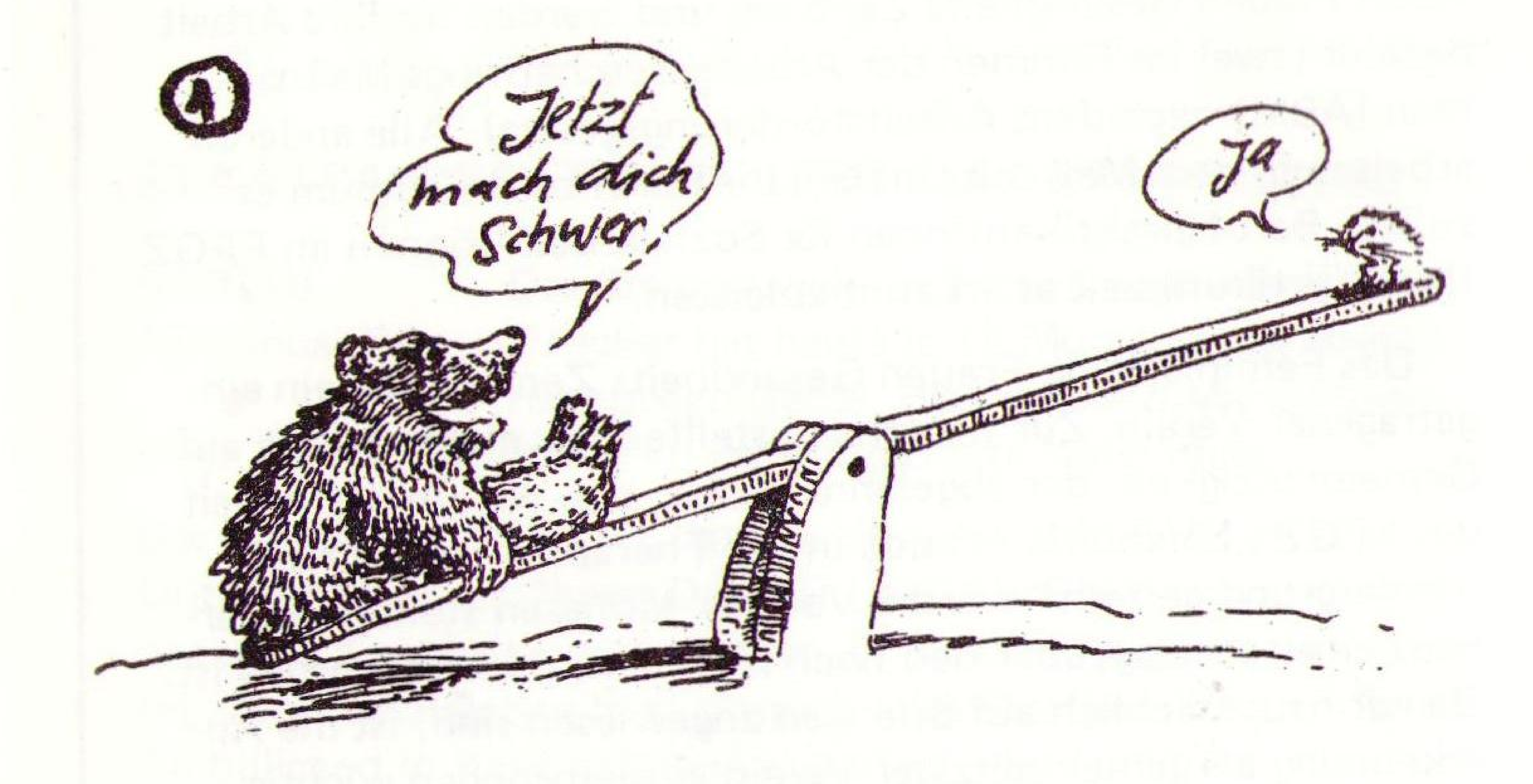
WAS HEISST HIER LIEBE?

BERLIN
4. Januar

Der Hannes Hauenstein aus Berlin hat seine Gedanken zur Liebe und warum sich wer in wen verliebt aufgeschrieben. Er schreibt dazu "Männerzeitung ist nicht mehr, also bleibt nur noch der gute alte ID, um solche Gedanken unter die Männer zu streuen.":

In unserer Scene wird unter Männern viel über Beziehungen zu Frauen diskutiert. Wie mann damit leben kann, soll usw. Es wird geschwafelt über die Schwierigkeiten und über die Abgrenzung zur bürgerlichen Zweierbeziehung. Völlig ausgeklammert wird dabei aber die Entstehung von Beziehungen; das "Abfahren" auf Frauen, "Verlieben", "Verknallen" oder wie immer wir es nennen.

Verlieben oder Abfahren, das passiert einfach, fällt vom Himmel, kommt von weiß Fritz woher. Ich habe kaum Männer reden hören darüber wie sie sich verlieben. Bei dieser Art Gefühle für Frauen hören die meisten auf, das kritisch zu betrachten , was sie da produzieren. Und dann entstehen beim "Verlieben" die wildesten Geschichten. Ein Freund von mir, auch ein Genosse, verliebt sich da in ein Mädchen — gerade von zu Hause weggezogen, wegen dem Studium; völlig verunsichert in der neuen Umgebung. Aber er verliebt sich in sie und beherrscht sie und manipuliert und unterdrückt. Die Krönung der Geschichte ist, daß er sie mehr oder weniger in eine Frauengruppe geschickt hat. Mit seinen Gefühlen unterdrückt

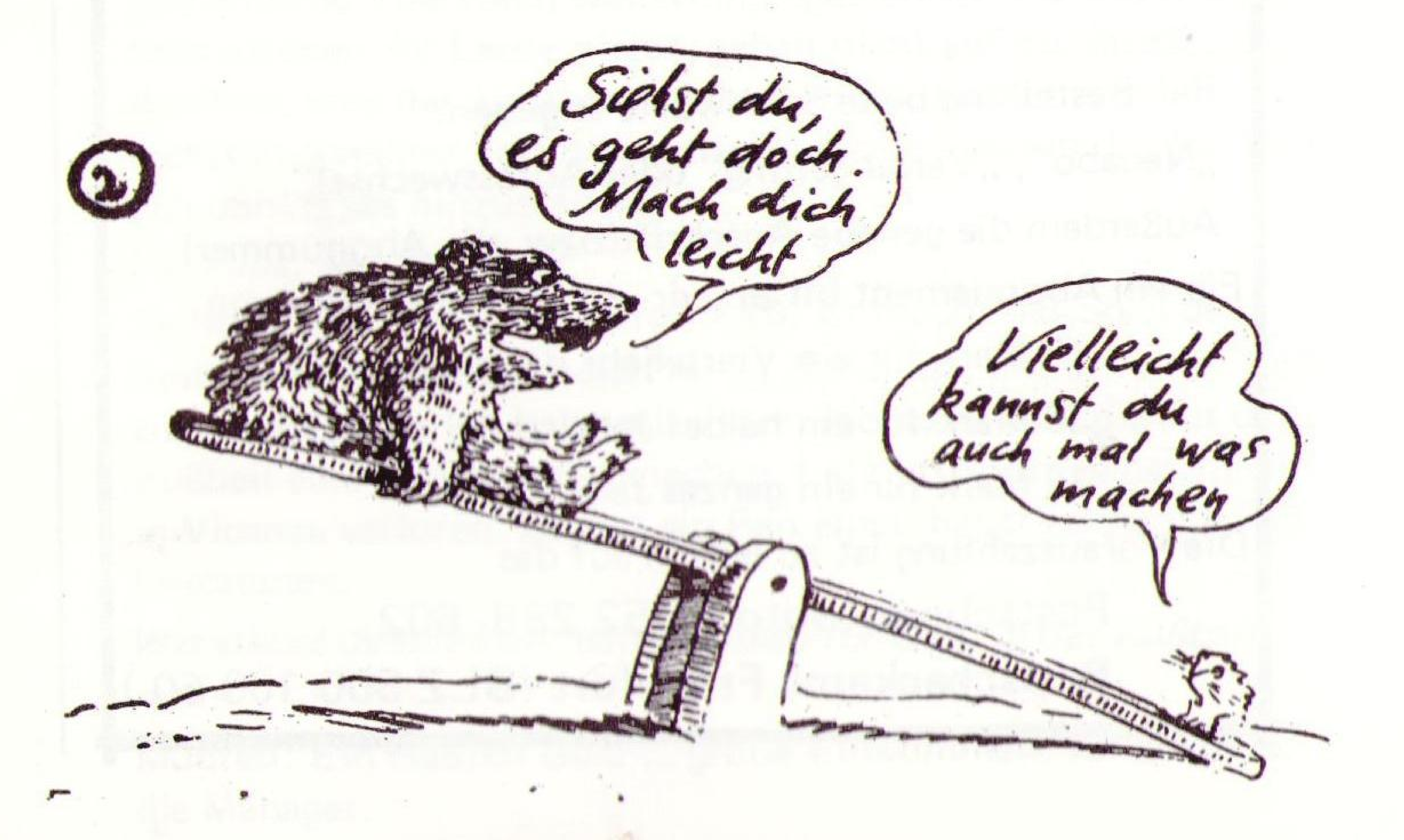


er sie, über den Kopf will er sie emanzipieren. Es ist zum Heulen. Ich habe die beiden in Kampfsituationen erlebt, wo er sie völlig unter den Tisch geredet hat.
Und ich kenne solch Verhalten auch von mir. Aus meinem letzten Urlaub zum Beispiel. Sie saß lächelnd daneben, ich hab mit den Leuten die großen Diskussionen über Anarchismus geführt. Bei den meisten Unternehmungen kamen die Vorschläge von mir, sie ist halt so mitgegangen. Ich hab meine Interessen wesentlich energischer und zielgerichteter vertreten, ich hab sie unterdrückt.
Warum "verliebe" ich mich immer wieder in Frauen, die ich so leicht beherrschen kann? Warum produziere ich ihnen gegenüber Gefühle: nicht oder kaum gegenüber selbständigen, kämpferischen Frauen?
Ich habe in einem anderen Zusammenhang mal versucht, "Liebe" zu definieren. Ich schreib's mal hier hin:

"Ich habe früher praktisch nur mit Männern zusammengearbeitet. Wenn da eine Frau auftauchte, dann hab ich mich ziemlich schnell in sie verliebt. Aus dem Wunsch, eine Freundin zu haben, weil das eben jeder Mann hat, aus dem Bedürfnis nach sexuellen Kontakten, auch weil ich einsam war, kontaktarm, was zum Kuscheln brauchte, entstand meine Liebe. Die Summe dieser sehr klaren und faßbaren Motive brachte das unfaßbare, unangreifbare Ergebnis "Liebe". Die Fragwürdigkeit der eigenen Gefühle, die Verlogenheit und Brutalität dieser Umwandlung, all das ist mir erst sehr viel später klar geworden. ... Je selbstsicherer und selbständiger, ich könnte auch sagen lebensfähiger ich geworden bin, umso seltener habe ich mich verliebt."

Was ich damit sagen will: Verlieben läuft nach bestimmten Kriterien , Bedürfnissen, Stimmungen ab. Das ist auch nicht schlimm. Übel wird's nur, wenn diese Gefühle aus der Diskussion genommen werden sollen, als nicht faßbar und oder übersinnlich erklärt werden. Wir stellen alles in Frage, nur unsere Liebesgefühle nicht. Das heißt aber, daß wir genau an diesem Punkt die bürgerliche Scheiße weitermachen.

Für kämpferische Beziehungen mit kämpferischen Frauen."



ARBEITSGRUPPE GEGEN DUOGYNON

DARMSTADT
Januar 1979

In Darmstadt gibt es eine Arbeitsgruppe, die Untersuchungen über die schädlichen Folgen des Medikaments Duogynon/Cumorit anstellt. Duogynon wird von Ärzten verschrieben, wenn bei Frauen die Regelblutung ausbleibt. Ist die Frau zu diesem Zeitpunkt schwanger, werden Kinder mit Mißbildungen geboren. Die Arbeitsgruppe sammelt Material und möchte wissen, welche Ärzte das Giftzeug noch verordnen.

Kontakt: Marina Arndt, Kaupstr. 43, 6100 Darmstadt.

Außerdem gibt es mittlerweile eine Interessengemeinschaft Duogynon geschädigter Kinder e.V., an die sich alle betroffenen Eltern wenden können. Bisher haben sich 900 Eltern gemeldet.

Kontakt: Edeltraut Müller, Neusalzerstr. 56, 6050 Offenbach.

Die Arbeitsgruppe hat ein Flugblatt gedruckt, auf dem Präparate mit der gleichen Wirkung wie Duogynon/Cumorit aufgeführt sind:

Cyclo-Orogynova (Schering) / Diane (Schering) / Duogynon-Dragees (Schering / Duoluton (Schering) / Eunomin (Grünenthal) / Gynäkosid (Boehringer-Mannheim) / Menova (Merck) / Nuriphasic (Nourypharma) / Orgaluton (Organon) / Presomen comp. (Kali-Chemie) / Primosiston-Tabletten (Schering) / Progylut (Schering) / Prosiston (Schering) / Sistometril (Ciba) / Terminolut (Schering) / Trisequens-forte (Novo).

FRAUEN-GESUNDHEITSZENTRUM BESTEHT EIN JAHR

BERLIN
19. Dezember

Das Feministische Frauengesundheitszentrum in Berlin zieht zu seinem einjährigen Bestehen Bilanz und schreibt über seine Arbeit:

„Am 30. November letzten Jahres eröffneten wir das Feministische Frauen-Gesundheits-Zentrum in **Berlin-Lichterfelde, Kadettenweg 77.** Vier Jahre intensiver Planung waren vorausgegangen, während derer das Projekt im Zusammenhang mit der nationalen und internationalen autonomen Frauenbewegung entstand...

Seit dem 30. 11. 77 bieten wir fünf wöchentliche Beratungstermine an, die bis jetzt von etwa 1000 Frauen wahrgenommen wurden. Beratungen finden statt zu den Themen Verhütung, Sexualität, gynäkologische Infektionen, Selbstuntersuchung, Schwangerschaftsberatung, alternative Heilmethoden und Ernährung. Unser Schwerpunkt liegt auf Vorbeugung und Gesunderhaltung. Etwa 250 Frauen haben in diesem Jahr an den jeweils sechswöchigen Selbsthilfekursen teilgenommen, vier Volkshochschulkurse zum Thema Frau und Gesundheit wurden von Mitarbeiterinnen des FFGZ bestritten. Daneben haben wir auf Anfrage von Frauengruppen in anderen Städten der Bundesrepublik mehrere Informationsveranstaltungen zum Thema Selbsthilfe durchgeführt. Seit einiger Zeit bieten wir eine Massage-Gruppe, eine Gruppe ‚Ernährung und Gesundheit', eine Gruppe, die sich mit Heilkräutern beschäftigt sowie eine Selbsthilfe-Gruppe an für Frauen, die wegen Krebs eine Brustoperation hatten. Vierteljährlich geben wir die Zeitschrift CLIO mit einer Auflage von 5000 Exemplaren heraus. Darüber hinaus arbeiten wir mit mehreren Frauengruppen und -projekten zusammen und haben z.B. entscheidend daran mitgewirkt, daß das öffentliche Hearing zum berliner Landesgesetz über die Durchführung des § 218 im Abgeordentenhaus zustande kam.

Viele Frauen kommen zu uns, die noch nie zu einem Frauenarzt gegangen sind, wegen negativer Erfahrungen, vermittelt von Freundinnen oder Verwandten; viele auch nach mehrfachem Wechsel des Frauenarztes, mit dem sie immer wieder unzufrieden waren. Hier eine kleine Statistik: Etwa 60% der Frauen sind zwischen 20 und 25 Jahren, 12% über 30 und 5% unter

20 Jahren alt. Die Hälfte der Frauen, die zu einer Beratung zu uns kamen, lehnen Verhütung mit Pille und Spirale ab und suchen ein unschädliches Verhütungsmittel. Wir informieren über das Diaphragma und passen es den Frauen auch an. Knapp 20% der Frauen kamen wegen vaginaler Störungen, etwa 18% wegen Zyklusstörungen und Menstruationsbeschwerden. Die Beratungen beschränken sich in der Regel jedoch nicht auf einen Punkt, sondern erstrecken sich auf das gesamte Spektrum frauenspezifischer Gesundheitsprobleme.

Mittlerweile schicken schon Ärzte/innen die Frauen, die ein Diaphragma wollen, zu uns. Unsere Beratungen sollen jedoch nicht Lückenbüßer für die unserer Meinung nach im Bereich der Beratung mangelhafte gynäkologische Versorgung sein. Wir werden daher in Zukunft weniger Diaphragmas anpassen und die Frauen noch mehr darin bestärken, ihre Wünsche und Rechte bei den Frauenärzten/innen durchzusetzen. Wir klären die Frauen gerade auch darüber auf, auf welche diagnostischen Untersuchungen sie Anspruch haben.

Daß wir Frauen ein Feministisches Gesundheits Zentrum brauchen, hat nicht zuletzt das vergangene Jahr gezeigt. Eine wachsende Zahl von Frauen tut sich zusammen, um sich gegen die frauenfeindliche und medizinisch oft unzureichende Versorgung durch die Frauenärzte/innen und gegen die ihnen gewissermaßen aufgezwungen schädlichen Verhütungsmittel und Medikamente zur Wehr zu setzen. Schon vor drei Jahren haben wir in unserer Zeitschrift CLIO darauf hingewiesen, daß das von Schering hergestellte Duogynon in mehreren Ländern wegen der Gefahr der Erzeugung von Mißbildungen bei ungeborenen Kindern verboten wurde. Heute wird es trotz der vielen Proteste unter neuem Namen Cumorit weiter als klinischer Schwangerschaftstest benutzt. Auch bei der Erprobung und Anwendung der Prostaglandine, die zum Schwangerschaftsabbruch in den meisten berliner Kliniken benutzt werden, haben die betroffenen Frauen nichts mitzureden. Prostaglandine sind Stoffe, die bei weitem noch nicht ausreichend erforscht sind und — je nach Anwendungsweise — schwere Nebenwirkungen haben. Die Frauen haben meist nicht die Möglichkeit, sich für eine andere Methode des Schwangerschaftsabbruchs zu entscheiden, oft werden sie nicht einmal ausreichend informiert.

Das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum versteht seine Arbeit im Zusammenhang der internationalen und nationalen Selbsthilfe-Bewegung. In allen großen Städten der Bundesrepublik Deutschland gibt es Frauen-Selbsthilfegruppen. In Frankfurt, Hamburg und Essen sind feministische Frauengesundheitszentren im Entstehen. Im europäischen Ausland gibt es mehrere Zentren und in den USA, dem Mutterland der Selbsthilfe-Bewegung, arbeiten solche Zentren schon seit 1972.

Die Grundlage unserer Arbeit ist das Selbsthilfe-Konzept. Selbsthilfe bedeutet, daß jede Frau in der Lage ist, ihren Körper kennenzulernen sowie Störungen und Erkrankungen durch gezielte Gesunderhaltung zu vermeiden bzw. so früh wie möglich selber zu erkennen. Dieses Wissen um unseren Körper sehen wir als Voraussetzung der Selbsthilfe an, die zur Inwertsetzung der eigenen Person und damit des Geschlechts hinführen soll. Das erfordert über den Gesundheitsaspekt hinaus allerdings eine mehr ganzheitliche Sicht, die die gesamten Lebensumstände, psychische und physische Faktoren mit einbezieht. Daß Frauen sich dieses Wissen zusammen aneignen und dann untereinander weitergeben, gehört zur Idee der Selbsthilfe. Ebenso schließt sie ein, daß wir die Fremdbestimmung über unseren Körper weitgehend abbauen und uns nicht blind Autoritäten anvertrauen, sondern die Verantwortung für unseren Körper selber in die Hand nehmen und fähig werden, Entscheidungen selber zu treffen.

Wir sind z.Zt. 28 feste Mitarbeiterinnen zwischen 19 und 60 Jahren und kommen aus den unterschiedlichsten beruflichen Bereichen. Fünf Frauen arbeiten ausschließlich im Feministi-

schen Frauen Gesundheits Zentrum und werden für ihre Arbeit bezahlt (zwei im Rahmen der Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen (ABM) nach dem Arbeitsförderungsgesetz). Alle anderen arbeiten in dem Maß mit, in dem ihr Beruf oder Studium es zuläßt. Berufspraktikantinnen für Sozialarbeit können im FFGZ Ihre Praktikumszeit anerkannt ableisten.

Das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum ist ein eingetragener Verein. Zur Eröffnung stellten wir einen Antrag auf Gemeinnützigkeit, der abgelehnt wurde, u.a. weil in der Arbeit des FFGZ „Laienhilfe — auch in der Therapie — sehr in den Vordergrund gestellt" werde. Vor vier Monaten stellten wir erneut einen Antrag, über den noch nicht entschieden worden ist. Da wir hauptsächlich auf Spenden angewiesen sind, ist die Anerkennung als gemeinnütziger Verein ausgesprochen wichtig.
Im Bemühen um eine Kassenzulassung ergab ein Gespräch bei der Kassenärztlichen Vereinigung, das unserem Antrag folgte, daß in der Satzung der KV eine solche Form der Gesundheitsversorgung wie die unsere nicht vorgesehen ist. Somit sind die Chancen, Leistungen über Krankenschein abzurechnen, zunächst einmal sehr gering. „Wir brauchen weiterhin ihre Hilfe! Unterstützen Sie uns bitte mit Spenden, gleichgültig welchen Betrages." **Feministisches Frauen Gesundheits Zentrum e.V., Kadettenweg 77, 1000 Berlin 45.**
Öffnungszeiten: Mi + Fr 14 — 18 Uhr; Sa 10 — 12 Uhr; nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung
Spendenkonto: Sparkasse Berlin (West) Kto. 0640003001



Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60

STAATSANWALT PLÄDIERT IM AGIT-PROZESS

BERLIN
17. Januar 79

Der Staatsanwalt im Prozeß gegen die Agit-Drucker hat heute je 18 Monate ohne Bewährung gegen Gerde, Henning und Martin beantragt. Gegen Jutta reichten ihm 15 Monate, auch ohne.

Der Staatsanwalt wertete das Drucken des Info-BUG als eine Unterstützungshandlung. Dadurch, daß die Drucker vom Inhalt des Infos Kenntnis gehabt hätten, es gleichwohl gedruckt hätte sei davon auszugehen, daß sie auch alles Strafbare daran oder d rin billigend in Kauf genommen hätten, sagt er.

Am 27.1.79 findet in Berlin eine Demonstration zugunsten der Agit-Drucker statt. Näheres bei Bug-Info (030/69 32 199), radikal (030/612 30 37) undsoweiter.

DER FUSSBALLFAN IST EIN ARSCHLOCH!

AVELLINO
4. Januar 79

In Avellino ist seit Weihnachten die Welt nic mehr in Ordnung: der Stolz der Stadt, die zu den ärmsten Italiens gehört, ist verletzt. Die Fußballfans von Avellino sind wütend, ein Profi hat sie beleidigt. Italiens Fußballwelt hat seinen Skandal. Am Tag vor Wei nachten brachte die Zeitung "Lotta Continua" ein Interview mit drei Fußballern aus der italienischen Bundesliga, der A-Kl se, unter anderem mit dem 22jährigen Maurizio Montesi, einer Mittelfeldspieler von Avellino. Darin heißt es:

Avellino ist in der A-Klasse: eine Stadt mit 1000 Problemen, aber immer in der A-Klasse! Was bedeutet das?

Montesi: ,,Diese Stadt ist ein besonderer Fall. Am Tag, als wir gegen Vincenza verloren haben — wegen eines Irrtums des Schiedsrichters —, ist die ganze Stadt auf die Straße gegangen, sie wollten alles zusammenschlagen. Eine absurde, außergewöl liche Sache, über tausend Sachen wäre zu reden, aber 90 % de Sachen, über die geredet wird, betreffen den Fußball. Vielleic weil die Leute sich im Fußball als Helden fühlen, deswegen li ben sie ihn, aber in Wirklichkeit macht der Fußball die Leute nicht zu Helden, sondern nur blind. Hunderttausend Mark, ur ein Stadion in 100 Tagen zu bauen. Das Krankenhaus ist weit hin beschissen; da gibts Käfer, Apparate werden nicht benutzt und absurde Therapien weiterhin angewendet. Für das Kranke haus machen die Leute nichts, gehen nicht auf die Straße. ... Avellino, eine der ärmsten Städte Italiens. Es gibt absolut nichts in Avellino, nur dieses enorm große Stadion. Es war wi lich unnütz, es hinzustellen.

Die Fans, wer sind das?

Montesi: Der Fan ist ein Arschloch. Er macht das Spiel des Systems mit, begeistert sich für 11 Personen, mit denen er nic zu tun hat, oder ich habe mit denen nichts zu tun, die aus der Fußball eine Lebensweise machen. Letzten Sonntag haben wi in Vicenza verloren. Da hat ein Fan einen hepatitischen Anfal bekommen.

Was steckt denn hinter den Kulissen für Geld in der Fußballwelt?

Montesi: Ein Haufen Geld ... große Einkommen, vor allem für die Manager.

Montesi: Die Leute sagen, daß wir zuviel bekommen. Im Vergleich zu den Millionen, die hier rollen, zu wenig. Wenn du es kannst, spielst du deine 10 Jahre, verdienst etwa 40 000 DM im Jahr, aber bleibst in einer finanziell nicht abgesicherten Situation. Wenn du es nicht durchhälst, bist du mitten auf der Straße, ohne Arbeit und ohne irgendetwas zu können. Wer uns am Laufen hält, die verdienen in Wirklichkeit das größte Geld, die Journalisten, die Manager. Ich sage nicht, daß ich ein Opfer bin, die wirklichen Opfer des Fußballs sind die Fans, Über das Geld hinaus auch wegen der Ideologien. Der Fußball bestimmt die Leute, sie sollen sehen, daß im Leben nur der Erfolg zählt. Sie sollen



dauernd bestimmt werden davon, die Zeitungen sind voll mit miesem Sport, das Fernsehen gibt die wichtigsten Ergebnisse zwischendurch bekannt. Eine totale Kontrolle der Bevölkerung läuft da ab.

Was meinst du zu den Schlägereien der Fans?

Montesi: Die entsprechen meiner Meinung nach nur der Logik derer, die befehlen. Ganz ähnliche Leute fangen an, sich im Namen des einen oder anderen Clubs zu prügeln.

Du spielst in der A-Klasse; das ist das Höchste, aber es gibt Tausende von Halbprofis. Wie leben sie?

Montesi: Ich kenne viele von ihnen, meistens jüngere Leute, oder welche, die es als Profis nicht ‚geschafft' haben. Als Halbprofi zu spielen, davon kannst du leben ... Der einzige Unterschied zwischen mir und ihnen ist das Bankkonto.

Warum wollen viele Jugendliche eine Karriere als Fußballer einschlagen?

Montesi: Sehr oft wegen dem Fick und dem BMW.

Und du bist mitten drin in dieser Welt ...

Montesi: Ich verdiene hier, aber mit dem Leben, das ich führe, gebe ich noch nicht einmal alles aus. Ich spare heute etwas, ich werde in paar Jahren aufhören, Reisen machen . . . in Wirklichkeit weiß ich nicht, ich habe Angst, daß dieses Leben auch mich auffrißt.

Du bist eine Ware, du kannst verkauft werden.

Montesi: Das scheint bloß so! Wenn man das Profitum akzeptiert, kann man überall Geld machen; von Avellino nach Palermo, in Florenz, überall. Ich bin keine Kuh auf dem Markt ... ich sag das vielleicht aus Prinzip, aber es ist kindisch, sich die Frage in dieser Weise zu stellen.

Wie erscheint dem Fan das Bild, das von euch in der Öffentlichkeit gegeben wird?

Montesi: Der Fußballer ist ein Modell von bestimmten Verhal-

Dieses Interview hat nun die Fans von Avellino aufgebracht. Beim Training haben sie Maurizio angeschrien: "Du Spinner, du bist von den Roten Brigaden!" und haben Schuhe nach ihm geworfen. Maurizio hat versucht, mit einigen zu reden, die meisten kapierten auch, was er sagen wollte , aber sie verlangten, daß er das Wort "Arschloch" zurücknehme. Sie sind zwar gewohnt, daß einem Fußballer mal die Zunge ausrutscht, aber dann erwarten sie ein Dementi am nächsten Tag. Maurizio dementierte nicht. Sein Verein hat ihn zunächst einmal ausgesperrt – aus "Gründen der Vorsicht", die Fans haben Drohun gen gegen ihn ausgesprochen. Inzwischen berät der italienische Fußballverband, eine Disziplinarstrafe gegen Maurizio zu verhängen. Und ein Gewerkschaftssekretär aus Avellino meinte: "Das mutige Interview von Maurizio stellt uns vor ein Problem: der Verspätung der Kräfte der Arbeiterbewegung hinsichtlich dem Gebrauch und Führung des Sports als meinungsbildender Machtfaktor ..."

MARCO CARUSO FREIGELASSEN

ROM
Dez. 78

Ein paar Tage vor Weihnachten wurde der 16jährige Marco Caruso vorläufig freigelassen. Der Junge hatte vor zwei Jahren seinen Vater erschossen, der ihn, seine Mutter und seine Geschwister regelmäßig verprügelte. Marco mußte für seinen Vater, einen ambulanten Händler in Rom, auf den Märkten stehlen. Er war Anfang Dezember zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die endgültige Entscheidung über das Gnadengesuch liegt beim Staatspräsidenten.
Der Fall Marco Caruso wird im ID 257 in „Neapel sehen, bevor es stirbt" erwähnt.

ZU DEN HAFTBEDINGUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN GEFANGENEN REINHARD PITSCH, OTHMAR KEPLINGER UND THOMAS GRATT

WIEN
19. DEZEMBER

Die drei Genossen, die im Zusammenhang mit der Entführung des österreichischen Textilindustriellen Palmers verhaftet wurden, befinden sich nun bereits seit mehr als einem Jahr in Untersuchungshaft in Wien.

Reinhard Pitsch wurde am 28. 11. 1977 verhaftet, gleich bei seiner ersten Einvernahme durch die Kriminalpolizei schwer verprügelt, danach unter einem fadenscheinigen Vorwand illegal bei der Staatspolizei (entspricht dem deutschen Staatsschutz) festgehalten. Er befindet sich seit seiner Festnahme in Totalisolation, Thomas Gratt und Othmar Keplinger, die am 24. 11 77 in der Schweiz verhaftet wurden, seit ihrer Überstellung nach Österreich im März 1978 ebenfalls. Alle drei haben nach wie vor Einzelhofgang und erhielten bis zum März 1978 weder Zeitungen noch Radioempfang. Von November bis April durfte Reinhard nur von seinen Eltern besucht werden, eine Freundin von ihm erhielt in dieser Zeit nur drei mal Besuchserlaubnis, alle anderen Besuchsanträge wurden abgelehnt. Die Trennscheibe ist beim Besuch von Reinhard, Othmar und Thomas obligatorisch.

Alle drei befinden sich praktisch illegal in Untersuchungshaft, da die gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungshaft in Österreich nur ein halbes Jahr beträgt. Ein Prozeßtermin ist noch immer nicht abzusehen. Schreibt den gefangenen Genossen Reinhard, Othmar und Thomas.

Adressen: Reinhard Pitsch, Landesgerichtsstr. 11, A-1080 Wien, 25 a Vr 9534/77, Hv 59/78, E 212
Othmar Keplinger " E 142
Thomas Gratt " E 237

Kontaktadresse beim ID erfahrbar.

LIQUIDIERUNG EINER LANDKOOPERATIVE

KÖLN
20. Dezember

„Liebe Freunde,
ein portugiesischer Genosse schreibt mir in diesen Tagen einen langen Brief und schildert die jüngsten Verhältnisse unter der Regierung Mota Pinto bezüglich der „Landreform". Hier ist die auszugsweise Übersetzung:

Die Offensive gegen die Landreform wird mit Hunderten Nationalgardisten mit aller Brutalität durchgeführt, die mit Hunden und aus gepanzerten Militärfahrzeugen die wehrlosen Bauern im Alentejo jagen. Die Großgrundbesitzer erhalten bei weitem mehr zurück durch die Regierung als sie im Augenblick der Enteignung zurückgelassen haben. Selbst Maschinen und landwirtschaftliche Fahrzeuge, die den Landarbeitern auf ihren Kooperativen von Landwirtschaftskommunen kommunistischer Staaten geschenkt worden waren, befinden sich nun in Händen der Reaktionäre und alten Faschisten. Es ist unglaublich, was jetzt im Alentejo läuft. –

Die Großgrundbesitzer finanzieren faschistische Banden, die den Landarbeitern nachts die Scheunen anzünden und das Vieh abstechen, um anschließend auf wilden Parties unter dem Schutz der Polizei diese Schandtaten zu feiern. Die Regierung gibt selbst Ländereien zurück an Großgrundbesitzer, die von diesem überhaupt nicht zurückverlangt werden. Die Praktiken der Regierung sind inzwischen völlig ohne „Legalität", denn das Gesetz zur Rückgabe der Ländereien schreibt zwingend vor, daß jede Rückübertragung durch das staatliche Sekretariat für Landwirtschaft durch urkundliche Notifikation vorzunehmen ist; seit einigen Wochen aber erfolgt die gewalttätige Rückgabe ohne jede Beurkundung.

Hier ein Beispiel betreffend die Kooperative „Flor do Alentejo": Die Funktionäre des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischfang konfiszierten dort 81 Kühe, 500 Schafe, 2 Maultiere, 80 Hühner, 8 Kaninchen, 6 Traktoren, 3 Eggen, 3 Sämaschinen, 2 automatische Packmaschinen, 138 Tonnen Hafer, 55 Tonnen Weizen, 11 Tonnen Bohnen, 72 Tonnen Dünger, 8200 Strohbündel, 10459 Heubündel, 12 Säcke Reis und 30 Säcke mit Kohle. All das hat einen Wert von mehreren Millionen Escudos und wurde von den Landarbeitern während der letzten zwei Jahre erwirtschaftet oder z.T. gekauft. In einigen Dörfern und Kooperativen des Alentejo ist die Hölle losgelassen: Die Nationalgardisten in Kriegsausrüstung blockieren die Dörfer und hindern die Bauern, auf die Felder zu Arbeit zu gehen, Blockadebrecher werden zusammengeschlafen; viele Bauern liegen in den Krankenhäusern.

Die Geldentwertung und Verteuerung seien so rapide, daß ein eine Reise ins Ausland (vor zwei Jahren war er mit Genossen in Köln) ein Vermögen kosten würde. Sein Brief endet mit dem Hinweis, daß Kameraden aus Deutschland wegen des günstigen Umtauschkurses jetzt billig Urlaub in Portugal machen könnten.

IRAN-KOMITEE GEGRÜNDET

MARBURG
JANUAR

Nach der Frankfurter Demonstration vom 25. 11. hat sich auch in Marburg ein Iran-Komitee gebildet. Das Komitee hat sich zur Aufgabe gemacht, gegen die drohende Ausweisung persischer Studenten und das CISNU-Verbot Verbot vorzugehen und über die Lage im Iran an der Uni und unter unter der Bevölkerung aufzuklären. Das Komitee trifft sich regelmäßig. Es setzt sich aus verschiedenen Gruppen (KB, KSV, Basisgruppen; Linke Liste, Schwarze Hilfe, Russell-Initiative, Sozialistische Gruppe, ob die Jusos noch mitmachen, wissen wir nicht) und einzelnen iranischen und deutschen Gruppen zusammen.

KONTAKT: Buchladen Roter Stern z. H. Iran-Komitee, Am Grün 28, 3550 Marburg

IRAN: DIE REBELLION BEI DEN BAUERN

TEHERAN/PARIS
Dez.78/Januar 79

Paul Balta, Korrespondent von „Le Monde", berichtete am 2.1.78 über die Situation bei den iranischen Bauern. Er besuchte die Dörfer 'Mohamed-Abad-Arab-Varami', ungefähr 60 Kilometer südöstlich von Teheran.

„Von den Studenten zu den Religiösen, von den Arbeitern bis zu den Beamten, fast alle Schichten der städtischen Bevölkerung haben auf die eine oder andere Weise gegen das Schah-Regime protestiert. Die Bauern hingegen sind scheinbar ungewöhnlich ruhig geblieben. Jedoch, wenn man zu ihnen selbst hinfährt, muß man diesen Eindruck differenzieren.

Das Dorf hier, mit 2 000 Einwohnern und einem unaussprechlichen Namen, ist vollständig von einer Mauer aus gestampfter Erde umgeben. Man betritt es durch verschiedene Schikanen hindurch, die gerade breit genug sind, um einen Lkw hindurchzulassen. Die Bauern versammeln sich um den Besucher herum auf dem kleinen Platz, der von traditionellen Häusern eingerahmt wird, alle mit einer kleinen Kuppel obendrauf, aus Ziegeln oder gestampfter Erde – jedenfalls ungleich hübscher als die Arbeitervororte von Teheran.

Sie sprechen von ihrer Arbeit und ihren Problemen. Der Wassermangel ist ihr ständiges Hauptproblem.

„Wir kaufen es bei einem Privatgrundbesitzer. Wir bezahlen 1.250 Toman für die Stunde (1 Toman = 0,30 DM), einmal alle zwölf Tage. Das ist wenig und sehr teuer." – „Und was wäre die Lösung? " – „Wir müßten uns einen starken Motor kaufen, um tiefer nach Grundwasser bohren zu können. Aber die Banken bewilligen nur selten höhere Kredite und die Zinsen betragen 10 % und sind im voraus zu bezahlen. Die Regierung müßte sich um unsere Probleme kümmern."

Mit Vorsicht stellen jetzt die Bauern ihrerseits uns Fragen, um herauszubekommen, ob unser Übersetzer nicht vielleicht ein Agent des SAVAK ist. Als sie sich dann sicher glauben, legen sie los: „Wenn Sie nach Hause zurückkommen, grüßen Sie den Ayatollah und schreiben Sie, daß Frankreich ihn würdig behandeln soll!" Der Ton ändert sich und die Unterhaltung politisiert sich.

„Gibt es hier denn keine Gewerkschaft oder einen Gemeinderat um eure Interessen zu verteidigen? " Unsere Frage provoziert ein großes Gelächter. Ein rüstiger, bärtiger Alter antwortet unter allseitiger Zustimmung: „Wir haben keine Gewerkschaft, aber einen Dorfrat mit fünf Mitgliedern, die alle von der Regierung bestimmt werden. Nun ja, wenn man so will, sind sie sogar gewählt; die Regierung setzt uns die Kandidaten vor die Nase und wir dürfen dann unter ihnen auswählen."

„Sind Sie über die Entwicklung der Krise informiert? " – „Sicher, es gibt ja Transistorradios." – „Hören Sie die BBC? " – Großer Lacheffekt bei einer Gruppe Jugendlicher. (In der Tat sagt jedermann im Iran, daß man über die Ereignisse in der ganzen Welt im iranischen Rundfunk informiert werden kann, aber um zu wissen, was im Iran passiert, muß man die BBC hören.) Ein Jugendlicher kommentiert mit listiger Miene: „Wir hören zusammen mit Freunden die BBC-Nachrichten und erzählen sie dann weiter."

„Was bedeutet Khomeiny für Sie? " – „Er ist unser Imam (religiöses Oberhaupt), unser Chef. Wir sind bereit, ihm bis zum Ende zu folgen." – „Und der Schah? " – „Das ist ein Mensch wie jeder andere auch!" – „Haben Sie keine Angst, daß Sie Ärger mit der Armee bekommen, wenn Sie solche Sachen sagen? " –

„Das ist nicht wichtig."

„Kennen Sie Sandjabi? " (Führer der Nationalen Front). – „Ja, man hat seinen Namen im Radio genannt." – „Sind Sie für eine islamische Regierung? " – „Vale, vale" (ja, ja) sagen alle Anwesenden im Chor, während die Frauen, die von der Haustürschwelle her dem Gespräch gefolgt haben, heftig mit dem Kopf dazu nicken. – „Und was bedeutet für Sie eine islamische Regierung? " – „Das ist eine Regierung mit Khomeiny als Chef; eine Regierung, die uns respektiert und unsere Religion und unsere Sitten."

Als wir gehen, lesen wir die Sprüche, die entlang der Straße an die Mauer um das Dorf gemalt und manchmal auch geritzt sind, um ihr Überpinseln durch die Polizei zu verhindern: „Tod dem Schah!", „Es lebe Khomeiny!", „Schah wir töten dich, denn wegen dir haben unsere Mütter geweint!" ......



NICARAGUA: VOR EINEM JAHR GINGS LOS

FRANKFURT
Januar 1979

Am 10. Januar war der erste Jahrestag der Ermordung des Publizisten Pedro Joaquim Chamorro, was den offenen Kampf gegen Somoza auslöste. Nach Agenturmeldungen ist die Lage jetzt wieder sehr gespannt. Entgegen den optimistischen Meldungen der Sandinistas der letzten Monate über die unmittelbar bevorstehende endgültige Offensive ist Somoza aber immer noch im Amt und scheint sich sogar wieder sicherer im Sattel zu fühlen. Seine Anfang Dezember unter dem Druck der USA gegebene Zustimmung zu einem Referendum über sein Verbleiben als Staatschef nahm er praktisch zurück, indem er die Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten über das Referendum ablehnte. Statt dessen führt seine Nationalgarde, – im Norden mit der Unterstützung hondurensischer Truppen –, eine Offensive gegen die Sandinistas, wobei sie im Süden ständig die Grenze Costa Ricas verletzten.

Der Vorsitzende der inneramerikanischen Vermittlungskommission drohte am 4.1.79 mit der Einstellung der Arbeit, wenn Somoza weiter das Referendum in der geplanten Form verhindere. Dabei werden von dem Referendum alle weitergehenden Forderungen, wie das weitere Schicksal des gesamten Somozaclans, die Enteignung seines riesigen Besitzes, das Weiterbestehen der Nationalgarde und die Vorherrschaft seiner National-Liberalen Partei gar nicht mehr berührt. Nach dem Austritt aller fortschrittlichen Kräfte hat sich die ‚Breite Oppositionsfront' (FAO) in hilfloser pazifistischer Taktiererei verstrickt und scheint jetzt bereit zu sein, einen Somozismus ohne Somoza zu aktzeptieren.

Die Sandinistas haben in der letzten Woche verstärkt militärische Aktionen durchgeführt und unter anderem in Managua eine Radiostation, die Somoza direkt gehörte, in Brand gesteckt.

Nach einer Meldung in den ‚Lateinamerikanachrichten' konnte die FSLN politisch ihre Stellung stärken und eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen linken Organisationen herstellen. Dies geschieht im Rahmen der MPU (‚Einheitliche Volksbewegung'), in der inzwischen 24 Organisationen vertreten sind. Neben kleineren linksradikalen Gruppen auch alle wichtigen Gewerkschaften und die PSN, die KP Nicaraguas, die die CGT, die Zentralgewerkschaft, weitgehend kontrolliert.
(Informationen nach Le Monde vom 6.1.79)

Postvertriebsstuck
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 265

Nummer des Abos   bez. bis ID Nr.   Exempl.

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Abendgrauen
Abendgrauen um mich herum
nur strickende Frauen
langsam befällt mich
das Abendgrauen. D.K.